



Karl Klemm / Volker Ochs

DER ERINNERUNG NAMEN GEBEN

**Verfolgung in Lampertheim
während der Zeit
des Nationalsozialismus
1933-1945**

Karl Klemm / Volker Ochs

DER ERINNERUNG NAMEN GEBEN



Verfolgung in Lampertheim
während der Zeit
des Nationalsozialismus
1933-1945

Herausgeber: DGB Region Südhessen, Rheinstraße 50, 64283 Darmstadt
Geschäftsführer Jürgen Planert

Autoren: Karl Klemm, Lampertheim
Volker Ochs, Saarbrücken

Gestaltung: kus-design, Mannheim

Titelfoto: Hannelore Nowacki / TIP Verlag

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt, Juli 2014

**Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.**

**Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.**

**Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.**

**Als sie mich holten,
gab es keinen mehr, der protestieren konnte.**

Martin Niemöller

Inhaltsverzeichnis

Grußworte	7
Vorwort	9
I. Einleitung: Lampertheim vor 1933	12
I.1 Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Lampertheim	13
I.2 Die NSDAP in Lampertheim	16
I.3 Die „Boxheimer Dokumente“	18
I.4 Lampertheimer Verhältnisse 1931-1932	19
II. Lampertheim ab 1933	22
II.1 Die Ausschaltung des politischen Gegners	23
II.2 Das KZ Osthofen	31
II.3 Von Boykott und Diskriminierung jüdischer Mitbürger bis zur Vernichtung	35
II.4 Von der Rassenhygiene zur „Euthanasie“: Die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens	40
II.5 Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter	44
II.6 Konzentrationslager: II.6a Das KZ-System; II.6b Außenlager und Strafgefangenenlager in der Umgebung von Lampertheim	47
II.7 Verschleppte Menschen am Ende des Krieges: Displaced Persons in Lampertheim	49
III. Biographien:	53
III.1 Politisch Verfolgte	53
III.2 Rassistisch Verfolgte	83
III.3 Religiös Verfolgte	106
III.4 Sonstige Verfolgte	111
III.5 Sterilisations- und Euthanasieopfer	120
III.6 Zwangsarbeiter	127
IV. (K)eine Stunde Null?	129
V. Resümee	133
VI. Danksagung	134

VII. Anhang	135
VII.1 Statistik	135
a) Zusammenfassung der Verfolgten- und Opfergruppen	135
b) Konzentrations-, Vernichtungs- und Internierungslager; Euthanasieanstalten	137
c) Fremd-, Ost- und Zwangsarbeiter	138
VII.2 Abkürzungen	140
VII.3 Zeittafel	142
VII.4 Quellen- und Literaturverzeichnis	146

Grußwort Bürgermeister Gottfried Störmer



Die vorliegende Arbeit „**Der Erinnerung Namen geben – Verfolgung in Lampertheim während der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945**“ ergänzt die Bände 2 und 3 der stadtgeschichtlichen Reihe „Lampertheim – Ein Blick in die Stadtgeschichte“ von Prof. Dr. Kyra Inachin („Lampertheim in der Weimarer Republik und im Dritten Reich“) und Heinrich Karb („Beiträge aus der Geschichte der ehemaligen Jüdischen Gemeinde“).¹

Die Darstellung des politischen Geschehens in Lampertheim in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft macht deutlich, dass viele der bekannten Untaten der Nationalsozialisten auch in Lampertheim erfolgten: die Zerschlagung demokratischer Strukturen, die unnachgiebige Verfolgung politischer Gegner mit Inhaftierung in Gefängnissen und Konzentrationslagern, die Ausgrenzung jüdischer Bürger, ihre Nötigung zum Exil und ihre Verschleppung und Ermordung in Konzentrationslagern. Mit der Beschreibung der Schicksale Lampertheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus politischen, rassistischen, religiösen oder sonstigen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt, gedemütigt, gefoltert und ermordet wurden, soll deren Leid gedacht und sollen die Opfer vor dem Vergessen bewahrt werden.

Es ist das Verdienst der Autoren Karl Klemm und Volker Ochs, hierbei den Blick auch auf Personengruppen zu lenken, die bisher noch nicht im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung standen.

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich, dass die vorliegende Arbeit durchaus auch als sechster Band der erwähnten stadtgeschichtlichen Reihe „Lampertheim. Ein Blick in die Stadtgeschichte“ hätte erscheinen können. Es ist daher selbstverständlich, dass die Stadt Lampertheim diese Publikation ideell und finanziell unterstützt.

Im Namen der Stadt Lampertheim spreche ich den Verfassern für ihre ehrenamtlich geleistete außerordentliche Arbeit Dank aus und wünsche dem Werk eine große Verbreitung, insbesondere auch an den Lampertheimer Schulen, und möglichst viele Leser.

¹ Siehe auch die Literaturliste am Ende des Buches

Grußwort Jürgen Planert, DGB Region Südhessen



Eine Spurensuche über die Zeit des Nationalsozialismus in Lampertheim von 1933-1945 haben sich die Verfasser der vorliegenden Broschüre zur Aufgabe gestellt – eine Spurensuche mehr als 80 Jahre nach Beginn der Schreckensherrschaft der NSDAP in Deutschland.

Ist nicht schon alles über diese Zeit gesagt und geschrieben?

Kennen wir nicht alle das gescheiterte Attentat der Gruppe um General von Stauffenberg, gehört nicht das „Tagebuch der Anne Frank“ schon zur Schullektüre, feierte nicht der Film über Oskar Schindler weltweit große Erfolge?

Ja, die große Geschichte des Nationalsozialismus, des faschistischen Terrors von SS und SA, deren Antisemitismus und der Gräueltaten des 2. Weltkrieges mag geschrieben sein, aber dennoch gibt es nach wie vor große Lücken in der Aufarbeitung dieser Zeit.

Aber die faschistische Herrschaft zeigte sich nicht nur in den Aufmärschen in Nürnberg, der Bücherverbrennung in Berlin, der Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung weitab der eigenen Stadt.

Sie durchdrang alle Teile der Gesellschaft in allen Regionen, in allen Städten und Orten Deutschlands. Auch in Lampertheim wurden Menschen verfolgt, misshandelt und ermordet, auch in Lampertheim wurde die Synagoge zerstört, die Stadt war 1942 „judenfrei“. Aber es gab auch Widerstand und Zivilcourage; von – leider viel zu wenigen – Menschen, deren Namen bisher weitgehend unbekannt sind.

Es ist das Verdienst der Verfasser dieser Broschüre, den vergessenen Opfern Namen gegeben und sie öffentlich gemacht zu haben.

Gerade heute, in einer Zeit, in der Zeitzeugen immer seltener Auskunft geben können, werden solche Projekte immer wichtiger, um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen lebendig zu halten.

Aus diesem Grund wünsche ich dieser Broschüre eine weite Verbreitung und viele Lampertheimer Leserinnen und Leser.

Nach wie vor gilt es für uns und die uns folgende Generation:

Wir müssen uns erinnern, um nicht zu vergessen.

Diese lokale „Spurensuche“ in Lampertheim kann ihren Beitrag dazu leisten.

Vorwort

In den Jahren von 1933 bis 1945 sind in Lampertheim Menschen wegen ihrer Gesinnung, ihres Glaubens, ihrer Abstammung oder abweichenden Verhaltens verhaftet, in Gefängnisse oder KZ gesteckt, in die Emigration getrieben oder gar systematisch in Anstalten getötet worden. Dies gibt Anlass genug danach zu fragen, wer sie waren und aus welchen Gründen sie zu Opfern des NS-Terrorystems geworden sind. Aus diesem Grunde nahmen wir im November 2012 „ihre Spuren“ auf, um herauszufinden, wer diese Menschen in Lampertheim waren, wie viele es waren und aus welchen Gründen sie in die Mühlen des NS-Unrechtssystems geraten sind. Es erschien zudem der Zeitpunkt wichtig, da sich am 30. Januar 2013 die sogenannte „Machtübernahme“ oder besser „Machtübergabe“ zum 80. Male jähren sollte und vieles in diesen 80 Jahren in Vergessenheit geraten ist – sowohl über die Opfer als auch die Täter. Heute leben nur noch wenige Zeitzeugen, die aus eigenem Erleben berichten können, und es existieren vielfach nur ungenügende und zum Teil auch verharmlosende Informationen über die Verbrechen der NS-Diktatur. Dass die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland einen Zivilisationsbruch darstellen, wie es Jürgen Habermas formulierte, steht dabei außer Frage. Diese zivilisatorischen Brüche immer wieder aufs Neue im aufklärerischen Sinne aufzuzeigen, um sie zu verstehen, ist eine stete Herausforderung für die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Durch die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse und ihrer Auswirkungen auf die Menschen soll aber auch das kritische Bewusstsein gegenüber der eigenen Gegenwart gefördert werden.

Mit großer Sorge sehen wir, dass sich rassistisches und faschistoides Denken und Handeln in ungeahnter Weise ausbreiten. Gewalt gegen Minderheiten, Behinderte, Obdachlose, Anschläge auf jüdische Einrichtungen und KZ-Gedenkstätten sind inzwischen alltäglich geworden. Im Schatten ökonomischer Krisen und bei mikroökonomisch verengtem Blick auf die Gesellschaft werden sozialdarwinistisches Denken und Handeln zunehmend konsensfähig.²

Die Entwicklung in Deutschland, auch in Lampertheim, nach dem 30. Januar 1933 lässt sich nicht alleine auf „die Nazis“ reduzieren, die jetzt „ihre Diktatur“ errichteten. Denn die rasch folgende Installation eines umfassenden Unterdrückungsapparates

² Wir erinnern an die Lebensunwertdebatte Mitte der 1980er Jahre um den australischen Bioethiker und Philosophen Peter Singer, der in seinem Buch „Muss dieses Baby am Leben bleiben?“ die Meinung vertrat: „Man müsse sich von dem Gedanken verabschieden, dass alle, die behindert sind, auch lebenswert seien“, denn: „es gibt eine Grenze für die Belastbarkeit jeder Gemeinschaft“. Dass die Interessen der sogenannten Leistungsschwachen bei knapper werdenden finanziellen Mitteln hinter die Interessen des angeblich gesellschaftlichen Ganzen zurücktreten müssten, ist mittlerweile weit verbreitetes Gedankengut.

hätte ohne die aktive Beteiligung aus der Bevölkerung nicht funktionieren können. Ganz ohne Gesetze und Druck hatte sich in den Wochen nach der sogenannten „Machtübernahme“ in atemberaubendem Tempo ein Bewusstseinswandel bei vielen Deutschen vollzogen: jüdisch oder „arisch“, Kommunist, Sozialdemokrat oder „guter Deutscher“ machten im Zusammenleben plötzlich einen Unterschied. Viele die in die Fänge von SA, SS oder der Gestapo gerieten, waren Denunziationen aus der Nachbarschaft oder dem Kollegen- und Bekanntenkreis zum Opfer gefallen. Mögliche Motive hierfür konnten Rache am politischen Gegner, die Ausschaltung wirtschaftlicher Konkurrenten oder einfach Habgier und Missgunst sein.

Der Nationalsozialismus war zwölf Jahre deutscher Alltag, in den jeder eingebunden war, der damals hier lebte: als Opfer, als Täter oder als Zuschauer. Die Reaktionen der damaligen Zeitgenossen waren unterschiedlich und reichten über das weite Feld der Anpassung, der passiven Ablehnung und aus Unzufriedenheit resultierenden Affekthandlungen bis hin zum aktiven Widerstand. In der nachfolgenden Arbeit geht es nicht darum, eine moralische Beurteilung der damals hier Lebenden vorzunehmen, sondern die Folgen des menschenverachtenden NS-Systems für die Bewohner unserer Stadt deutlich werden zu lassen. Im Vordergrund stehen die Toten und das erlittene Leid der Überlebenden.

Herangehensweise

Die ersten Recherchen nach Verfolgten und Opfern begannen im November 2012 in der Gedenkstätte des KZ Osthofen. Dort konnten die ersten Spuren politischer Häftlinge aus Lampertheim gefunden werden. Und so wie der ins Wasser geworfene Stein immer weitere Kreise zieht, zog auch die Suche immer größere Kreise. Im Jahr 2013 folgten Nachforschungen im Stadtarchiv der Stadt Lampertheim und im Archiv der Lampertheimer Zeitung, sowie im Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt und Wiesbaden. Wir richteten Anfragen an den Internationalen Suchdienst ITS Bad Arolsen, an drei Bundesarchive, an sechs Landesarchive, an fünf weitere Stadtarchive und 26 Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager und Euthanasieanstalten, von Auschwitz über Hadamar bis Theresienstadt. Weitere Anfragen gingen an die Universität Marburg und den Studienkreis deutscher Widerstand in Frankfurt a.M. Da Archive heute auf Grund der abgelaufenen Sperrfristen leichter zugänglich sind, fanden sich von Mal zu Mal neue Namen und immer mehr Opfer, die entweder in Lampertheim bzw. Hofheim geboren waren oder ihren Wohnsitz 1933 in Lampertheim oder Hofheim hatten.

Zeitgleich führten wir Gespräche mit Zeitzeugen und Angehörigen ehemaliger Betroffener, die uns teils aus eigener Erinnerung, teils vom Hörensagen aus jener Zeit

berichten konnten und persönliche Dokumente und Fotografien zur Verfügung stellten. Ende Dezember 2013 wurde die Vielzahl der Informationen zunächst ausgewertet und zusammengefasst. Klar war, dass es nicht gelingen würde, alle Opfer zu eruieren, da eine einheitliche Erfassung der verschiedenen Opfer und Opfergruppen fast unmöglich erscheint und zudem viele Dokumente auch lückenhaft waren. Viele Unterlagen wurden von den Tätern bei Kriegsende vernichtet, um Spuren zu verwischen, oder waren bei Bombenangriffen verloren gegangen. Gestützt auf Erfahrungswerte kann man davon ausgehen, dass die Zahl der Lampertheimer Opfer noch wesentlich höher liegen dürfte.

Die Daten der bisher sicher ermittelten Personen konnten nun strukturiert und zu verschiedenen Opfergruppen zusammengefasst werden:

- a) **Politisch Verfolgte:** die politischen Gegner der Nationalsozialisten, die ausgeschaltet und vernichtet werden sollten, in erster Linie Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aber auch Mitglieder der katholischen Zentrumspartei.
- b) **Rassistisch Verfolgte:** Mitglieder der jüdische Gemeinde und Angehörige der Volksgruppe der Sinti und Roma, die auf Grund einer abstrusen „Rassenlehre“ zu Opfern wurden.
- c) **Religiös Verfolgte:** Menschen, die auf Grund ihrer religiösen Überzeugung in Opposition zum NS-System standen; die Grenzen zu politisch Verfolgten sind hier sicher fließend und oft nicht eindeutig abgrenzbar.
- d) **Sonstige Verfolgte:** z. B. Opfer der Nürnberger „Rassegesetze“ und der Militärjustiz, Einzelpersonen, die verbal Kritik am System und/oder Politik äußerten oder abweichendes Verhalten gegenüber den NS-Normen zeigten.
- e) **Sterilisations- und Euthanasieopfer:** Menschen, die der sog. „Rassenhygiene“ und der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens zum Opfer fielen.
- f) **Zwangsarbeiter:** Menschen, die als Arbeitsklaven in das damalige Deutsche Reich verschleppt wurden.

Mit dieser Zuordnung konnten, je nach Kenntnisstand, die jeweiligen Einzelgeschichten in Kurzbiographien zusammengefasst, eingeordnet und im Kontext der geschichtlichen Ereignisse in und um Lampertheim betrachtet werden. Wir hoffen, dass die Ergebnisse dieser Arbeit auf Interesse stoßen und dem ein oder anderen zur Anregung für eine persönliche „Spurensuche“ dienen.

I. Einleitung

Um die Situation 1933 in Lampertheim besser verstehen zu können, ist es unerlässlich einen kurzen geschichtlichen Rückblick voraus zu schicken. Empfehlenswert ist das Buch „Lampertheim in der Weimarer Republik und im Dritten Reich“ von Dr. Kyra Inachin, aus dem wir zitieren werden.

Lampertheim vor 1933

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lebten die Bewohner Lampertheims hauptsächlich von der Landwirtschaft. Um 1855 war noch die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Mit Beginn der Industrialisierung und der Entwicklung der Industriezentren Mannheim und Ludwigshafen erfolgte eine Verschiebung der Berufsverhältnisse. Lampertheim entwickelte sich, wie viele Gemeinden in der Nähe von Industriestandorten, von einem bäuerlichen Dorf zu einer Industriearbeitergemeinde, deren Einwohner täglich zur Arbeit in die umliegenden Fabriken pendelten. Spätestens zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigten sich die sozialen Auseinandersetzungen um die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Fabriken immer deutlicher. In diese Zeit fällt auch der Beginn der gewerkschaftlichen und politischen Organisation in Lampertheim. 1904 wurde das Gewerkschaftskartell Lampertheim gegründet, ebenso der SPD Ortsverein. Es gab einen Arbeiter-Wahlverein, der über die politischen Ziele der Arbeiterschaft und deren Durchführung diskutierte. Im März 1905 streikten rund 200 der etwa 250 Arbeiter der Chemischen Fabrik in Neuschloß und zur gleichen Zeit streikten auch die Lampertheimer Maurer erfolgreich für höhere Löhne. Im Januar 1906 lud die SPD Lampertheim zu einer Solidaritätskundgebung zum Jahrestag der russischen Revolution von 1905 in die Gaststätte „Kronprinz“ in der Römerstraße 10 ein, um zu zeigen, dass man sich *„mit seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern in Rußland solidarisch fühlt“*, wie damals in einer Anzeige in der LZ zu lesen war.³

Lampertheim entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einer Hochburg der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit vielfältigen, den Arbeiterparteien nahestehenden, kulturellen und sportlichen Organisationen.

³ LZ vom 21.1.1906, zitiert in: DGB-OK: 75 Jahre Gewerkschaftskartell Lampertheim, Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der gewerkschaftlichen Organisation in Lampertheim, S. 4

I.1 Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Lampertheim

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges kam es zu einer Spaltung der Arbeiterbewegung. Ab dem Jahresende 1914 wandte sich eine kleine Zahl von SPD-Reichtagsabgeordneten gegen die Kompromissbereitschaft ihrer Führung gegenüber der Reichsregierung und wurde daraufhin aus der SPD ausgeschlossen. Dies war der Kern der USPD ab 1917 und des Spartakusbundes, aus dem 1919 die KPD entstand. Auch in Lampertheim spaltete sich die politische Arbeiterbewegung. Im Februar 1919 kam es zur Gründung einer USPD-Ortsgruppe und im gleichen Jahr entstand eine örtliche KPD-Gruppe. 1920 existierten in Lampertheim drei Arbeiterparteien: SPD, USPD, KPD, die zu dieser Zeit politisch noch gemeinsam agierten, bei Kundgebungen, den Maifeierlichkeiten oder mit gemeinsamen Wahllisten bspw. von SPD und USPD. Zwischen 1920 und 1922 zerrieb sich die USPD in Flügelkämpfen. Ein Teil, der linke Flügel, schloss sich Ende 1920 der KPD an, der andere Teil vereinigte sich 1922 wieder mit der SPD. Ein unbedeutender Rest existierte bis 1931 und ging dann in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) auf. Über diese Partei wird noch zu sprechen sein.

Trotz der Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterbewegung über ihre ideologischen Wege, konnten wichtige politische und soziale Ziele durchgesetzt werden: Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Frauenwahlrecht, der 8-Stunden-Arbeitstag, die Anerkennung der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterschaft mit dem Recht, Tarifverträge abzuschließen und Betriebsräte als betriebliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu wählen. 1919 wurde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ADGB gegründet, als Dachverband von 52 freien Gewerkschaften in Abgrenzung zu den christlichen und liberalen Gewerkschaften.

Inachin schreibt: „Am 16. November 1918 wählten achthundert Lampertheimer in einer Versammlung im Gasthaus „Rose“ einen Arbeiter und Bauernrat, der keineswegs aus bewaffneten Revolutionären bestand, der durch den Ort gezogen sei, wie später die Lampertheimer NSDAP behauptete, sondern aus Vertretern der ältesten Lampertheimer Familien.“ Diesem Arbeiter- und Bauernrat gehörten unter anderen Philipp Strohmenger – SPD – an, der 1930 in einer politisch motivierten Auseinandersetzung erschlagen wurde, sowie Martin J. Kärcher II und Hermann Wegerle I, die beide 1922 für die DVP in den Gemeinderat gewählt wurden.“⁴

⁴ Vgl. Inachin, S. 31 ff.

Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg waren von schweren wirtschaftlichen Belastungen geprägt, stetige Geldentwertung bis zum Höhepunkt der Inflation 1923 und eine Arbeitslosigkeit in diesem Jahr von etwa 25 Prozent. Die Arbeitslosenunterstützung lag weit unter dem Existenzminimum. Am 12. Oktober 1923 fand in Lampertheim eine Arbeitslosen-Demonstration hin zum Rathaus statt, mit der auf die Notlage der Erwerbslosen aufmerksam gemacht werden sollte.⁵ In der Zeit zwischen 1924 und 1929 stabilisierte sich die wirtschaftliche Situation. Dennoch lag die Arbeitslosigkeit bei mehr als zehn Prozent und die Reallöhne lagen trotz Lohnsteigerungen weit unter dem Vorkriegsniveau von 1914. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 beendete den kurzen Aufschwung und hatte für die Menschen verheerende Folgen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von etwa 1,9 Millionen im Jahr 1929 auf rund 6,2 Millionen im Jahr 1932. Im gleichen Zeitraum sanken die Reallöhne um mehr als 30 Prozent, Sozialleistungen wurden gekürzt und ca. 1,5 Millionen Menschen erhielten 1932 überhaupt keine Unterstützung mehr. Bei Tarifaueinsetzungen ging es in dieser Zeit nicht mehr um Lohnerhöhungen oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, sondern nur noch um die Quote der Lohnsenkung.⁶

Angesichts einer von vielen als zu angepasst empfundenen SPD-Politik, die dazu beigetragen habe, die Auswirkungen der Krise auf die lohnabhängig Beschäftigten abzuwälzen, und zudem einen defensiven Kurs der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern zur Folge gehabt haben sollte, sah ein Teil der Arbeiterbewegung seine Interessen durch die freien Gewerkschaften nicht mehr vertreten und ging auf Distanz zu den sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften des ADGB. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die zunächst eine kommunistische Strömung in den freien Gewerkschaften war, trat ab Ende 1929 als KPD-nahe Gewerkschaft auf. RGO-Anhänger versuchten, unzufriedene Arbeiter zu Streiks, häufig auch wilden Streiks, zur Abwehr von Lohnkürzungen und besseren Arbeitsbedingungen zu organisieren. Sie wurde daher als „staatsfeindliche Organisation“ von den Behörden eingestuft und ihre Aktivitäten von der Polizei überwacht.⁷

Nachdem die RGO als kommunistische Richtungsgewerkschaft entstanden war, die auch in Lampertheim Mitglieder hatte, so existierte bspw. in der Zigarrenfabrik S. Süß und Söhne eine RGO-Betriebszelle⁸, kann davon ausgegangen werden, dass das ADGB-Gewerkschaftskartell Lampertheim mit seinem Vorsitzenden, dem SPD Gemeinderat Otto Barth, gewissermaßen die sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft darstellte und die Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft darin ver-

⁵ Vgl. ebd., S. 56; und: DGB OK 1979, S. 9

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Quelle: Wikipedia Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition, Online-Abfrage 26.10.2013

⁸ Vgl. DGB OK 1979, S. 10

treten war. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Ortsgruppe des Christlichen Metallarbeiterverbandes mehrheitlich als Richtungsgewerkschaft der katholischen Zentrumspartei gesehen werden kann.

Unzufriedenheit über den Kurs ihrer Parteiführungen herrschte aber auch bei Mitgliedern von KPD und SPD. Nachdem die KPD-Führung 1928 eine „ultralinke“ Wende vollzogen hatte und ihren Kampf auf den „Hauptfeind“ SPD („Sozialfaschismusthese“) konzentrierte, gründete 1929/30 eine kleine Gruppe die KPD-Opposition (KPD-O). Die KPD-O plädierte für eine Einheitsfront und den gemeinsamen Kampf von SPD und KPD gegen den Nationalsozialismus. Aus dem gleichen Grund spaltete sich im Herbst 1931 die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) von der SPD (die ihren „Hauptfeind“ in der KPD, den „Kommu-Faschisten“ sah) ab und vereinigte sich mit den Resten der USPD. Die SAP setzte sich vehement für eine Einheitsfront von SPD, KPD, Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus ein. Das wohl bekannteste SAP-Mitglied war der spätere Bundeskanzler Willy Brandt.⁹ Sowohl KPD-O wie SAP blieben Splittergruppen, denen es nicht gelang, Sammelbecken für parteilose Linke oder kritische SPD- bzw. KPD-Mitglieder zu werden. In Lampertheim spielten diese beiden Gruppierungen keine Rolle.

Aber nicht nur schwere wirtschaftliche Belastungen erschütterten das Land, sondern auch heftige politische Auseinandersetzungen. Weite Kreise der ehemaligen Machteliten – von vor 1919 – standen der neuen Republik ablehnend bis feindselig gegenüber und wollten die alte Ordnung notfalls mit Gewalt wiederherstellen. Eine Reihe von Putschversuchen und Attentaten der extremen Rechten wirkten sich destabilisierend aus: der Kapp-Putsch 1920; die Ermordung Matthias Erzbergers (Ex-Finanzminister, Zentrum) 1921 und Walter Rathenaus (Außenminister, SPD) 1922. Philipp Scheidemann (SPD) entging im gleichen Jahr nur knapp einem Anschlag und im November 1923 folgte der Hitler-Ludendorff-Putsch.

Im Februar 1924 wurde als Antwort auf die Bedrohung von rechts, und die 1920/21 größtenteils aus den Freikorps hervorgegangene SA¹⁰ und der Stahlhelm, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als demokratisches Bündnis zum Schutz der Republik von SPD, Zentrum, DDP und Gewerkschaften gegründet.¹¹ Das Reichsbanner war SPD-dominiert, etwa 90 % der Mitglieder kamen von der SPD. Die nach militärischem Vorbild aufgebauten Schutzformationen (Schufo) zählten 1931 ca. 250.000 Mitglieder, das Reichsbanner hatte insgesamt etwa drei Millionen Mitglieder

⁹ Quelle: Wikipedia KPD-O; SAP, Online-Abfrage 26.10.2013

¹⁰ Aus der SA ging ab 1925 die SS hervor, sie diente der Parteiführung anfangs als interne Polizeitruppe

¹¹ Mitglieder des Reichsbanners waren u.a.: die Sozialdemokraten: Fritz Bauer, der spätere Ankläger im Auschwitz-Prozess, Georg August Zinn, späterer Ministerpräsident Hessens; von der DDP: Gustav Heinemann, späterer Bundespräsident

reichsweit. Im Dezember des Jahres 1931 bildete das Reichsbanner mit dem Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB), dem ADGB und der SPD die „Eiserne Front“ als Reaktion auf den Zusammenschluss der nationalistischen Feinde der Republik in der „Harzburger Front“. Wesentlichste Aufgabe der Schufos des Reichsbanners und dann der „Eisernen Front“ war in den späten 1920er Jahren bis zum Verbot 1933 der Schutz von Parteiveranstaltungen gegen den immer brutaler werdenden Straßenterror der SA. Die Abteilung Lampertheim des Reichsbanners gehörte, wie auch Bürstadt, organisatorisch dem Reichsbanner Bezirk Ried an.¹²

Aus dem gleichen Grund wie das Reichsbanner und im gleichen Jahr – im Herbst 1924 – wurde der Rote Frontkämpfer Bund (RFB), als Selbstschutzorganisation der KPD gegründet. Der RFB war ursprünglich, wie auch das Reichsbanner, ein militärisch organisierter Veteranenverband ehemaliger Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges und zählte 1927 etwa 120.000 Mitglieder. Im Mai 1929 wurde der RFB vom preußischen Innenminister verboten. Die Mitglieder agierten von nun an entweder illegal weiter oder in Nachfolgeorganisationen wie dem „Kampfbund gegen den Faschismus“.¹³ Dies führte zwangsläufig zu Konflikten mit den Staatsorganen. Während vor allem der RFB und das Reichsbanner die Härte des Gesetzes zu spüren bekamen, wurden die Organisationen der politischen Rechten, SA und Stahlhelm, wenn überhaupt, wesentlich seltener verfolgt und bestraft. Dies sollte die Taktik der SA in der Zeit von 1931 bis zur sog. „Machtübernahme“ beeinflussen. Die SA provozierte bei ihren Aufmärschen bewusst die politischen Gegner, so dass diese nach gewalttätigen Auseinandersetzungen polizeilich und gerichtlich verfolgt wurden. Inachin berichtet, *„dass in den Jahren 1931 und 1932 fünfzig Lampertheimer Kommunisten vor Gericht standen und weitere fünfundzwanzig Ende 1932 noch auf ihre Verfahren warteten, während nur ein Fall bekannt, wurde, in dem ein Lampertheimer Nationalsozialist 1931 in Darmstadt vor Gericht stand und verurteilt wurde.“*¹⁴

I.2 Die NSDAP in Lampertheim

Über die Gründung der NSDAP in Lampertheim schreibt Inachin:

„Am 01. Februar 1927 erfolgte auf Initiierung des Gewerbelehrers Martin Dries und des Fabrikarbeiters Martin Klippel gemeinsam mit den Parteigenossen Georg Sauer, Emil Ludwig, Karl Christ und Ludwig Jakob die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Lampertheim.“

¹² Quelle: Wikipedia, Reichsbanner, Online-Abfrage 26.10.2013

¹³ Quelle: Wikipedia Roter Frontkämpferbund, Online-Abfrage 26.10.2013

¹⁴ Vgl. Inachin, S. 160 und 189

Ab dem 18. Juli 1927 trat Georg Ludwig Grünewald als Ortsgruppenleiter die Nachfolge von Martin Klippel an. 1929 legte er sein Amt bis 1933 nieder, für ihn übernahm Heinrich Thomas die Leitung der Ortsgruppe. Erste Erfolge der NSDAP-Ortsgruppe setzten 1929 ein, als auch in Lampertheim die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spürbar wurden. In diesem Jahr kandidierte die NSDAP erstmals für den Gemeinderat und erhielt prompt 15,4 Prozent der Stimmen. Im neuen Gemeinderat waren vertreten: Die DVP als weiterhin stärkste Fraktion mit 7 Sitzen, gefolgt von Zentrum mit 6 Sitzen, SPD 4 Sitze, NSDAP 4 Sitze, KPD 3 Sitze. Was jedoch nach dem Einzug der NSDAP in den Gemeinderat von deren Gemeinderäten zu hören war, wirkte angesichts der Nöte der Gemeinde polemisch und beschränkte sich oft nur auf Zurufe, unsinnige Dringlichkeitsanträge und, wenn nichts mehr half, verließen sie demonstrativ den Sitzungssaal.¹⁵ Und weiter konstatiert sie: „Allmählich baute sich die Lampertheimer NSDAP organisatorisch aus. Ende 1930 wurde ein SA-Sturm und 1931 ein SS-Sturm gegründet. Die Parteiarbeit wurde intensiviert, immer mehr Veranstaltungen organisiert. Die NSDAP veranstaltete Kameradschaftsabende, Gedenkfeiern für gefallene Soldaten des Ersten Weltkrieges, „Deutsche Abende“ und forderte die Errichtung eines Kriegerehrenmals, das sich seit Jahren in der Planung befand, aber wegen fehlender Finanzmittel nicht ausgeführt wurde. Die erfolgreiche Etablierung der NSDAP in Lampertheim beruhte auf: Anti-Marxismus, Antisemitismus und Nationalismus, sowie dem geschickt angewandten vereinfachenden Schema von „Gut und Böse“ und der Aggressivität, mit der die Nazis ihre Überzeugungen publik machten. Konkrete Vorschläge zur Krisenbewältigung wurden nicht gemacht, sondern auf Hitlers Weisheit und Führungswille verwiesen.“¹⁶ In dieser Zeit machte Helmut von Foulon, der zusammen mit dem SA-Mann Hans Gaier bei den Verhaftungen und Misshandlungen politischer Gegner in Lampertheim 1933 eine unrühmliche Rolle spielen sollte, von sich reden: Helmut von Foulon, geboren am 21. November 1898 in der Nähe von Gießen, war seit 1929 NSDAP- und SA-Mitglied. Der gelernte Kaufmanns- bzw. Kanzleihilfe trat 1920 in den Polizeidienst ein. Ab dem 18. Oktober 1923 wurde er als Polizeiwachtmeister geführt und am 14. April 1927 auf Nachsuchen aus dem Polizeidienst entlassen. Die Gründe hierfür bleiben im Dunkeln. Nachdem er sich 1927 in Lampertheim niedergelassen hatte, betrieb er in den Jahren 1929 bis 1935 in der Poststraße einen Handel mit Speiseöl, Obstkonserven, Putzmitteln und Gewürzen. 1930 erfolgte seine Wiedereinstellung in den Polizei-

¹⁵ Ebd., S.172

¹⁶ Ebd., S.178 ff.

dienst bei der Polizeistation Lampertheim. Ab dem 01. Januar 1934 tat er in Worms als Polizeiobermeister Dienst, und ab 1939 war er Kommissar der Schutzpolizei in Mainz. Sein letzter Dienstgrad in der SA war der eines Standartenführers (dies entsprach dem eines Obersten). Nach oder vielleicht wegen dieser beachtlichen Karriere verliert sich seine, auch gerichtlich verfolgte Spur 1940. Über sein weiteres Schicksal oder mögliches „Abtauchen“ liegen keine Erkenntnisse vor, außer dass seine Familie 1946 in Wien lebte.¹⁷ Hans Gaier, geboren am 19. Februar 1902 in Mannheim-Sandhofen, trat am 01. September 1931 in SA und NSDAP ein und begleitete den Rang eines SA-Sturmbannführers. Ab 1935 war er im Polizeidienst tätig und während des Krieges als Polizeihauptmann u.a. in Polen eingesetzt. Einer Beschuldigung nach dem Kriege, er habe im besetzten Polen Erschießungen befohlen, konnte nicht nachgegangen werden, da die maßgeblichen Zeugen zwischenzeitlich nach Israel ausgewandert waren.¹⁸

1.3 Die „Boxheimer Dokumente“

Am 26. November 1931 sprach ganz Deutschland über Lampertheim oder genauer den Boxheimer Hof zwischen Bürstadt und Lampertheim. An diesem Tag erfuhr die Öffentlichkeit aus der Presse von den sogenannten „Boxheimer Dokumenten“. Benannt wurden sie nach dem Boxheimer Hof, in dem sich hessische Nationalsozialisten in den Monaten August und September 1931 zu mehreren Beratungen trafen, um Pläne für eine gewaltsame Machtergreifung durch Mitglieder der NSDAP zu besprechen. Diese Pläne hatte der 1903 in Darmstadt geborene Gerichtsassessor und NSDAP-Funktionär Werner Best, tätig am Amtsgericht Bensheim, entwickelt. Ausgehend von Unruhen, vergleichbar der November-Revolution von 1918¹⁹, sollten bewaffnete nationalsozialistische Gruppen, vage als „SA, Landwehren o.ä.“ bezeichnet, die Macht ergreifen und den Ausnahmezustand erklären. Alle politischen Gegner sollten „vorsorglich“ in unverzüglich einzurichtende Konzentrationslager gebracht werden. „Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tod bestraft“, das sollte auch für die Nichtbefolgung von Notverordnungen gelten. Über oppositionell eingestellte Personen oder solche, die dafür galten, sollten Listen angelegt werden. Außerdem sollte eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht für alle Deutsche ab dem 16. Lebensjahr eingeführt werden: „Der Anspruch auf Ernährung ... ist von der Erfüllung der Dienstpflicht abhängig“. Da Juden vom Arbeitsdienst ausgeschlossen waren, bedeutete

¹⁷ Quelle: HStAD, HADIS, Online-Abfrage 21.09.2013;

StAL XIX/4: Brief Bgm. Günderoth vom 25.02.1949 an Spruchkammer Darmstadt

¹⁸ Quelle: StAL

¹⁹ Diese Annahme sollte die Umsturzpläne rechtfertigen

dies implizit, dass sie keinerlei Lebensmittel erhalten würden. Die Veröffentlichung dieser Dokumente schlug in der angespannten innenpolitischen Lage des Herbstes 1931 hohe Wellen. Best selbst wurde vom Staatsdienst suspendiert und am 30. November 1931 wurde ein Strafverfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet. Etwa ein Jahr später, am 12. Oktober 1932, wurde er vom Reichsgericht in nicht öffentlicher Sitzung mangels Beweisen freigesprochen. Wilhelm Schäfer, der an den Beratungen im Boxheimer Hof teilgenommen hatte und nach einem Streit mit Best aus der NSDAP ausgetreten war, hatte die Dokumente am 25. November 1931 dem Frankfurter Polizeipräsidenten übergeben und gefährdete so Bests Karriere. Er wurde in der Nacht des 17. Juli 1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen. Zu der Zeit war Best Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen und setzte seine Pläne von 1931 in die Tat um.²⁰ Wilhelm Schäfer hatte er bereits im März 1933 in „Schutzhaft“ nehmen lassen, aus der dieser förmlich nicht mehr entlassen worden war. Auf Bests Anordnung hin wurde das KZ Osthofen errichtet, das neben dem KZ Dachau das erste reguläre KZ unter staatlicher Verwaltung war.²¹

I.4 Lampertheimer Verhältnisse 1931-1932

Hohe Arbeitslosigkeit

„1931 lag die Arbeitslosigkeit in Lampertheim bei 20 %. Die Arbeitslosen mussten seit Juli 1931 mit einem noch geringeren Geldbetrag pro Woche auskommen, die Gemeinde drückten Schulden und der Winter stand vor der Tür. In der Gemeinderatssitzung vom 22. Dezember 1931 forderte die KPD daher Winterhilfe für alle Arbeitslosen und verlangte, weitere Kredite zu deren Finanzierung aufzunehmen. Die inzwischen im Gemeinderat vertretene NSDAP hingegen schlug zur Finanzierung [der Winterhilfe] vor, das Gehalt des Bürgermeisters zu kürzen und einen Teil des Rathauspersonals zu entlassen.“²²

Zum 30. Juni 1932 waren 1376 Lampertheimer [d.h. etwa jeder 10.] arbeitslos gemeldet, allerdings erhielten nur 287 Arbeitslosengeld. Die restlichen 1089 bekamen als Langzeitarbeitslose eine noch geringere Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung, berichtete am 01. Juli 1932 die LZ.

Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum), der bis zum 30. Mai 1932 die Reichsregierung führte, verfügte mittels Notverordnungen weitere Ausgabenkürzungen im

²⁰ Bests NS-Karriere sollte steil nach oben gehen: Er war an exponierter Stelle an der „Niederschlagung des Röhm-Putsches“ 1934 beteiligt und an den Nürnberger Rassegesetze 1935. Sein Weg führte bis ins Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in der Funktion des Stellvertreters Heydrichs. Vgl. auch Herbert 2001

²¹ Quelle: Wikipedia Boxheimer Dokumente, Online Abfrage 06.12.2012

²² Vgl. Inachin, S.122 ff.

Sozialetat und drastische Steuererhöhungen. Unter der Regierung Franz von Papens (Zentrum), der Brüning ablöste, wurde es noch schlimmer: Die Notverordnungen wurden verschärft, Löhne, Gehälter und Unterstützungen wurden gekürzt, das tarifliche Lohnsystem wurde durch ein staatliches Lohndiktat ersetzt (mit Lohnsenkungen bis 20 %). Der Lebensstandard sank weiter. Die zunehmende Not breiter Bevölkerungsschichten versuchte die NSDAP mit ihren vereinfachenden Parolen und aggressivem Auftreten auszunutzen, was ihr auch gelang. Die SA erhielt erheblichen Zulauf. Waren es zunächst junge Männer aus dem Kleinbürgertum, einschließlich bäuerlicher Schichten, kamen in zunehmendem Maße auch Beschäftigungslose aus dem Arbeitermilieu. Ein Grund könnte gewesen sein, dass es schon vor 1933 Betriebe gab, die nur Mitarbeiter einstellten, die einer NS-Gliederung angehörten. So soll bspw. die „Zellstoff“ in Mannheim (heute SCA Hygiene Products), wie Zeitzeugen berichteten, nur neue Mitarbeiter eingestellt haben, die schon ein halbes Jahr Mitglied der SA waren. Ein weiterer Grund mag gewesen sein, dass die, die bisher kaum Geld für neue Kleidung geschweige denn Zigaretten hatten, nun in neuer Uniform in der SA-Kneipe sitzen und ein Bier trinken konnten. *„Wer die Würde seiner Arbeit verlor, wurde verführbar durch die Machtverheißungen der Nazis“*, sollte Georg Glaser, gebürtiger Wormser, Handwerker, Schriftsteller und Widerstandskämpfer, später einmal sagen.²³

Das Jahr **1932** war vor allem auch ein Wahljahr, fast im Monatsrhythmus wurde gewählt:

Bürgermeisterwahl im Januar: Adam Keller (SPD) wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Beigeordnetenwahl im März: Ernst Kretschmar (KPD) erhielt in der **Stichwahl im April** die meisten Stimmen, auch vom Zentrum, offensichtlich hatte man sich den Aufruf der SPD: *„einen Schlag gegen Faschismus und Reaktion“* zu führen und Kretschmar zu wählen um einen NSDAP-DVP-Beigeordneten zu verhindern, zu Herzen genommen.²⁴

Neuwahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932, Stichwahl im April.

Landtagswahl am 24. Juli.

²³ Vgl. Rohrwasser 1997: Erinnerungen an Georg K. Glaser

²⁴ Vgl. Inachin, S.202

Reichtagswahl am 31. Juli: Da keine regierungsfähige Koalition gebildet werden konnte, tagte der Reichstag nur sechs Wochen, bis er aufgelöst wurde und Neuwahlen für den 06. November ausgeschrieben wurden. Der Wahlkampf begann unmittelbar nach bekannt werden der Reichtagsauflösung. Die NSDAP intensivierte ihre Propaganda und ihre Aktionen gegen den politischen Gegner. Der Wahlkampf war von weiter zunehmendem Wahlterror der Nationalsozialisten überschattet, denn der erhoffte „Endsieg“ schien zu lange auf sich warten zu lassen und die Popularität der Partei sank zusehends. Während die NSDAP einen aggressiven Dauerwahlkampf führen konnte, bekamen die Kommunisten die ganze Härte des Gesetzes und der Polizei zu spüren. Die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes erschien gefährlicher als eine Machtübernahme der Nationalsozialisten, die wenigstens das christliche Erbe, traditionelle Hierarchien, Recht und Ordnung zu garantieren schienen.²⁵ Der kompromisslose Kampf, den die Nationalsozialisten gegen ihre Feinde führten, imponierte so manchem „braven Bürger“, suggerierte er doch, dass die Partei mit der gleichen Entschlossenheit ihre Wahlversprechen verwirklichen würde, wenn man sie denn wählte, und nährte die Hoffnung, dass ein starker Staat ihnen ihre Probleme abnehmen würde. Der Terror der SA galt ja sowieso nur den Kommunisten, die Ruhe und Ordnung störten, weshalb man sie unschädlich machen musste. Die Gewalt gegen diesen politischen Gegner verursachte keine eigenen Ängste, da die NSDAP-Wähler glaubten, für sich nichts befürchten zu müssen.²⁶

Reichtagswahl am 06. November: Die Popularität der Nationalsozialisten war weiter gesunken, sie verloren im Vergleich zu den Juli-Wahlen zwei Millionen Wähler. Die 33 % der NSDAP und die mageren 8,6 % der DVP reichten nicht für eine Regierungsmehrheit. Am 03. Dezember übernahm General Schleicher die Reichsregierung. Nachdem Schleicher am 28. Januar zurückgetreten war, ernannte am 30. Januar 1933, wie hinlänglich bekannt, der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg auf Drängen von Teilen der Industrie, der Banken und des Militärs Adolf Hitler zum Reichskanzler. Um einem Misstrauensantrag im Reichstag zuvorzukommen, hatte Hitler an seine Ernennung die Auflösung des Reichtags und die Ausschreibung von Neuwahlen am 05. März 1933 geknüpft.

²⁵ Das negative Bild des „vaterlandlosen Gesellen“ und die Kriminalisierung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften durch das Bismarck'sche Sozialistengesetz von 1878 mag in den Köpfen vieler aus dem bäuerlichen und bürgerlichen Milieu immer noch nachgewirkt haben

²⁶ Die Ausschaltung der politisch Andersdenkenden, Verbot und Auflösung der KPD und SPD und ihrer Organisationen, Hausdurchsuchungen, Verurteilungen und Einweisungen in das Konzentrationslager müssen für viele NSDAP-Wähler dann 1933 eine innerliche Genugtuung gewesen sein

II. Lampertheim ab 1933

Die Jahreswende zum Schicksalsjahr 1933 verlief in Lampertheim bei frühlingshafem Silvesterwetter ohne politische Auseinandersetzungen und Zwischenfälle, vermeldete die Lampertheimer Zeitung damals.

„Am 28. Januare 1933 erfuhren die Lampertheimer aus der Zeitung, dass das Kabinett Schleicher zurückgetreten war. Zwei Tage später erfuhr man aus dem Radio und aus der Lampertheimer Zeitung: „Hitler zum Reichskanzler ernannt“. Am Abend des 30. Januar marschierten etwa 400 SA- und SS-Männer (rund die Hälfte von außerhalb) durch die Ortsstraßen, von einer großen Menge Schaulustiger bereits erwartet. Das konnte nicht ohne Zwischenfälle abgehen: Den Marschierenden wurden Beschimpfungen und provozierende Bemerkungen zugerufen. Vor dem Rathaus kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf die eingreifende Polizei jedoch nur die SA-Schläger unterstützte. Gegen 21:00 Uhr traf das Wormser Überfallkommando ein, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Die Auswärtigen Teilnehmer wurden unter Polizeischutz aus dem Ort geleitet. Schon am nächsten Tag, dem 31. Januar, demonstrierten 250 Lampertheimer Kommunisten auf den Straßen gegen die neue Regierung und gegen Faschismus.“²⁷

Die Forderung der KPD nach einem Generalstreik lehnten SPD und ADGB ab, sie konzentrierten sich vielmehr auf den beginnenden Wahlkampf und setzten auf die Legalität des Rechtsstaates und die Gewaltfreiheit der Demokratie. Auch angesichts der drohenden NS-Herrschaft konnte die Kluft zwischen SPD und KPD nicht überwunden werden, man konnte sich nicht zu gemeinsamen Aktionen durchringen. Der Aufruf Philipp Bertels von der KPD *„Wir appellieren an die sozialdemokratischen und Reichsbanner Arbeiter. Schließt mit uns die kämpfende Einheitsfront im Zeichen der antifaschistischen Aktion“* blieb ungehört. Und so marschierten am Sonntag, den 19. Februar 1933, zwei getrennte Demonstrationzüge durch Lampertheim: Der Zug der KPD formierte sich um 14:00 Uhr vor dem neuen Parteilokal „Saalbau“ in der Wilhelmstraße, um *„gegen die neuen Staatsstreichpläne der faschistischen Diktatur, ... für Arbeit, Freiheit und Brot“* zu demonstrieren.

Ab 17:00 Uhr zog die Eiserne Front vom Ortseingang Bürstädter Straße zum Kundgebungsort Sedanplatz unter dem Motto: *„Arbeiter und Werktätige gegen den Wohl-*

²⁷ Vgl. Inachin, S. 231

Arbeiter und Werkfätige von Lampertheim

Am Sonntag, den 19. Februar 1933,
nachmittags 5 Uhr findet eine Demonstration
der Eisernen Front und des Reichs
banners

gegen den Wohlfahrtsstaat der
Nazibarone,
gegen die Diktatur des Adels und
Großgrundbesitzes

statt. Die Aufstellung des Zuges 4.30 Uhr
am Ortseingang Birkstädter Straße.

Anschließend Aundgebung auf dem Se-
danplatz.

S. P. D. Eiserner Front.

Achtung! **Achtung!**

Antifaschist. Massenaufmarsch

Am morgigen Sonntag marschieren die Werk-
fätigen Lampertheims gegen die neuen faschi-
stischen Staatsstreikpläne auf. Morgen wer-
den die Straßen Lampertheims erdröhnen
unter dem Marschtritt der Arbeiterbataillone.
Das rote Lampertheim marschiert auf gegen
den weißen Terror, gegen die braune Sold-
armee, gegen die neuen Staatsstreikpläne
der faschistischen Diktatur. Wir appellieren
an die sozialdemokratischen und Reichsban-
ner Arbeiter! Schließt mit uns die läuthende
Einheitsfront im Zeichen der antifaschistischen
Aktion! Stürmt mit uns gegen kapitalistische
Knechtschaft und imperialistische Verflavung
für Freiheit, Arbeit und Brot! Für ein
freies sozialistisches Deutschland. — Aufstel-
lung des Zuges um 2 Uhr am Saalbau. An-
tifaschist. in Uniform. Sorgt für Massen-
aufmarsch. K. P. D., B. B. r t e l.

LZ 18.02.1933

fahrtsstaat der Nazibarone, gegen die Diktatur des Adels und der Großgrundbesitzer“. Es sollten die letzten großen Demonstrationen der beiden Arbeiterparteien für die nächsten zwölf Jahre sein.²⁸

II.1 Die Ausschaltung des politischen Gegners

Die Wahl am 05. März 1933, die, wie Reichspräsident Göring bei einem Treffen Hitlers mit führenden Vertretern der Industrie am 20. Februar 1933 sagte: „... die letzte Wahl für die nächsten 100 Jahre“ werden sollte, warf ihre Schatten voraus. Die NSDAP agitierte immer aggressiver gegen KPD, SPD, Zentrum und auch gegen jüdische Bürger.

„In dieser Zeit erfolgte die erstmals belegte Denunziation eines Lampertheimers jüdischen Glaubens. Am 10. Februar wurden angebliche angebliche „Enthüllungen“ im Mannheimer „Hakenkreuzbanner“, dem nationalsozialistischen Kampfblatt für Nordwestbaden, veröffentlicht, nach denen der Viehhändler Max Hochstädter, der sein Geschäft in der Wilhelmstraße 39 betrieb, eine kranke Kuh verkauft haben

²⁸ Vgl. DGB OK 1979, S. 15

*sollte. Selbst die Polizei, die sich sofort einschaltete, musste bestätigen, dass die Kuh noch in Hochstädters Stall stand.*²⁹

Mit dem Reichtagsbrand am 27. Februar 1933 erreichte die Gewalt gegen den politischen Gegner einen neuen Höhepunkt. Noch in der Nacht wurde eine ausgedehnte Verhaftungswelle eingeleitet, die weit über die Reihen der Funktionäre und Abgeordnete der KPD hinaus ging. Die Presse der Linksparteien wurde verboten und diese damit auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes ihrer publizistischen Mittel beraubt. Doch wesentlich schwerwiegender war indessen, dass der Brand Hitler und der Reichsregierung als Vorwand für eine weitere Notverordnung diente: Die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, die bereits am Morgen des folgenden Tages – also am 28. Februar – veröffentlicht wurde und von langer Hand vorbereitet sein musste. Durch diese sogenannte Reichtagsbrandverordnung wurden die demokratischen Menschen- und Bürgerechte praktisch aufgehoben. Obwohl sie nur „bis auf weiteres“ gelten sollte, wurde sie bis 1945 nicht mehr außer Kraft gesetzt und war ein probates Mittel zur Kriminalisierung und Ausschaltung politisch Andersdenkender.

Am 01. März 1933 erschien ein Wahlaufuf der KPD-Ortsgruppe in der Lampertheimer Zeitung, verbunden mit dem Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration am 03. März und der Einladung zu einer Wahlveranstaltung am 04. März. Am gleichen Tag verbot die Reichsregierung jedoch sämtliche Veranstaltungen und Druckschriften der KPD reichsweit. Schon am nächsten Tag, den 02. März, fanden *„bei verschiedenen Funktionären der KPD Haussuchungen statt“*, wobei *„Druckschriften und ein Vervielfältigungsapparat“* (ein „Rotaprint“-Apparat zur Herstellung der lokalen Parteizeitung im Format A4 mit sechs bis acht Seiten) *„beschlagnahmt wurden“*, wie die LZ am 03. März 1933 meldete. Gerüchte über Verhaftungen wurden in diesem Artikel dementiert. Die SPD-Ortsgruppe rief in ihrem Wahlaufuf vom 04. März die Bevölkerung auf: *„Wählt nicht im Rausch ... Denkt an Eure Freiheit“*. Es war der vorerst letzte Wahlaufuf. Drei Monate später, am 22.06.1933, wurde dann auch die SPD verboten. Obwohl Wahlsieger, dürfte das Ergebnis der Reichtagswahl nicht den Erwartungen der Nationalsozialisten entsprochen haben, weder in Lampertheim, noch in der Region. In Lampertheim – bei einer Wahlbeteiligung von 90,7 % – erreichte die NSDAP 41,7 % der Stimmen (reichsweit waren es 43,9 % und landesweit sogar 47,4 %), d.h. 58,3 % der Wähler hatten gegen die Nationalsozialisten gestimmt. Aber trotz Zeitungs- und Druckschriftenverboten und Wahlterror war es

²⁹ Vgl. Inachin, S. 234

der NSDAP nicht gelungen, den politischen Gegner entscheidend zu schwächen. An zweiter Stelle in Lampertheim blieb mit 23,9 % die KPD, gefolgt vom Zentrum mit 18,9 % und der SPD mit 9,8 %.³⁰ Während die Nationalsozialisten ihre Macht mit dem Hissen der Hakenkreuzfahne an öffentlichen Gebäuden und vielen Privathäusern gleich am nächsten Tag demonstrierten, tauchte Philipp Bertel, politischer Leiter der KPD-Ortsgruppe und Gemeinderat, unter, um einer Verhaftung zu entgehen, wohl auch weil er gewarnt worden war.

In den folgenden Tagen wurden bei vielen SPD- und KPD-Funktionären willkürliche Hausdurchsuchungen von SA und SS Kommandos durchgeführt und es kam zu Beschlagnahmungen, Verhaftungen und Misshandlungen. Die ersten Verhaftungen erfolgten am 07. März, weitere Festnahmen folgten am 08. März, getreu dem Aufruf Adolf Hitlers vom 10. März 1933, der mit den Worten: „*Parteigenossen, SA- und SS-Männer! Eine Umwälzung hat sich in Deutschland vollzogen...*“, begann und mit der Aufforderung endete „... *lasst euch in keiner Sekunde von unserer Parole abbringen: Sie heißt: Vernichtung des Marxismus*“.³¹ Und so ging es Schlag auf Schlag weiter: 27. März zwei Verhaftungen, 29. März vier Verhaftungen. Die nächste größere Aktion fand am 12. April statt.³² Dies ließe sich so fortführen, Monat für Monat. Die reguläre Polizei sah dem Treiben tatenlos zu, teils aus Angst der Beamten vor möglichen beruflichen Nachteilen, teils weil man gleiche Ansichten vertrat und es den „Bolschewisten und Marxisten“ gönnte.

Eine größere Razzia wurde am 20. September 1933 aufgrund einer Denunziation durchgeführt. Andreas Haas, ein Viernheimer Kommunist, der sich im April 1933 bereits im KZ Osthofen in „Schutzhaft“ befunden hatte, versuchte über den Lampertheimer Genossen Johannes Hamm eine Verbindung der KPD Ortsgruppe Viernheim mit der Bezirksleitung in Mannheim herzustellen, um die illegale Parteiarbeit und den Widerstand in der Region zu organisieren. Johannes Hamm, warum auch immer, denunzierte ihn bei der Polizei. Im Gefolge kam es zu der Verhaftung von 53 Lampertheimer Kommunisten und Helmut von Foullon konnte triumphieren: „*Die Mordzentrale der KPD in Lampertheim vernichtet*“.³³

³⁰ Ebd., S.237

³¹ Vgl. Hofer, S. 55

³² Die LZ meldete die Verhaftung mehrerer KPD- und SPD-Funktionäre, die nach Osthofen verbracht wurden, aber einige Tage später wieder frei gekommen sein sollten

³³ Brief v. Foullon, StA Worms, Abt. 13, Nr.: 1376

1933

Die Mordzentrale der K.P.D. in Lampertheim vernichtet!

Der Überfall auf die Lorscher SA. in der Nacht v. 22.X.31, der Mordversuch auf den SA. Truppführer Jost, SA. Mann Seitz, Truppführer von Foullon, und der Totschlagsversuch gegen den Sturmbannführer Geier restlos aufgeklärt. 53 Kommunisten festgenommen, eine Menge Material beschlagnahmt, Zusammenhänge mit dem Reichstagsbrand entdeckt, Waffen u. Munitionsfunde in Weiher!

Am 20. ds. Mon. holte das Sonderkommando Worms, bei Mitwirkung der Lampertheimer Polizei, unter Leitung des ~~Abteilungsleiters~~ ~~des Kriminalpedagogen~~, zu einem vernichtenden Schlag gegen die Lampertheimer Kommunisten aus. Lampertheim, einst eine rote Hochburg, bekannt geworden durch die vielen planmässigen Überfälle auf Nationalsozialisten, auch im Mord Hobelsberger haben diese Terroristen eine grosse Rolle gespielt, und nicht zuletzt bei einer Beigeordnetenwahl, wo das christliche Zentrum den Kandidaten der KPD. Kretschmar wählte, ist heute völlig ~~zerstört~~ vernichtet.

Bei dieser Aktion wurde festgestellt, dass der Ortsleiter der KPD. Phil. Bertel, nach dem 5. März aus Lampertheim flüchtig ging und in der Pfalz verschonte, die KPD. erneut aufzubauen. Ebenso wurden Spuren, die auf den Reichstagsbrand hindeuten, festgestellt.

Der Überfall auf die Lorscher SA. in der Nacht vom 22. Oktober 1931 auf der Strasse Heppenheim - Lorsch konnte ebenfalls restlos aufgeklärt werden. Bei diesem Zusammenstoss erhielt seinerzeit der SA. Truppführer Jost aus Lorsch einen Lungenschuss. Wie jetzt einwandfrei feststeht, hat der Kommunist Roman Kamp den Schuss auf Jost abgegeben. Der Antifaschist Adam Knappe, ist derjenige, der in fraglicher Nacht, dem bewusstlos geschlagenen SA. Mann Seitz die Pistole auf die Brust setzte, und dreimal abdrückte. Nur dem Umstand, dass die Munition nicht los ging, verdankt Seitz sein Leben.

Im Zusammenhang der Untersuchung wurde auch der Totschlagsversuch gegen den Sturmbannführer Geier, Überfall vor der Wirtschafft zur Rose, aufgeklärt, und als Täter der Antifaschistenführer Eg. Oberfeld ermittelt, der seinerzeit den Schuss auf den Sturmbannführer Geier abgab.

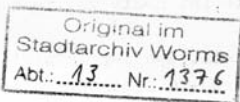
Gleichzeitig kam man hinter einen Mordplan, gegen den Gauredner & Truppführer v. Foullon. In diesem Falle haben diese Mordbanditen nach einem genau zuvor festgelegten Plan, das Wohnhaus vollständig eingekreist, die Strassenlampen verlöscht, und sich in einen in der Nähe befindlichen Vorgarten gelegt, wo v. Foullon unbedingt vorüberkommen musste. Nur dem Umstand, dass v.F. in fraglicher Nacht SA. Dienst machte, und nicht nach Hause kam, ist es zuzuschreiben, dass die Täter ihren Plan

nicht zur Ausführung bringen konnten..

Hier wurden als Täter ermittelt, Phil. Bertel, Hoch. Kistner, Math. Metzger, Fritz Glück, und Krämer (und in Haft genommen)

Es wurde weiter eine Menge Material ~~xxxxxx~~ vorgefunden und beschlagnahmt, darunter 11 Schalmeyen, 2 grosse Trommeln, drei Signalhörner, eine Pfeife, vier Schlagdeckel, ~~xxxxxx~~, drei Fahnenfutterale, Notenhalter, 5 K.F.B. Mützen, 2 Fahnen, darunter die berühmte Amerikaflagge. Die Fahnen waren in einem verlöteten Zinkkasten vergraben, Koppel, RFB. Uniform samt Stiefel, Antifahenden, Armbinden, Sammelbüchse, Abzeichen, zwei Radioapparate, zwei Terzerols und eine Waltherpistole mit 14 Schuss.

Hierbei kam man auf ~~xxxx~~ Spuren, die in den Odenwald führten, und konnte in Weiher b. Heppenheim ein franz. Inftr.-Gewehr, ein Jagdgewehr, ein Flobert, 34 Schuss Inftr.-Munition, Ladestreifen für 08 Pistolen, sowie zwei Granaten und zwei Kartuschen beschlagnahmt werden.



Bereits am 31. März 1933 war der Gemeinderat im Rahmen der Gleichschaltung mit dem Reich aufgelöst und nach dem örtlichen Wahlergebnis der Reichstagswahl neu gebildet worden, d.h. statt der 41,7 % für die NSDAP in Lampertheim wurden die 43,9 % des Reichsergebnisses zugrunde gelegt. Der neue Gemeinderat bestand nun aus 18 statt bisher 24 Mitgliedern. Die NSDAP hatte nun 11 statt vier Sitze, das Zentrum 5 statt 6, die SPD hatte nur noch 2 statt bisher 4 Sitze, nahm jedoch nicht mehr an Sitzungen teil, die DVP schied freiwillig aus. Die KPD war, da bereits verboten, gezwungenermaßen schon ausgeschieden. Die Sitze der ausgeschiedenen Parteien wurden gestrichen. Die SPD wurde dann am 22. Juni 1933 ebenfalls verboten. Die Selbstauflösung des Zentrums erfolgte am 05. Juli und am 14. Juli 1933 wurde das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ verabschiedet. Die Neu- oder Wiedergründung bzw. das Weiterbestehen von politischen Parteien war somit

strafbar und die einzige Partei war fortan die NSDAP. Im Lampertheimer Gemeinderat waren von nun an nur noch nationalsozialistische Gemeinderäte vertreten. Nach in Kraft treten der neuen Gemeindeordnung im Jahr 1935, die einen Berufsbürgermeister für Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern bestimmte, wurde die Zahl der Gemeinderäte auf 14 reduziert.

Die den Arbeiterparteien nahestehenden Sport- und Kulturvereine wurden mehrheitlich im Laufe des Monats April 1933 aufgelöst. Das Vereinsvermögen, Sportgeräte und Musikinstrumente wurden eingezogen bzw. beschlagnahmt und später zugunsten der NSDAP-Parteikasse verkauft. Betroffen waren der Sportverein „Vorwärts“, der Volkschor, der Freie Athletenklub, der Arbeiter-Wassersportverein, der Radfahrverein „Solidarität“, die Naturfreunde und die Arbeiter Samariter.³⁴

Die 1926 gegründete Arbeiter Samariter Kolonne mit Jakob Boll, einem erfahrenen Werkssanitäter der Firma Böhringer (heute Roche) Mannheim als Kolonnenführer und Ausbilder und Dr. Adolf Schüßler als Kolonnenarzt und ebenfalls Ausbilder³⁵ bildete eine interessante Besonderheit. Denn nach dem 05. April 1933 bestand diese Kolonne vorerst unter dem Namen „Nationalsozialistische Samariterkolonne Lampertheim“³⁶ unverändert weiter: Jakob Boll – Gewerkschafter, SPD-Mitglied und SPD Gemeinderat von 1925 bis 1933 – war weiterhin Kolonnenführer und Dr. Adolf Schüßler – seit 1929 Parteigenosse der NSDAP und seit 1930 Mitglied der allgemeinen SS im Range eines Sturmbannführer (Major) – war weiterhin Kolonnenarzt³⁷. Bis sie dann im Verlauf des Jahres 1933 der DRK-Ortsgruppe gleichgeschaltet wurde.

Am 02. Mai 1933 zerschlugen die Nationalsozialisten die Gewerkschaftsbewegung. Geplant und durchgeführt wurden die Aktionen von einem eigens gebildeten Komitee mit dem Namen „Aktionskomitee zum Schutz des deutschen Arbeiters“. Die Gewerkschaften stellten für die NS-Führung eine potentielle Gefahr dar, denn es bestand die Befürchtung, dass die Arbeiterschaft die Anpassungstaktik ihrer Führung auf Dauer nicht mitmachen würde und so die Gewerkschaften zum möglichen Sammelbecken des Widerstandes werden könnten. Das Lampertheimer Gewerkschaftsbüro befand sich in der Bismarckstraße 46 im Haus des Vorsitzenden Otto Barth, der auch SPD-Ortsvereinsvorsitzender und Gemeinderat war. Es wurde durchsucht und das Gewerkschaftsvermögen, Schreibmaschine und Druckschriften beschlagnahmt.³⁸ Gewerkschaftsmitglieder und untere Funktionäre blieben zum Teil

³⁴ Vgl. Inachin, S.281

³⁵ Vgl. Lepper, S. 214

³⁶ Vgl. Brief vom 04.07.1933, StAL, Sign.: XIX/4

³⁷ Interessanterweise soll Dr. Schüßler, obwohl „Pg.“ und SS-Offizier, immer wieder, auch während des Krieges, Mitbürger vor Razzien oder bevorstehenden Kontrollen gewarnt haben, wie uns Zeitzeugen berichteten

³⁸ Die Gewerkschaftsfahne von 1904 hatte Otto Barth eingemauert und so über die NS-Zeit gerettet

von Verhaftungen verschont, weil man sie für die zu gründende „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) zu gewinnen hoffte. Am 10. Mai wurde die DAF als „Volksgemeinschaft der Arbeit“ und Ersatzorganisation für die zerschlagenen Gewerkschaften durch die Nazis gegründet. Sie funktionierte streng hierarchisch nach dem Führerprinzip und propagierte die „klassenlose Betriebsgemeinschaft“, in der Arbeiter und Unternehmer gemeinsam für die Ziele der „Volksgemeinschaft“ zusammenarbeiten sollten. Noch im Laufe des Monats Mai wurde ein Lohnstopp verhängt, der die Löhne für die folgenden Jahre auf dem Krisenniveau einfrieren ließ, und die Arbeitszeiten wurden verlängert.

Nummer 101

Lampertheimer Zeitung

Dienstag, den 2. Mai 1933

Lampertheim feiert den Tag der Nationalen Arbeit

**Eine machtvolle Demonstration
für die nationale Arbeit. — 7000 Teilnehmer.**

Eine große Menschenmenge umfüllte am Nachmittag um 4 Uhr den Adolf Hitlerplatz und die angrenzenden Straßen. Etwas verspätet erschien die Musikvereinigung Bauer-Hoth und gab ein Konzert, das eine dankbare Zuhörerschaft fand.

Nummer 102

Mittwoch, den 3. Mai 1933.

Ende der Freien Gewerkschaften

**Unter nationalsozialistischer Führung — Eine Aktion im ganzen Reich
Besetzung sämtlicher Gebäude**

Berlin, 2. Mai.

Am 10 Uhr Montag vormittag wurde im ganzen Reich eine einheitliche Aktion gegen die Freien Gewerkschaften durchgeführt. Sämtliche Gebäude des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Verbände und wirtschaftlichen Organisationen wurden besetzt.

Zur Durchführung der Maßnahmen gegen die Freien Gewerkschaften ist ein besonderes „Aktionsteam“ im Schutze des deutschen Arbeiters“ gebildet worden, mit dessen Leitung von Adolf Hitler Staatsratspräsident Dr. Ley betraut wurde. Dieferr teilte vor Ber-

LZ 03.05.1933

Am 14. Juli 1933 wurde neben dem schon erwähnten „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ eine ganze Reihe weiterer Gesetze verabschiedet, so das „Gesetz über Volksabstimmung“, das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung von Staatsbürgerschaften“ und das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichem Vermögen“.

Am 19. Oktober 1933 hatte das Deutsche Reich seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt, und mit Blick auf das Ausland sollte ein Plebiszit diesen Schritt legitimieren. Zudem war durch das Ausscheiden der am 05. März gewählten Parteien aus dem Reichstag infolge des Parteienverbotes eine neue Sitzverteilung erforderlich und so wurden, um den Schein zu wahren, am 12. November „Reichstagswahlen“ – nach vorausgegangenem „Wahlkampf“ – durchgeführt. In „Volksabstimmungen und Wahlen“ sollte die „Volksgemeinschaft“ dem politischen Kurs des NS-Regime zustimmen und ihm einen demokratischen Anstrich verleihen. In der Volksabstimmung lag das Lampertheimer Ergebnis mit 95 % Ja-Stimmen für den Austritt aus dem Völkerbund im Reichsdurchschnitt. Bei der „Reichstagswahl“ lag Lampertheim mit 96 % der Stimmen für Hitler und die NSDAP über dem Reichsergebnis von 92 %. Die große Mehrheit der Lampertheimer unterstützte somit den Kurs der Regierung, aber die Zahl der ungültigen Stimmen war, im Gegensatz zu früher, von etwa 30 Stimmen auf 515 angestiegen.

*„Einige Wähler hatten auf dem Wahlzettel NSDAP durchgestrichen und KPD darüber geschrieben, ein anderer hatte heimlich einen alten Wahlzettel mitgebracht und Zentrum angekreuzt“.*³⁹ So zeigten viele ihre Ablehnung gegenüber Hitler. Wer nicht zur Wahl ging, was von der Nachbarschaft genau registriert wurde, riskierte denunziert zu werden. Genau beobachtet wurde auch, wer für das Winterhilfswerk spendete und wer nicht, darüber berichtete die LZ am 05.12.1933.

Mit den besten Wünschen für *„ein neues Jahr im Geiste Adolf Hitlers mit Gottvertrauen“*, wie in einer ganzseitigen Anzeige Lampertheimer „arischer“ Geschäfte in der LZ vom 30.12.1933 zu lesen war, ging das Jahr 1933 zu Ende.

³⁹ Vgl. Inachin, S. 315

II.2 Das KZ Osthofen

Der 06. März 1933, der Tag nach der Reichtagswahl, kann als der Beginn des von SA und SS gegründeten inoffiziellen KZ Osthofen gelten. An diesem Tag wurde fast die gesamte Osthofener SPD-Gemeinderatsfraktion dort eingesperrt.⁴⁰

Es war eines der ersten inoffiziellen Lager in unserer Umgebung und reichsweit. Ohne Verbindung mit Behörden und Polizei und ohne „rechtliche“ Grundlagen wurde das Lager in einer damals leerstehenden Papierfabrik in Osthofen bei Worms eingerichtet. Offiziell eröffnet wurde das Lager am 01. Mai 1933 auf Anordnung des Staatskommissars für das hessische Polizeiwesen, Regierungsrat Dr. Werner Best.

Am 20. April wies er die Polizeistellen der Region an, 100 Häftlinge, vor allem Arbeiter, nach Osthofen einzuliefern. Am 01. Mai, dem Tag der „Nationalen Einheit und Versöhnung“ wurden sie, entsprechend propagandistisch inszeniert, als Zeichen der „Versöhnung“ wieder freigelassen. Viele von ihnen wurden nach dem 02. Mai im Zuge der Zerschlagung der Gewerkschaften erneut verhaftet und nach Osthofen gebracht.⁴¹ Im April befanden sich durchschnittlich 250 Gefangene im KZ Osthofen, besonders viele Insassen kamen aus Lampertheim und Lorsch.

Die durchschnittliche Belegung des KZ Osthofen betrug 250 bis 400 Häftlinge. Bis zur Schließung im Juli 1934 waren nach Schätzungen insgesamt zwischen 2500 bis 3000 Männer in diesem Lager untergebracht.⁴² Darunter sollten sich immer wieder Lampertheimer befinden. Nach unseren bisherigen Recherchen können 69 Fälle in dieser Zeit nachgewiesen werden. Auf dem Weg dorthin, meist über das Polizeigefängnis Lampertheim und Worms, kam es zu zahlreichen Misshandlungen der in „Schutzhaft“ genommen Personen.

Zu dem KZ Osthofen schrieb Christoph Weitz⁴³, er war Betroffener und Augenzeuge im Polizeigefängnis Worms und Häftling im KZ Osthofen, in: „Bittere Erinnerungen ... Misshandlungen von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Juden im KZ Osthofen und bei der Gestapo in Worms“:

⁴⁰ Quelle: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv

⁴¹ Vgl. Rheinland-Pfalz, Blätter zum Land: Die Gedenkstätte KZ Osthofen, 2010, S.3

⁴² Vgl. Inachin, S.295

⁴³ Christoph Weitz war am 02.08.1896 in Bürstadt geboren, Gewerkschafter, Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe Bürstadt und SPD Gemeinderat, ab 1930 auch Leiter des Reichsbanners und der Eisernen Front für den Bezirk Ried. Bei einer Aktion der SA im März 1933 gegen den politischen Gegner wurde Weitz von dem Lampertheimer SA-Sturmchef Hans Gaier, dessen Adjutant Haffner und anderen SA-Männern übel beschimpft und misshandelt. Daraufhin erstattete Weitz Anzeige gegen Gaier wegen Misshandlung und Landfriedensbruch bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt. Die Anzeige wurde zurückgewiesen mit der Begründung: „Das war im nationalen Überschwang geschehen.“ Einige Tage später, am 08. April, wurde er zum ersten Mal – für zwei Monate – ins KZ Osthofen gebracht.

Der Staatskommissar
für das Polizeiwesen in Hessen.

Darmstadt, den 1. Mai 1933.

u Nr. M. d. J. 6007.

betreffend: Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum
Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933; hier: Schaf-
B. St. A. fung eines Konzentrationslagers in Osthofen.

Zur Durchführung der aus politischen Gründen gemäß § 1
der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk
und Staat vom 28. Februar 1933 zu verhängenden Polizeihaft
wird angeordnet:

1. Für das Land Hessen wird ein Konzentrationslager einge-
richtet, in dem alle aus politischen Gründen in Polizei-
haft genommenen Personen unterzubringen sind, deren Haft
bereits länger als eine Woche dauert oder über eine Woche
ausgedehnt werden soll.

Ein abweichender Haftvollzug (kürzere Haft im Kon-
zentrationenlager oder längere Haft an anderer Stelle)
bedarf meiner Genehmigung.

2. Das Hessische Konzentrationslager wird eingerichtet auf
dem Gelände der Papierfabrik in Osthofen, Kreis Worms.

3. Die Verwaltung des Hessischen Konzentrationslagers wird
dem Polizeiamt Worms übertragen.

4. Zum ehrenamtlichen Leiter des Hessischen Konzentrations-
lagers wird der SS.-Sturmbannführer Karl d'Angelo in
Osthofen bestimmt. Er untersteht der Dienstaufsicht des
Polizeiamts Worms. Der Lagerdienst wird durch Hilfspoliz-
eibeamte ausgeübt, die vom Polizeiamt Worms einberufen

¹ die Kreisämter, staatlichen
Polizeiamter und Zentralpolizei-
stelle.

./.

Rundschreiben Werner Best vom 01.05.1933 zur Errichtung des KZ Osthofen

Quelle: Hessisches Hauptstaatsarchiv Darmstadt G 24 Nr.360

„Feuersichere Betonbunker, welche zur Aufbewahrung von Papier dienten, in der Größe von 60 qm, wurden als Inhaftierungszellen benutzt. Schlafstellen, Tische, Stühle oder Bänke waren nicht vorhanden. In die Zellen wurde Stroh eingestreut, wie in einem Viehstall. Der Betonboden mit dem Stroh diente den Inhaftierten als Lagerstätte oder Sitzplatz. ...

Am Eingang des KZ war ein großes schmiedeeisernes Schild in der Länge von 5 m und der Höhe von 1,5 m mit der Aufschrift: Konzentrationslager Osthofen angebracht. Dieses Schild mussten die Häftlinge Thierbach und Schlappner aus Lampertheim anfertigen.“⁴⁴

Am 21.09.1933 erfolgte seine erneute Verhaftung, zusammen mit Bürstädter und Lampertheimer Sozialdemokraten und Kommunisten. Alle wurden wieder zu Verhören nach Worms zur Gestapo in die Ehrenburger Straße gebracht. Dort wurde er am 22. September Zeuge der „Verhöre“ der verhafteten Lampertheimer:

„Die Männer wurden einzeln in ein Verhörzimmer gebracht wo sich 8 bis 10 SA- und SS-Männer befanden. Dort wurde ihnen die Frage gestellt: „Fließt das Wasser den Berg hinauf oder hinab?“ Alle antworteten, dass das Wasser den Berg hinab fließt. Darauf wurden die Männer der Lüge bezichtigt, auf eine Pritsche geworfen, ein SA/SS-Mann hielt den Kopf, ein anderer die Füße oder Beine und 4 oder 5 der anwesenden SA/SS-Männer schlugen mit den Gummiknüppeln auf ihre Opfer ein. Wenn sie dann auf die wiederholte Frage antworteten, dass das Wasser den Berg hinauffließe, wurden sie wieder als Lügner beschimpft und weiterhin misshandelt. Die geschlagenen Opfer, alles verheiratete Männer, schrien mörderisch, dass ich und meine Zellenfreunde die Schreie hörten, das Folterzimmer befand sich über unserer Zelle. Das Fenster des Folterzimmers ging auf die Straße. Damit die Schreie nicht so auffielen, spielten zwei oder drei Mann Schalmeienmusik und Klavier. Die Instrumente waren von verbotenen Schalmeienkapellen beschlagnahmt worden. So wurden die Verhafteten am 22. und am 23. September dreimal am Tag verhört und geschlagen, vielen wurden auch die Kleider zerrissen.

Eine Schlafgelegenheit hatten sie nicht, alle waren in einem Saal zusammengepfercht und bekamen nichts zu essen und zu trinken. Von meiner Zelle konnte ich auf den Hof sehen. Auf eine Entfernung von 10 m sah ich, wie manchem Lampertheimer von den SA-Sadisten Seltz und Wahlig aus Lorsch mit einer Pferdehaarschere die Haare geschoren wurden. Einem Freund⁴⁵ schnitt man den halben

⁴⁴ Gemeint sind Alfred Thierbach und Ludwig Schlappner

⁴⁵ Hier dürfte es sich um Ludwig Griesheimer, geb. am 11.01.1874, aus Lampertheim gehandelt haben

Schnurrbart ab, die andere Hälfte ließen sie stehen. Einem anderen Mann von etwa 50 Jahren, schnitten die SA-Männer Muster in die Haare und fragten ihn⁴⁶: „Wie viele Kinder hast du altes Rindvieh?“ Der Mann gab zur Antwort, die ich hören konnte, dass er sechs Kinder habe. Daraufhin sagten die SA-Männer: „Schaff dich hier bloß fort, du Rindvieh!“ Als er sich vom Stuhl erheben wollte, versetzten sie ihm einen Schlag ins Genick, dass er zu Boden stürzte. Mit ihren Stiefeln trampelten sie dann auf den am Boden liegenden herum. In der Nacht vom 23. auf den 24.09. wurden der Kamerad Philipp Bertel, Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Lampertheim, und Roman Rampp ebenfalls aus Lampertheim, zu mir in die Zelle geworfen. Bertel war durch Gewehrkolbenschläge auf den Kopf blutüberströmt und nervlich am Ende, er berichtete mir, dass Hans Gaier und Helmut von Foullon ihn so zugerichtet hätten.

Nachmittags wurde Philipp Bertel aus der Zelle geholt und in den Hof des Polizeipräsidiums geführt. Dort lag eine Büste August Bebels, des Mitbegründers der SPD, die die SA und SS-Banditen aus dem SPD-Lokal in Lampertheim entwendet hatten. Philipp Bertel musste die Büste an einem Strick unter dem Gejohle der SA- und SS-Männer im Hof herumschleifen. Anschließend stellten sich SA und SS im Kreis um Bertel und er musste unter deren Schalmeienmusik, die mehr den Bremer Stadtmusikanten ähnelte, und deren Gelächter, die Büste August Bebels zertrümmern.

Danach wurde Bertel nach Darmstadt zur dortigen Gestapo gebracht.

Am 29. September wurde ich mit den anderen ins KZ Osthofen gebracht. Dort ging die Tortur weiter. Alle neu Eingelieferten wurden dem dortigen SS-Arzt vorgestellt. Dieser fragte die Ankömmlinge, ob sie etwas zu klagen hätten oder krank seien. Georg Kleber aus Lampertheim, der durch Misshandlungen bei der Gestapo in Worms übel zugerichtet war, sagte dem SS-Arzt, er solle ihn untersuchen, dann werde er schon sehen, was mit ihm geschehen sei. Der Kamerad Kleber wurde daraufhin ohne Untersuchung 14 Tage in verschärften Arrest gesteckt. In den Monaten Oktober, November, Dezember 1933 waren viele Juden in Osthofen, die meisten waren Kriegsteilnehmer im I. Weltkrieg, sie waren voller Angst, traurig und manche weinten bitterlich. Sie sagten aus, dass sie nach ihrer Entlassung Deutschland verlassen und auswandern würden, evtl. nach Palästina.“

Soweit der Auszug aus Christoph Weitz´ Bericht über das KZ Osthofen.⁴⁷

⁴⁶ Gemeint ist Georg Guthier geb. 06.07. 1883, aus Lampertheim. Einer der „Haarschneider“ war der damals 21-jährige Lampertheimer SA-Mann Georg Wetzel

⁴⁷ Quelle: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv, Osthofen, Sign.: 55/1168

II.3 Von Boykott und Diskriminierung jüdischer Mitbürger bis zur Vernichtung

Am Ende der Weimarer Republik lebten über 500.000 Juden im Deutschen Reich, weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur etwa 20.000 jüdische Deutsche überlebten den Holocaust. Der größte Teil wohnte in Großstädten, auf dem Lande lag der Anteil meist weit unter einem Prozent. Eine Ausnahme mit einem Bevölkerungsanteil bis teilweise zwei Prozent bildete u.a. Südhessen. Der Anteil jüdischer Mitbürger betrug im Lampertheim des Jahres 1933 etwa 0,6 % der Einwohner. In vielen südhessischen Gemeinden lebten seit dem 17. Jahrhundert Juden und Nichtjuden als Nachbarn Tür an Tür. Das verhinderte jedoch nicht, dass sich ab 1933 nicht nur NS-Aktivisten, sondern auch Teile der Ortsbevölkerung an Diskriminierungen und Alltagsschikanen beteiligten.⁴⁸



Die ehemalige Synagoge in der Wilhelmstraße

Foto: Hotz, Gerhard; Simon, Hubert: Archibilder Lampertheim

⁴⁸ Vgl. Kohlmanslehner; Lange 1998, S.6,7

Nachdem das „rote Lampertheim“ schon ab dem Monat März die Macht der „neuen Herren“ zu spüren bekommen hatte, erfolgten am 01. April reichsweit „spontane“ Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte, die der „Abwehr der jüdischen Gräueltaten und Boykotttheze“ der im Ausland lebenden Juden gegen die Regierung Adolf Hitlers dienen sollten.

Was mit dem Boykott jüdischer Geschäfte an diesem 01. April 1933 begann, wurde in den nächsten Jahren mit Diffamierungen und Ausgrenzungsbestrebungen lokal und reichsweit im Sinne einer laufenden Verschärfung antijüdischer Maßnahmen, wie im Folgenden gezeigt wird, fortgesetzt: 1935 bis 1938 die Nürnberger Gesetze und die darauf beruhenden Verfügungen und Verordnungen; 1938 bis 1941 Pogrome und erste Deportationen; 1941 bis 1945 physische Vernichtung durch Erschießungen, Vergasungen und Vernichtung durch Arbeit, und endete mit der Verwertung selbst der Toten: das Zahngold ausgebrochener Zähne wurde eingeschmolzen, Haare zu Filz und „Rosshaarmatratzen“ verarbeitet.

Zu den Lampertheimer Vorgängen an jenem 01. April 1933: *„Um zehn Uhr postierten sich Lampertheimer SA- und SS-Männer vor jüdischen Geschäften und befestigten an den zu boykottierenden Läden ein schwarzes Plakat mit einem gelben Punkt und ein weißes Plakat mit der Aufschrift: 'Deutsche, kauft nicht bei Juden'. Zwei jüdische Lampertheimer wurden in Schutzhaft genommen, weil sie sich gegen den „Volkszorn“ gewehrt hatten. In einem Ortsgruppenbefehl vom 30. März wurde allen Parteigenossen, unter Androhung des Parteiausschlusses, verboten, jüdische Geschäfte zu betreten. Das Gleiche galt auch, wenn ein Parteigenosse seine Ehefrau nicht davon abhalten konnte, in jüdischen Läden einzukaufen.“*⁴⁹ Parteimitglieder und Beamte blieben also fern, da es ihnen verboten war. Dennoch wurde weiter in jüdischen Geschäften eingekauft. Wer sich jedoch nicht den Regeln der Machthaber beugte, wurde denunziert und öffentlich diffamiert: Kunden jüdischer Geschäfte wurden „an den Pranger“ gestellt, so hieß eine entsprechende Rubrik im Mannheimer NS-Organ „Hakenkreuzbanner“. D.h., sie wurden mit vollem Namen und Adresse, manchmal auch mit Foto in der Lokalpresse genannt, auch in Lampertheim, z.B. im Schaukasten des „Stürmer“. Das Gleiche galt für sogenannte „Judenliebchen“, Frauen also, die eine tatsächliche oder vermeintliche Beziehung zu einem jüdischen Mann hatten.⁵⁰

Im Juli 1933 schied als erster jüdischer Geschäftsmann Ludwig Strauss, der Mitinhaber der Firma Möbelfabrik Lampertheim, aus dem Betrieb aus. Seinen Geschäfts-

⁴⁹ Vgl. Inachin, S.369

⁵⁰ Vgl. Fritsche 2013, S. 58

anteil übernahm sein Kompagnon Ernst Lust und firmierte als jetziger Alleininhaber unter: Lampertheimer Möbelfabrik Ernst Lust.⁵¹ Über die Beweggründe des Ludwig Strauss, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen, kann man nur Vermutungen anstellen. Über sein weiteres Schicksal fanden sich in den Quellen keine Hinweise. Zwischen 1933 und 1938 wanderten ins Ausland oder verzogen in andere Städte 52 jüdische Mitbürger, so dass von den zu Beginn des Jahres 1933 hier lebenden 86 noch 34 Personen vorerst in Lampertheim blieben. Nach dem Pogrom vom 10. November 1938 zogen 26 nach Mannheim in den erhofften Schutz der größeren, anonymen Gemeinde, wie man annehmen kann. Dreien gelang die Emigration, die anderen wurden am 22. Oktober 1940 mit den pfälzischen und badischen Juden nach Gurs in Südfrankreich deportiert. Die letzten vier noch in Lampertheim verbliebenen jüdischen Mitbürger wurden am 04. September 1942 nach Theresienstadt verschleppt.⁵² Alle vier kamen in Auschwitz und Treblinka ums Leben. Und das nationalsozialistische Lampertheim konnte, wie es in Inachins Buch heißt, nach Berlin melden: „Wir sind judenfrei.“

Eine „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ – die Verordnung dieses Namens wurde am 12. November 1938 erlassen – , war 1933 aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der noch nicht im Sinne des nationalsozialistischen Machtanspruches stabilisierten innenpolitischen Lage zu diesem Zeitpunkt nicht durchzusetzen. Daher beschränkte man sich auf eine Politik der kleinen Schritte und Nadelstiche, um die jüdische Bevölkerung zuerst aus dem gesellschaftlichen und dann dem wirtschaftlichen Leben zu verdrängen.⁵³ Mittels des „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 07. April 1933 wurden jüdische und politisch missliebige Beamte aus dem Berufsleben gedrängt.

Jüdische Ärzte verloren mit der „Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen“ vom 22. April 1933 ihre kassenärztliche Zulassung. Neben dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen – der Gemeinderat beschloss am 02. Mai 1933 einstimmig, also auch mit den Stimmen des Zentrum, dass öffentliche Aufträge nicht mehr an jüdische Geschäfte vergeben werden durften –, waren jüdische Geschäfte einer Richtlinie des Reichsfinanzministeriums folgend, seit Juli 1933 von der Annahme von Bedarfsdeckungsscheinen ausgeschlossen. Auch so konnte man jüdischen Ladenbesitzern das Leben schwer machen. Bedarfsdeckungsscheine bspw. für Möbel oder Hausrat wurden an bedürftige und kinderreiche Familien oder als Ehestandsdarlehen⁵⁴ an frisch vermählte Paare ausgegeben. An

⁵¹ Vgl. LZ vom 27.07.1933; wie uns Zeitzeugen berichteten, sollten von nun an neu einzustellende Mitarbeiter Mitglied einer NS-Organisation sein

⁵² Vgl. Lepper, S. 279, vgl. Inachin, S.370 ff.

⁵³ Gewissermaßen der „bürgerliche Tod“ vor der physischen Vernichtung

⁵⁴ 1000 RM, unverzinslich, mit einem Geburtenrabatt von 25 % pro Kind, nach dem 4. Kind war das Darlehen „abgekündert“ wie es von den damaligen Zeitgenossen genannt wurde

letztere aber nur, wenn die Braut binnen eines Jahres auf ihren Arbeitsplatz verzichtete.⁵⁵

Im September 1935 erfolgte mit der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ die weitere Entrechtung jüdischer Bürger.⁵⁶ Das „Reichsbürgergesetz“ teilte die deutschen Staatsbürger in „Reichsbürger“ und „Staatsangehörige“. Infolgedessen wurde Juden das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“. Im Einkommensteuergesetzes wurde am 01.02.1938 der Freibetrag für jüdische Kinder gestrichen, am 22.04.1938 die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden: Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen“ beschlossen, des weiteren eine „Auswandererabgabe“ zur bereits bestehenden „Reichsfluchtsteuer“, und so weiter und so fort. Die Einführung der „Judenvermögensabgabe“ als „Sühneabgabe“ für die entstandenen Schäden während des Pogroms in Höhe von einer Milliarde Reichsmark folgte am 12. November 1938. D.h., die Opfer der Pogrome vom 09. und 10. November 1938 wurden gezwungen, für Schäden am eigenen Besitz wohlgemerkt, „Schadenersatz“ in Höhe von einer Milliarde RM an den Staat zu leisten. Nach heutigen Schätzungen wurden während des Pogroms reichsweit etwa 400 jüdische Bürger ermordet, 20.000 bis 30.000 in KZs verschleppt und rund 1400 Synagogen und Betstuben zerstört. Das Eigentum von jüdischen Vereinen, Stiftungen sowie der Jüdischen Gemeinden fiel an den deutschen Staat. Christiane Fritsche hält fest: *„In den 1940er Jahren eignete sich das Deutsche Reich alles, was an jüdischem Besitz greifbar war, an: das Vermögen der emigrierten Juden, ihre Grundstücke, Bankkonten und Wertpapiere, ebenso wie den Besitz der Deportierten. Das in den besetzten Ländern lagernde Umzugsgut von ausgewanderten Juden und der Besitz von verschleppten Juden aus Ost- und Westeuropa wurde "heim ins Reich" geschafft und dort verwertet. Gegenstände aus dem Hausrat der Deportierten oder dem Umzugsgut der Emigranten landete, da für jedermann zu erschwinglichen Preisen zu kaufen, in vielen deutschen Haushalten. Und manche deutsche Hausfrau wird die günstige Gelegenheit genutzt haben, um ihren Vorrat an Tischdecken und Handtüchern aufzustocken oder sich eine neue Nähmaschine zu leisten“.*⁵⁷

Die Raffgier, die die NS-Propaganda „den Juden“ unterstellte, sollte zum unrühmlichen Charakterzug vieler „arischer Volksgenossen“ werden. Friedrich Jacobi, ehemals Anwalt in Mannheim, sagte nach dem Krieg: „Die Sache ist die, dass das Gros der Deutschen uns zwar nicht verfolgte, sondern unserer unglücklichen Lage ohne

⁵⁵ Vgl. Fritsche 2013, S.80

⁵⁶ Die „Nürnberger Gesetze“ galten auch für deutsche Sinti und Roma

⁵⁷ Vgl. Fritsche 2013, S. 548 ff.

jedes Interesse gegenüber stand und wenn auch nicht alle Nazis waren, so war ihnen Hitler doch recht, solange er Erfolg hatte.“⁵⁸

Die Kosten für die Beseitigung der Ruine der Lampertheimer Synagoge in Höhe von 357,60 RM wurden der Gemeinde Lampertheim aus dem „Israelitischen Kultusvermögen aus Verkäufen der israelitischen Kultusvereinigung“ erstattet. Landwirtschaftliche Flächen kaufte die Nassauische Siedlungsgesellschaft. Das Haus Römerstraße 97, die ehemalige „Judenschule“, bzw. bis zum 04. September 1942, bis zu ihrer Deportation, Wohnung von Markus Stern (74 Jahre), Ludwig Süß (67 Jahre) und Berta Frank (64 Jahre) mit ihrem Enkel Werner Frank (12 Jahre), fand rasch einen Interessenten. Das Mobiliar der Deportierten wurde, wie das Finanzamt Worms mitteilte, „verwertet, der Abtransport solle in Kürze erfolgen.“ Ob die Kaufinteressenten sich den Hausrat, wie anderen Orts auch, in den Wohnungen der Deportierten ansahen oder wozu dieser „verwertet“ wurde lässt sich nicht nachvollziehen.⁵⁹

Finanzamt Worms
 Pöcher- und Güterbesitz
 Geschäftszeiten: Dienstag, Donnerstag und Freitag
 9 bis 12 und 15 bis 17
 Mißbrauch: Montag bis Freitag 9 bis 12.30
 Telefon: (43) 314 443
 Telefax: (43) 314 443
 Telefax: (43) 314 443

Worms, 23. Oktober 1942
 Nehlerplatz 6

Herrn
 Bürgermeister der Gemeinde
 Lampertheim

Die Sache wird bearbeitet auf Nummer Nr. 78

Schuldensumme: 0 5200.-
 (Bei Anwerdung des Betrags angeben)

Betrifft: Judenwohnung in Lampertheim .

Vorgang:

Ursachen:
 Auf Schreiben an den Herrn Oberfinanzpräsidenten Hessen
 vom 2. Oktober 1942.

Das Mobiliar der abgeschobenen Juden in Lampertheim wurde in-
 zwischen verwertet. Der Abtransport wird in Kürze erfolgen.
 Die Schlüssel zu dem Haus Römerstraße 97 werden Ihnen durch einen Be-
 auftragten der NSV übergeben werden .

Im Auftrag:
[Handwritten Signature]

23.10.42-18
 C

24.0KI 1942
 in Lampertheim/Rh.

Am 04. September 1942 waren die vier „abgeschobenen Juden“ Berta und
 Werner Frank, Markus Stern und Ludwig Süß nach Treblinka und Auschwitz
 deportiert und dort ermordet worden.
 Quelle: StAL

⁵⁸ Ebd., S. 276

⁵⁹ Quelle: StAL Sign.: XIII

II.4 Von der Rassenhygiene zur „Euthanasie“: Die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens

Mit dem Mord an Kranken und Behinderten in den psychiatrischen Anstalten begann der nationalsozialistische Holocaust, hier wurden die Tötungstechniken zum Massenmord an KZ-Häftlingen entwickelt und erprobt. In den Anstalten wurden die ersten Gaswagen und Gaskammern für die „Euthanasie“ erprobt und eingesetzt.

Die Idee der Eugenik oder Rassenhygiene, so der eingedeutschte Begriff, reicht zurück in das England des 19. Jahrhunderts. Grundlage der Eugenik, als deren Begründer der Arzt und Anthropologe Francis Galton – ein Vetter Darwins – gilt, ist der „Sozialdarwinismus“. Dieser beruht auf der Übertragung der von Charles Darwin entwickelten Evolutionstheorie auf die menschliche Gesellschaft. Das Gedankengut der Rassenhygiene und die dahinter stehenden rassistischen Ideen war zur damaligen Zeit weit verbreitet, auch in bürgerlichen, liberalen oder christlichen Kreisen. Hinzu kam, dass die Jahre nach dem ersten Weltkrieg von Geburtenstagnation und Überalterung gekennzeichnet waren. Was sicherlich in ursächlichem Zusammenhang mit den etwa 1,7 Millionen Kriegstoten und der wirtschaftlich schlechten Lage stand. Die NS-Propaganda jedoch malte das Bild vom Aussterben des deutschen Volkes an die Wand⁶⁰ und schürte Ängste vor einer zunehmenden Überfremdung. Und sie rechnete vor, dass eine immer kleiner werdende Zahl gesunder „Volksgenossen“ eine stetig wachsende Zahl unproduktiver „Ballastexistenzen“ werde ernähren müssen und das hierfür aufgewandte Geld der „Volksgemeinschaft“ fehle.⁶¹

In „Mein Kampf“ hatte Hitler geschrieben: *„Er [der Staat] muss dafür Sorge tragen, dass nur, wer gesund ist, Kinder zeugt ...“*

Diese Forderung sollte nach der sogenannten „Machtübernahme“ rasch umgesetzt werden: Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, kurz „Erbgesundheitsgesetz“ genannt, wurde am 14. Juli 1933 verabschiedet und trat am 01. Januar 1934 in Kraft. Im „Erbgesundheitsgesetz“ hieß es:

§ 1: „Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet: 1. angeborenem Schwachsinn, 2. Schizophrenie, 3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein, 4. erblicher Fallsucht (Epilepsie), 5. erblichem Veitstanz (Huntingtonsche Chorea), 6. erblicher Blindheit, 7. erblicher Taubheit, 8. schwerer körperlicher Missbildungen. Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet.“⁶²

⁶⁰ Dieser Zeitpunkt wurde etwa für das Jahr 1969 prognostiziert, LZ 27.12. 1934

⁶¹ In den 1990er Jahren schrieb ein angehender Wissenschaftler in seiner Doktorarbeit, dass der Staat „an jedem nicht geborenen Behinderten 7,3 Millionen Mark sparen“ könne, „eingerechnet der Pflegeheime, Sonderschulen usw.“ Quelle: „stern“ Nr. 46/2013 Gespräch mit Georg Fraberger

⁶² Angesichts der Alkoholexzesse bei SA und SS entbehrte letzteres nicht einer gewissen Ironie

Wer im Sinne dieses „Gesetzes“ als „erbkrank“ galt, für den wurde ab jetzt ein Antrag auf Unfruchtbarmachung bei dem zuständigen Erbgesundheitsgericht gestellt. Eine physische, psychische und/oder geistige Behinderung konnte Sterilisation, Misshandlung durch Vernachlässigung, medizinische Versuche und letztlich „Euthanasie“ bedeuten. Der Begriff von geistig und seelisch krank war weit gefasst, der Übergang von „asozial“ zu „schwachsinnig“ fließend und die Einordnung als „moralisch Schwachsinniger“ öffnete der Willkür Tür und Tor.

Das Erbgesundheitsobergericht Jena stellte 1935 fest: „Hilfsschulbedürftigkeit spricht stets für das Bestehen angeborenen Schwachsinn.“ Und so wurden Anträge zur Unfruchtbarmachung gestellt. Sterilisiert wurden Kinder ab 14 Jahren! Bei den Sterilisationsopfern handelte es sich in vielen Fällen um Kinder aus „schwierigen Familien“ mit niedrigem Bildungsgrad und geringem Einkommen⁶³ und vor allem um Menschen aus Bezirken, in denen vor 1933 kommunistisch gewählt worden war.

Zur Anzeige von „Erbkranken“ verpflichtet waren Ärzte, Zahnärzte, Hebammen, Schwestern, Masseur und Heilpraktiker. Geplant war die totale Erfassung der Bevölkerung. Der Erfassungswahn ging so weit, dass z.B. die Anstalt Philippshospital in Goddellau bei jedem aufgenommenem Patienten Sterilisationsanzeige erstattete, auch dann wenn der Patient erkennbar nicht unter das Gesetz fiel. Bearbeitet wurden die Anzeigen von 205 Erbgesundheitsgerichten (EGG), die einem Amtsgericht angegliedert waren. Für Lampertheim waren die Gerichte in Darmstadt oder Worms zuständig. Geurteilt wurde in der Regel nach Aktenlage, in Abwesenheit der Betroffenen. Berufungsinstanz waren insgesamt 26 Erbgesundheitsobergerichte (EOG), die einem Oberlandesgericht angegliedert waren. Deren Entscheidung war endgültig.⁶⁴ Am 24. November 1933 wurde die Sterilisation von „Gewohnheitsverbrechern“ und 1935 von Homosexuellen (Mann und Frau) legalisiert. Neben dem chirurgischen Eingriff konnten ab 1936 auch „andere Verfahren zur Unfruchtbarmachung“ angewandt werden⁶⁵. Bis 1945 fielen etwa 360.000 Menschen der Zwangssterilisation zum Opfer. Für Lampertheim konnten vier Fälle sicher nachgewiesen werden, darunter ein sechzehnjähriges Mädchen und ein neunzehnjähriger junger Mann. Rund 5000 Menschen, vor allem Frauen, starben infolge von Komplikationen während oder nach dem Eingriff.

Viele, auch hier besonders Frauen, begingen Selbstmord oder erlitten dauerhafte Traumatisierungen⁶⁶ und manche gerieten deswegen in die Mühlen der Psychiatrie (siehe auch Halbauer, Katharina).

⁶³ Vgl. Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl, S. 82

⁶⁴ Vgl. Klee 2010, S. 39 ff.

⁶⁵ Manche Mediziner experimentierten mit hochdosierter Röntgenbestrahlung der Keimdrüsen

⁶⁶ Quelle: Wikipedia Rassenhygiene, Online Abfrage 10.11.2013

Die Zwangssterilisation sollte die Vorstufe zur Vernichtung des sogenannten „lebensunwerten Lebens“ sein, zynisch „Euthanasie“ genannt.⁶⁷ Mit dem „Erbgesundheitsgesetz“ vom Januar 1934 begann das Sterben in den Anstalten schon vor Beginn der offiziellen Mordaktion ab 1939, gewissermaßen in vorausgehendem Gehorsam, ganz nach der Devise: „Möglichst wenig behandeln, möglichst viele sterben lassen.“ In vielen und oft überbelegten Anstalten betrug ab 1936 der tägliche Verpflegungssatz 46 Pfennige und die Folgen von Mangelernährung und Überbelegung zeigten sich bereits in diesem Jahr in einem Anstieg der Sterberaten. In den folgenden Jahren sollte sich die Ernährungssituation der Kranken weiter verschlechtern, der Kostensatz pro Patient und Tag sank 1937 auf 42 Pfennige, Ende 1938 auf 21 Pfennige und ab November 1939 auf 18 Pfennige. Die in der Anstalt Sonnenstein/Pirna eingeführte fleischlose und fettarme *Sonderkost* für „unproduktive Kranke“ wurde in der Folgezeit von mehr und mehr Anstalten übernommen.⁶⁸ Ein „Führererlass“, bestehend aus einem einzigen Satz, datiert auf den 01. September 1939, leitete die erste Mordphase – 1939 bis 1941 – ein: „... *sind beauftragt* ..., *dass ... der Gnadentod gewährt werden kann.*“⁶⁹ Mit diesem Satz ermächtigte Hitler zum tausendfachen Mord an Kranken, beginnend mit der „Kindereuthanasie“. Ende 1939 nahm die erste Tötungsanstalt in Grafeneck ihre Arbeit auf. 1940 gab es folgende Tötungsanstalten:

- Grafeneck/Landkreis Münsingen in Württemberg
- Brandenburg/Havel
- Hartheim bei Linz, Österreich
- Sonnenstein/Pirna
- Bernburg/Saale
- Hadamar bei Limburg

Grafeneck (u.a. wegen Unruhe in der Bevölkerung) und Brandenburg beendeten gegen Jahresende 1940 die Vergasungen und wurden durch Bernburg und Hadamar ersetzt. Im August 1941 wurde in Hadamar „unter Musik“ die 10.000. Leiche „gefeiert“.⁷⁰

Mit dem offiziellen Abbruch der zentralen Tötungsaktion, dem Vergasungsstopp 1941 begann die zweite sogenannte „wilde Mordphase“ von 1941 bis Mai 1945. Die Entscheidungen zur Ermordung von Patienten wurden jetzt dezentral getroffen und statt mit Gas wurde durch Überdosierung von Schmerz-, Schlaf- oder Beruhigungsmitteln

⁶⁷ Euthanasie (griech.: guter Tod) bedeutet Sterbehilfe, um unheilbar Kranken auf Wunsch schweres Leid zu ersparen; die Verwendung des Wortes für diese Tötungen hier ist ein Sprachmissbrauch und wird daher in Anführungszeichen gesetzt

⁶⁸ Vgl. Klee 2007, S. 70

⁶⁹ Ebd., S. 85

⁷⁰ Vgl. Klee 2010, S. 257

teln, Luftinjektionen und gezieltes Verhungernlassen [mittels sog. *Sonderkost*] gemordet.

Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt, aber Schätzungen zufolge starben bis 1945 zwischen 200.000 bis 300.000 Menschen: durch Gas, Nahrungsentzug, Medikamentenüberdosierung mittels Tabletten und/oder Spritzen, intravenöse Luftinjektionen, medizinische Versuche und pseudo-wissenschaftliche Experimente oder für anatomische Skelett-, Schädel oder Hirnsammlungen. Die Zahl der bis jetzt ermittelten Lampertheimer Opfer beläuft sich auf 15 Personen. Weitere Fälle sind anzunehmen, aber nicht sicher nachweisbar. Die Verlegungen in die „Heil- und Pflegeanstalt“ Hadamar erfolgten über hessische „Zwischenstationen“ wie Heppenheim, Darmstadt-Eberstadt, Eichberg, Scheuern, Gießen und Weilmünster.

Im Laufe des Krieges sollten auch Patienten, die in den Bombennächten alles verloren hatten, Angehörige wie Eigentum, und durch die Trümmer irrten, mit der Diagnose „bombenverwirrt“ in psychiatrische Anstalten zur „Behandlung“ eingeliefert werden. Soldaten, die das Grauen des Krieges nicht oder nicht mehr verkraften konnten und psychisch erkrankten, galten als minderwertig und sollten wegen der „*psychischen Ansteckungsgefahr in Heilanstalten interniert*“⁷¹ werden, wo sie „behandelt“ wurden, wie auch sonst psychisch Kranke „behandelt“ wurden. Das Gleiche galt für SS-Angehörige. „*Durchgedrehte Vollstrecker des Massenmordes*“ wurden ebenfalls in Heil- und Pflegeanstalten „*therapiert oder entsorgt*“, wie Klee feststellt. Die psychiatrische Behandlung der Wahl bestand meist aus Elektroschock- und Insulinschocktherapien oder „Cardiazolkuren“ (diese Maßnahmen lösten Krampfanfälle aus mit dem Risiko von Knochenbrüchen oder Hirnschäden). Wer nach mehrmaligen „Therapien“ keine psychische Besserung zeigte, d.h. „nicht aufgeweckt“ werden konnte aus Lethargie und Depression, galt als nicht therapierbar und wurde verlegt.⁷² Wer nicht „funktionierte“, nicht widerspruchslos gehorchte, nicht mehr einsatz- oder arbeitsfähig war, galt als asozial oder nutzloser Esser und wurde aussortiert und zu Tode gebracht. Das galt auch für organisch erkrankte ausländische Arbeitskräfte. In der Tötungsanstalt Hadamar wurden ab dem 28. Juli 1944 tuberkulosekranke Ostarbeiter ermordet, deren Tötung das Gauarbeitsamt Rhein-Main in Frankfurt veranlasst hatte. Insgesamt wurden 468 Menschen, davon 213 Kinder und Jugendliche ermordet.⁷³ Darunter ein 19-jähriger russischer Zwangsarbeiter, der an Tbc erkrankt war und vom Evangelischen Krankenhaus Lampertheim nach Hadamar verlegt wurde und dort „verstarb“ oder – konkret gesagt – ermordet wurde. (siehe Lipowyi, Jakow)

⁷¹ Ebd., S. 452

⁷² Ebd., S. 307, 462, 453ff.

⁷³ Ebd., S. 304

II.5 „Ausländer Einsatz“ – Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter

Bereits vor dem Jahr 1933 arbeiteten polnische Landarbeiter seit etwa 50 Jahren in größerer oder kleinerer Zahl, je nach Wirtschaftslage im Deutschen Reich, vor allem in der Landwirtschaft Ostdeutschlands.

Mit der seit 1936 rasch ansteigenden Rüstungskonjunktur sowie der Arbeitsdienstpflicht und der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, wandelte sich der Arbeitskräfteüberschuss der Krisenjahre in einen Arbeitskräftemangel, insbesondere, was landwirtschaftliche Arbeiter und Facharbeiter in der Industrie betraf. Da dieser Arbeitermangel die rüstungswirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen zu gefährden drohte, schloss die deutsche Regierung mit Italien und einigen anderen Staaten Abkommen über einen „Arbeitskräfteaustausch“ ab.

Mit dem „Anschluss“ Österreichs und der Annexion des Sudetenlandes und der Deklaration des „Protektorats Böhmen und Mähren“ bot sich der deutschen Wirtschaft des „Altreichs“ die Möglichkeit, in großem Stil zusätzliche Arbeiter zu bekommen. Bis zum Kriegsbeginn arbeiteten etwa 100.000 Arbeitskräfte aus Österreich und dem Sudetenland und etwa 100.000 Arbeiter aus dem „Protektorat“ vorwiegend als Landarbeiter und industrielle Facharbeiter in Deutschland, zusätzlich zu den rund 165.000 Arbeitern aus Polen, Italien, Jugoslawien und Ungarn. Insgesamt arbeiteten also rund 365 000 angeworbene Vertragsarbeiter vor dem Krieg im Deutschen Reich.⁷⁴ Inwieweit diese Arbeitskräfte aus eigenem Antrieb hierher kamen, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Tabelle 1:

Ausländische Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft 1940-1944 im Deutschen Reich⁷⁵

	1940	1941	1942	1943	1944
Gesamtwirtschaft (incl. Landwirtschaft)					
Ausl. Zivilarb. (AZA)	803.000	1.753.000	2.645.000	4.837.000	5.295.000
Kriegsgef.	348.000	1.316.000	1.489.000	1.623.000	1.831.000
insgesamt:	1.151.000	3.069.000	4.134.000	6.460.000	7.126.000

⁷⁴ Vgl. Herbert 1986, S. 120 ff.

⁷⁵ Ebd., S. 143 ff.

Nach Kriegsbeginn wurden in allen besetzten Ländern Arbeitskräfte rekrutiert und zur Arbeit nach Deutschland gelockt oder unter Zwang ins Reich verschleppt. Man kann davon ausgehen, dass ab 1939 sogenannte „Fremdarbeiter“ aus allen besetzten Gebieten: „Westarbeiter“ aus Frankreich, Belgien, den Niederlande oder „Zivilarbeiter“ aus Polen und „Ostarbeiter“ aus der Sowjetunion (Russland oder Ukraine) bestenfalls halbfreiwillig nach Deutschland gekommen waren. Entweder in Erwartung besserer Lebensbedingungen oder weil sie sich durch falsche Versprechungen, aber auch unter Druck, hatten anwerben lassen.

In der Landwirtschaft war im August 1944 jeder zweite Beschäftigte ein Ausländer; im Bergbau, Bau- und Metallbereich etwa jeder dritte. Bis Kriegsende stieg die Zahl auf etwa 7,7 Millionen ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene an. Nicht berücksichtigt sind hierbei die zur wirtschaftlichen „Nutzung“ eingesetzten KZ-Häftlinge, die Zahl belief sich auf etwa 600.000 bei Kriegsende. Mehr als die Hälfte der rund 1,7 Millionen polnischen und 2,8 Millionen sowjetischen Zivilarbeiter waren Frauen, das Durchschnittsalter lag bei 20 Jahren. Die deutsche Landwirtschaft wäre schon Ende 1940 ohne die ausländischen Arbeiter nicht mehr in der Lage gewesen, die Lebensmittelproduktion auf dem geforderten Niveau zu halten. Die gesamte Kriegswirtschaft war spätestens ab Herbst 1941 auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen.

Das Elend der mit ihren Eltern, meist den Müttern, in das Deutsche Reich verschleppten polnischen und russischen Kleinkinder und der hier geborenen Säuglinge gehört zu den traurigsten Kapiteln. Konnten schwangere Ostarbeiterinnen anfangs noch in ihre Heimat zurückkehren, ordnete Heinrich Himmler 1943 die Unterbringung der im Reich geborenen Säuglinge in „*Ausländer-Kinderpflegestätten einfachster Art*“ an. Ziel dieser Maßnahme war, die Arbeitskraft der Mutter bereits wenige Tage nach der Geburt wieder nutzen zu können. Für die Säuglinge bedeutete dies: mangelhafte Ernährung, unzureichende Hygiene, fehlende Zuwendung und in den meisten Fällen den Tod. Ein Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen existierte in Lampertheim, lt. Zeitzeugenberichten, auf dem Gelände des ehemaligen Evangelischen Krankenhauses (heute Dietrich-Bonhöfer-Haus). Die Kindergräber auf dem Alten Friedhof sind beredtes Zeugnis.

Nach einer Erhebung der NS-Gauleitung Hessen waren in Hessen-Nassau im Januar 1941 2,7 Millionen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt, davon 1,3 Millionen Kriegsgefangene. Ein Jahr später waren es 3,5 Millionen Menschen, davon 1,4 Millionen Kriegsgefangene.⁷⁶

⁷⁶ Quelle: HHStA Wiesbaden, Abt. 483

In und um Lampertheim arbeiteten von 1933 bis 1945 rund 1900 ausländische Arbeitskräfte⁷⁷ in der Landwirtschaft und in Betrieben.⁷⁸ Sie lebten entweder bei ihren Arbeitgebern in bescheidenen Unterkünften, bspw. im „Ostarbeiterlager“ der Firma Ernst Lust oder waren in der alten Schule, der Pestalozzi-Schule in der Römerstraße, untergebracht. Der überwiegende Teil war in der Landwirtschaft eingesetzt. Alles was nach Opposition oder Aufbegehren der ausländischen Arbeitskräfte roch, vom Zu-Spät-Kommen bis zum Nicht-Erreichen der geforderten Arbeitsleistung wurde als „Arbeitsverweigerung“ oder „Arbeitsbummelei“ prophylaktisch und willkürlich bestraft. Die Bestrafung bestand in der Regel in einer Einweisung durch die Gestapo in ein Arbeitserziehungslager (AEL), für Lampertheim in das AEL Frankfurt-Heddernheim (siehe Astaptschuk, Aljoscha und Koschak, Iwan).



Ausweis des
Zwangsarbeiters
Walkowiak, Andreas

Quelle: StAL

⁷⁷ Quelle: Internationaler Suchdienst ITS Arolsen, Archiv Nr. 4386

⁷⁸ Vgl. Anlage Statistik Zwangsarbeiter

II.6 Konzentrationslager

II.6a Das KZ-System

In der Zeit von 1933 bis 1945 wurden von NS-Organisationen, vornehmlich der SS, im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten rund 1000 Konzentrationslager und Nebenlager sowie sieben Vernichtungslager errichtet. Sie dienten der Unterdrückung politischer Gegner, der Ausbeutung durch Zwangsarbeit, der Internierung von Kriegsgefangenen, medizinischen Menschenversuchen und der Ermordung von Millionen Menschen.

Die Entwicklung der Konzentrationslager kann in vier verschiedene, zeitlich zu trennende Phasen eingeteilt werden: 1933-1935, 1936-1938, 1939-1941 und 1942-1945. Diese Phasen lassen sich durch die Gruppen der Inhaftierten, den Haftzweck, die Art der Durchführung und die Haftfolgen beschreiben. Zusätzlich zu den staatlichen Gefängnissen dienten die KZs in der ersten Phase von **1933 bis 1935** vornehmlich als Sonderlager der Verfolgung und Ausschaltung der politischen Gegner, der sogenannten „Umerziehung“ (siehe KZ Osthofen). In diesen Jahren waren etwa 26.000 Menschen inhaftiert. Im Sommer 1935 galt die Herrschaft des NS-Regimes als gesichert und es befanden sich noch etwa 4.000 Menschen in den Lagern.

In der zweiten Phase **1936 bis 1938** stieg die Zahl der Häftlinge an und ihre Zusammensetzung änderte sich. Waren es zuvor hauptsächlich politische Gegner, wurden jetzt diejenigen inhaftiert, die nicht dem nationalsozialistischen Bild der „Volksgemeinschaft“ entsprachen: sogenannte „Asoziale“, „Arbeitsscheue“, „Berufsverbrecher“, Homosexuelle und Zeugen Jehovas, die in den KZs als „Bibelforscher“ geführt wurden. Im Vordergrund stand die Nutzbarmachung der Arbeitskraft dieser Häftlinge in eigens gegründeten SS-Wirtschaftsunternehmen zur Sicherung wirtschaftlicher Vorhaben, d.h., die Lager hatten zunehmend eine ökonomische Funktion. Im Rahmen der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ (ASR) wurden in zwei Verhaftungswellen im April und Juni 1938 mehr als 10.000 Menschen als sogenannte „Asoziale“ in KZs verschleppt⁷⁹ (siehe auch Munk, Hugo und Leonhard, Konrad). Die Aktion gründete auf einem Plan Heinrich Himmlers vom Januar 1938, dass ein „... *überraschender Zugriff auf Arbeitsscheue*“ erfolgen sollte. Auf Hitlers persönliche Anordnung, dass „*zur Erledigung von wichtigen Erdbewegungsarbeiten [Autobahnbau] im gesamten Reichsgebiet asoziale und kriminelle Juden festgenommen werden*“

⁷⁹ Quelle: Wikipedia Konzentrationslager, Online Abfrage 11.10.2013

sollen“, wurden auch Juden in die Aktion einbezogen. Als „arbeits-scheu“ galten arbeitsfähige Männer, die zweimal einen ihnen angebotenen Arbeitsplatz abgelehnt oder nach kurzer Zeit aufgegeben hätten⁸⁰. Die Aktion wurde von der Gestapo, mit den nötigen Informationen von den Arbeitsämtern versorgt, durchgeführt.⁸¹

Als „asozial“ galt eine Person, die durch: „... *gemeinschaftswidriges Verhalten zeigt, dass sie sich nicht der selbstverständlichen Ordnung eines nationalsozialistischen Staates unterwerfen will.*“⁸² Dies traf hauptsächlich Landstreicher, Bettler, Prostituierte, „Zigeuner“ oder nach „Zigeunerart“ Umherziehende, aber auch Trunksüchtige und Personen mit unbehandelten Geschlechtskrankheiten.⁸³

Während der Novemberpogrome 1938 wurden etwa 26.000 Juden inhaftiert, so dass Ende 1938 rund 60.000 Menschen in KZs verschleppt worden waren.

In der dritten Phase **1939 bis 1941**, d.h. von Kriegsbeginn bis Mitte 1941/Anfang 1942 stiegen die Häftlingszahlen stark an. In einer Verhaftungswelle im Reich (Deutschland und Österreich) vor Kriegsbeginn wurden hauptsächlich Deutsche, die man als potentielle Kriegsgegner ansah, inhaftiert. Nach Kriegsbeginn kamen mehr Menschen aus den besetzten Gebieten, Zivilisten aus Polen, Frankreich, Tschechien, Jugoslawien, den Niederlanden, Belgien aber auch sowjetische Kriegsgefangene in die Lager. Darunter viele Juden, Roma und Sinti. Die Häftlinge wurden, wie zuvor schon erwähnt, in SS-eigenen Produktionsstätten bspw. zur Baustoffgewinnung und -verarbeitung in Steinbrüchen und Ziegeleien, eingesetzt.

Die vierte Phase von Anfang **1942 bis 1945** war gekennzeichnet von zwei Zielsetzungen: dem Einsatz der Häftlinge in der Rüstungsindustrie und dem Massenmord an den Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen. In dieser Phase war der Häftlingseinsatz in Privatunternehmen bedeutsamer als die Produktion in SS-eigenen Betrieben. Die Anzahl der Häftlinge stieg von etwa 203.000 im April 1943 auf 524.000 im August 1944 und erreichte bei Kriegsende vermutlich mehr als 700.000 Menschen, von denen rund 90 % keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten. Die Anzahl der Häftlinge, die in der Zeit von 1933 bis 1945 für Wochen oder Jahre in KZs eingesperrt waren, wird auf zweieinhalb bis drei Millionen Menschen geschätzt.⁸⁴

⁸⁰ Es wurde von einigen Medizinerinnen gar eine „endogene“ (d.h. angeborene) Arbeitsscheu attestiert

⁸¹ Neben der Arbeitsleistung der Inhaftierten zur Produktionssteigerung im Rahmen der Kriegsvorbereitung dürfte auch der abschreckende Effekt auf „Arbeitsbummelanten“ eine Rolle gespielt haben

⁸² Aufgrund einer vermeintlich erblichen Veranlagung zu gesellschaftlich schädlichem Verhalten

⁸³ Quelle: Wikipedia Arbeitsscheu Reich, Online Abfrage 11.11.2013

⁸⁴ Quelle: Wikipedia Konzentrationslager, Online Abfrage 11.10.2013

II.6b Außenlager und Strafgefangenenlager in der Umgebung von Lampertheim

In **Heppenheim** wurde 1942 ein Außenkommando des KZ Dachau für den SS-eigenen Betrieb "Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung" kurz DVA eingerichtet. Ab 1943 war dieses Außenkommando dem KZ Natzweiler-Struthof (im Elsass) unterstellt. Nach dem Aufbau einer Fabrik für Trockenkonserven zu Beginn des Lagers durch die Häftlinge gehörten dann Arbeiten in der Produktion dieser Fabrik und in den Schriesheimer Steinbrüchen zu deren Tätigkeiten. Weitere Außenkommandos des KZ Natzweiler-Struthof existierten in: **Auerbach**, hier mussten die Häftlinge im Marmorit-Werk in Hochstädten für die Firma Dr. H. Heymann in einer unterirdisch verlagerten Fabrik Stabilisierungskreisel für die V-2 Raketen herstellen; **Mannheim-Sandhofen**, wo die Häftlinge unter schwersten Bedingungen für die Firmen Daimler-Benz, BBC (heute ABB), Heinrich Lanz (heute John Deere) arbeiten mussten⁸⁵ und in **Frankfurt, Walldorf und Darmstadt**.

Daneben existierte von 1938 bis 1945 das **Strafgefangenenlager Rodgau** bei Darmstadt, das mit Beginn des Krieges zunehmend mit ausländischen Gefangenen, hauptsächlich Polen, Franzosen, Griechen und Italienern belegt war. Das Stammlager Rodgau unterhielt zahlreiche Außenstellen: in **Biblis** ein „Griechenlager“, in **Eich** ein „Polenarbeitslager“, in **Groß-Rohrheim** ein Frauenarbeitslager und weitere Lager in **Lorsch** und **Viernheim**.⁸⁶

Zusätzlich zu diesen Lagern unterhielten die jeweiligen Gestapoleitstellen eigene Arbeitserziehungslager. Erwähnt wurde schon das AEL Frankfurt-Heddernheim. Die Gestapo Darmstadt führte solche Lager in Mainz, Biblis und ein Frauenlager in Griesheim. Die Gefangenen wurden je nach Arbeitskräftebedarf ständig hin- und hergeschoben, „verschubt“ wie es hieß, von Stammlager zu Außenlager und innerhalb des gesamten Gefangenen- oder Konzentrationslagerkomplexes im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten.

II.7 Verschleppte Menschen am Ende des Krieges: Displaced Persons (DP)

Wie bereits im Kapitel „Ausländer-Einsatz“ ausgeführt wurde, hielten sich bei Kriegsende fast acht Millionen Menschen, die als Folge deutscher Politik zu Flüchtlingen

⁸⁵ In Mannheim-Sandhofen in der Gustav-Wiederkehr-Schule befindet sich eine Gedenkstätte zu diesem Außenkommando

⁸⁶ Quelle: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, HADIS, Online Abfrage 11.10.2013

geworden waren, unfreiwillig in den vier Besatzungszonen in Deutschland auf. In den drei Westzonen befanden sich etwa 6,5 Millionen Menschen: ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Den zahlenmäßig größten Anteil stellten verschleppte Zwangsarbeiter aus osteuropäischen Staaten.

Der Begriff „Displaced Persons“ wurde durch das Alliierte Oberkommando am 18. November 1944 in seinem Memorandum Nr. 39 festgelegt. Als „Displaced Persons“ (DP) sollten gelten: *„Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfestellungen nicht zu leisten vermögen.“*⁸⁷

Diese Personen mussten bis zur ihrer Rückkehr in ihre jeweiligen Heimatländer oder bis zu ihrer gewünschten Auswanderung durch die Alliierten mit allem Lebensnotwendigen, wie Unterkunft, Nahrung und Kleidung, versorgt werden. Um diese Menschen unterzubringen wurde in Frankfurt-Zeilsheim im Herbst 1945 das erste hessische Lager eingerichtet, doch reichte dessen Kapazität schon bald nicht mehr aus. Als Entlastung wurden weitere Lager in Südhessen geschaffen und zwar in Babenhausen, Bensheim, Dieburg, Lampertheim und eine „Kinderkolonie“ für etwa 400 jüdische elternlose Kinder in Lindenfels. Da die US-Armee mit der Versorgung der DP überfordert war, kümmerte sich ab Herbst 1945 die Flüchtlingshilfsorganisation der Vereinten Nationen UNRRA, aus der später die IRO hervorging, um die DP-Lager.

Für das DP-Lager in Lampertheim wurden zwischen Bürstädter Straße, Blücherstraße und Ernst-Ludwig-Straße 138 Häuser beschlagnahmt und geräumt. Die ausgewiesenen Bewohner wurden, falls sie nicht bei Freunden und Bekannten unterkommen konnten, in die Wohnungen ehemaliger Nationalsozialisten einquartiert.⁸⁸ Um den 12. Dezember 1945 wurde das Lager, das mit Draht von den deutschen Wohngebieten abgegrenzt war, eingerichtet. Die Belegungszahlen schwankten zwischen 1201 Personen im Juni 1946, 1102 im Oktober 1947 und 1080 im Oktober 1948.⁸⁹ Die Räumung von intakten Wohnungen zur Unterbringung von über 1000 Menschen in einem Ort, der durch Ausgebombte aus dem Rhein-Neckar-Raum und durch Flüchtlinge stark belegt war – die Gesamtbevölkerung zählte in dieser Zeit rund 15 000 Menschen – stellte eine Härte dar. Auch deswegen, weil die Bewohner außer Kleidung, Bettwäsche und, mit Sondergenehmigung Brennmaterial, nichts aus ihren Wohnungen mitnehmen durften. Die Requirierung von

⁸⁷ Vgl. Kohlmannslehner, Lange 1998, S. 7 ff.

⁸⁸ Vgl. Lepper, S.198

⁸⁹ Vgl. Kohlmannslehner, Lange 1998, S. 12



Eine Gruppe jüdischer DPs auf einer Straße im Lampertheimer DP-Lager zwischen 1946 und 1948

Foto: United States Holocaust Memorial Museum

Häusern durch die Besatzungsmacht für deren Nutzung wurde dem militärischen Sieger zugestanden, schließlich wurde das während des Krieges von den deutschen Truppen in den besetzten Gebieten genauso gehandhabt. Aber die Beschlagnahme der Häuser für jüdische DP, größtenteils polnische Juden, daher allgemein als „Ostjuden“ bezeichnet, wurde von den Ausgewiesenen als Zumutung empfunden. Während des Bestehens des Lagers von Dezember 1945 bis zur Auflösung am 24. Mai 1949 blieb die Situation angespannt und konfliktreich. Es gab zwischen DP und Lampertheimern, neben für beide Seiten lohnenden Schwarzmarktgeschäften, Provokationen und Handgreiflichkeiten sowie polizeilichen Festnahmen, so gut wie keine sozialen Kontakte. Das Lager wurde, wie schon gesagt, als Zumutung empfunden. Die Akten der amerikanischen Militärverwaltung verzeichneten wiederholt antisemitische Ausbrüche während der gesamten Zeit des Bestehens.⁹⁰

⁹⁰ Bis Mitte der 1950er Jahre sollte es immer wieder zu antisemitischen Aktionen kommen, siehe auch Kapitel: (K)eine Stunde Null?

Die Bewohner des Lagers organisierten eine eigene Lagerpolizei, eine Schule mit Bibliothek, Werkstätten wie Schneiderei, Schuhmacherei, Schreinerei sowie ein Theater und eine eigene Lagerzeitung "Frajhajt". Sie verstanden sich als Menschen, die: *„...jetzt in einem Land leben, in dem wir nicht sein wollen, ... wir bleiben in diesem Land nur für kurze Zeit, bis wir weiter reisen können, ... bis wir abreisen, werden wir versuchen eine produktive Gemeinschaft aufzubauen“*.⁹¹

Die Stiftungsurkunde für den „Friedensbrunnen“ [Ecke Kaiser-, Bürstädter Straße], der am 29. Mai 1949 eingeweiht wurde, nimmt auf das DP-Lager Bezug: *„Die Einweihung des Brunnens fiel mit der Räumung des DP-Lagers ... zusammen. ... Möge die Besatzungsmacht Milde und Einsicht walten lassen und alles begraben, was Hassgefühle wecken könnte. Sie wolle veranlassen, dass die Eigentümer der Häuser baldigst wieder ihre Heime zurückerhalten. Das ist unser sehnlichster Wunsch, dass diese Bitte bei den Amerikanern Widerhall findet und auf fruchtbaren Boden fällt. In diesem Sinne erhält der Friedensbrunnen für uns seine besondere Bedeutung.“*⁹²

Am 31. Juli 1949 wurden von den 138 beschlagnahmten Häusern 127 den ursprünglichen Bewohnern zurückgegeben, elf Häuser blieben für amerikanische Familien weiterhin beschlagnahmt und wurden im März 1955 wieder freigegeben.⁹³

⁹¹ Vgl. Kohlmannslehner, Lange 1998, S. 20

⁹² Ebd., S. 25 ff.

⁹³ Vgl. Lepper, S. 198

III. Biographien

III.1 Politisch Verfolgte

Mit dem 30. Januar 1933, dem Tag der sogenannten „Machtübernahme“, begannen gleichsam im Rahmen einer „Selbstermächtigung“ Einschüchterung und Terror durch SA und SS gegenüber Andersdenkenden, ohne zentrale Befehle und bar jeder gesetzlichen Grundlage. So ließ der Lampertheimer SA-Führer von Foullon an der Polizei vorbei verhaften und in das KZ Osthofen einweisen, wie sich der Leiter der Wormser Gestapo Johannes beklagte.⁹⁴ Mit voller Wucht schlugen die Lampertheimer Nationalsozialisten zuerst gegen die Kommunisten zu. Kommunisten und Juden, die „bolschewistisch-jüdischen Weltverschwörer“, waren der erklärte Feind, den es zu vernichten galt. Die Sozialdemokraten kamen glimpflicher davon, da sie in Lampertheim nach den Reichtagswahlen vom 05. März 1933 nicht mehr aktiv als Partei oder Parteimitglieder in Erscheinung traten, sondern sich – getarnt – zu „privaten, geselligen Treffen“ oder „Wanderungen“ zusammenfanden, um so Kontakte und Strukturen zu erhalten, um zu gegebener Zeit wieder als Partei agieren zu können. Nichtsdestotrotz unterlagen ehemalige Funktionäre der Polizeiüberwachung und mussten sich zweimal täglich auf dem Polizeiamt melden. *„Wer außerhalb des Ortes arbeitet,“ hieß es in einer Anordnung „hat sich einmal täglich nach Feierabend auf dem Polizeiamt Lampertheim zu melden.“*⁹⁵ Das Schicksal vieler Lampertheimer Kommunisten und einiger Sozialdemokraten blieb den Mitgliedern des sich selbst aufgelösten Ortsverbandes der Zentrumsparterie erspart, da sie nicht mehr in der Öffentlichkeit auftraten. Allerdings schützte sie das nicht vor dem „Begleichen alter Rechnungen“ durch die örtlichen Nationalsozialisten. Nachfolgend die erfassten Fälle politisch Verfolgter:

Albrecht, Karl

geboren am 28. Januar 1907 in Kallmünz, 1933 wohnhaft: Riesengasse, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 zusammen mit 31 weiteren ehemaligen Lampertheimer KPD-Mitgliedern verhaftet und zum Verhör nach Worms

⁹⁴ Dies erklärt warum nicht alle verhafteten Lampertheimer, u.a. Fritz Klotz, geb. am 15. März 1897, der nach Zeitzeugenberichten 1933 für mehrere Wochen im KZ Osthofen eingesperrt gewesen sein sollte, in den „offiziellen“ Häftlingslisten zu finden sind. So sind bspw. in der Verhaftungsliste der Polizei vom 20.09.1933 32 verhaftete ehemalige Kommunisten aufgeführt, von Foullon schreibt in seinem Bericht vom gleichen Tag von 53 verhafteten Personen; vgl. Reuther 1995, S. 69

⁹⁵ Über die zu Überwachenden wurde akribisch Buch geführt und die Erkenntnisse weiter gemeldet mit Vermerken wie: „Hat keine besondere Rolle gespielt“; „In letzter Zeit nichts Nachteiliges bekannt“; „Haben gegen die Nationale Erhebung gekämpft“

gebracht. Ab 24. September befand er sich für einen unbekanntem Zeitraum vermutlich in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.⁹⁶

Bauer, Heinrich

geboren am 22. Juli 1894 in Hofheim, Steinmetz, 1933 wohnhaft: Schillerstraße 9, Hofheim, KPD. Er befand sich wegen „politischer Gegnerschaft“ vom 20. April bis 01. Mai 1933 im KZ Osthofen (siehe auch Kapitel KZ Osthofen) und war erneut vom 2. Mai bis Juni 1933 in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen. Von der Firma Cornelius Heyl in Herrnsheim wurde er, da politisch nicht mehr tragbar, entlassen. Er ist in Mitlechtern verstorben.⁹⁷



Bertel, Philipp

geboren am 31. Januar 1899 in Rheindürkheim; Bahnarbeiter, Rangierer; am 18. November 1922 Heirat in Lampertheim, fünf Kinder, 1933 wohnhaft: Rheinstraße 72⁹⁸; politischer Leiter der KPD Lampertheim und KPD-Gemeinderat von 1929 bis 1933.

Philipp Bertel soll ein guter Redner gewesen sein, der meist frei sprach und es verstand, die Menschen mitzureißen und in Lampertheim und Umgebung viele Sympathien besaß (laut Aussage von Jakob Herweck). In politischen Lageberichten der Schutzpolizei/Gendarmerie Darmstadt wurde zum Datum 02.11.1929 erwähnt: „*Philipp Bertel, Kommunist, KPD-Gemeinderat in Lampertheim, Diskussionsredner bei einer NSDAP-Versammlung in Lampertheim*“; zum Datum 01.05.1930: „*Redner bei der KPD-Maifeier in Lampertheim*“ zum Datum 01.06.1930: „*Redner bei einer KPD-Demonstration gegen das Verbot des RFB*“⁹⁹.

Um seiner Verhaftung zu entgehen, tauchte er am 06. März 1933, nach der Reichstagswahl (siehe auch: Die Ausschaltung des politischen Gegners) zuerst nach Kaiserslautern ab, fand dann für etwa acht Wochen Zuflucht in Mannheim. Am 02. Mai wurde er von der SA verhaftet, nach Osthofen überführt und dort am 03. Juli entlassen. Am 20. September erfolgte seine erneute Festnahme durch die SA und der Transport in das Polizeipräsidium Worms, wo er bis zum 24. September verhört und misshandelt wurde. Am 25. September wurde er in das Gefängnis „Runde Turmstraße“ in Darmstadt verbracht. Hier saß er mit Heinrich Kistner, Mathias Metzger,

⁹⁶ Quelle: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv, Sign.: 14/204; StAL

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Quelle: StAL

⁹⁹ Quelle: HStAD HADIS, Online Abfrage 05.10.2013

Johann Krämer und Friedrich Glück, alle aus Lampertheim, wegen eines angeblichen Mordanschlags in Untersuchungshaft. Das Strafverfahren wurde am 24. November eingestellt, die Gefangenen, außer Bertel, aus der Strafhaft entlassen und in das KZ Osthofen überführt, von wo sie am 20. Dezember entlassen wurden. Philipp Bertel wurde in das SS-Gefängnis Riedeselstraße in Darmstadt verlegt und nach einem erneuten Zwischenaufenthalt in Osthofen von der Gestapo am 21. Dezember 1933 in die Haftanstalt Kaiserslautern überführt. Von dort wurde er nach München überstellt und am 22. März 1934 wurde er von dem Oberlandesgericht München wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer Zuchthausstrafe von 26 Monaten verurteilt, die er bis zum 22. März 1936 in der Strafanstalt Straubing verbüßte. Danach kam er nach Lampertheim zurück und arbeitete wieder in seinem Beruf in Mannheim bis zum Frühjahr 1941.

Am 24. April 1941 verstarb Philipp Bertel an den Folgen eines Arbeitsunfalls beim Ankoppeln von Eisenbahnwaggons.¹⁰⁰ Ein Enkel berichtete uns, dass seine Großmutter, also Philipp Bertels Ehefrau, erzählt hatte, dass der Lokführer des Zuges, ein überzeugter Nationalsozialist und SA-Mann, absichtlich zu früh losgefahren sein sollte (was er schon des öfter getan hatte), um Bertel, der die Waggonverbindungen überprüfte, zu ärgern oder zu erschrecken, und so Philipp Bertel zwischen die Puffer geriet und zu Tode kam.

Bertel, Franz

Bruder des Vorgenannten, geboren am 06. Juli 1900 in Lampertheim, Sattler, 1933 wohnhaft: Rheinstraße 72, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und zum Verhör nach Worms gebracht. Ab 24. September befand er sich vermutlich in „Schutzhaft“ für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen¹⁰¹.

Bloch, Heinrich

geboren am 20. April 1898 in Lampertheim, Schuhmacher, 1933 wohnhaft: Alzeyer Straße 205, Worms-Pfiffligheim, SPD. Vor dem Sondergericht Mannheim fand ein Verfahren statt wegen Betätigung für die Ziele der SPD und Verbreitung verbotener Druckschriften, strafbar nach § 83 Reichsstrafgesetz: Vorbereitung zum Hochverrat. Der Verfahrensausgang und sein weiteres Schicksal konnten aus den vorliegenden Quellen nicht ermittelt werden. Ein Vermerk in der Kartei der Gestapo Neustadt: „07. März 1940 (Pol. Aufsicht)“ lässt jedoch den Schluss zu, dass er zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war und nach Verbüßung der Strafe unter Polizeiaufsicht

¹⁰⁰ Quelle: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv, Sign.: 14/204; 55/1168

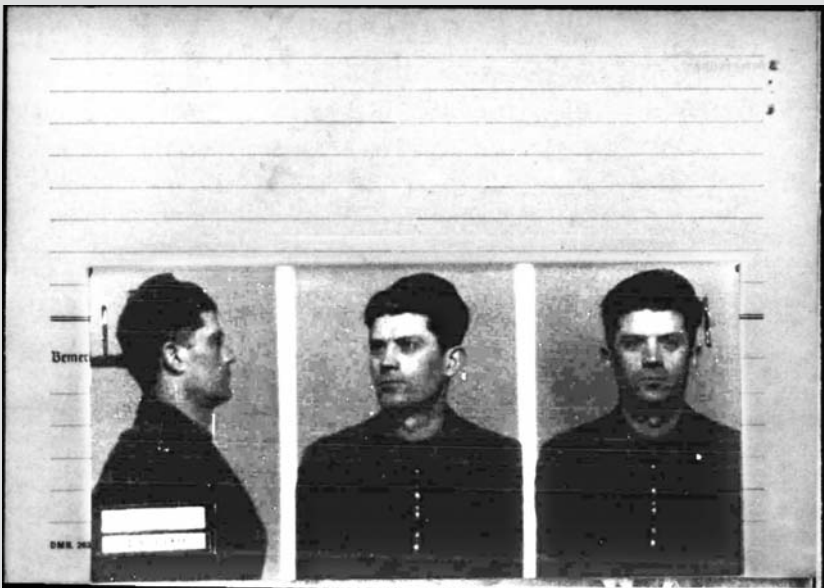
¹⁰¹ Ebd.

GESTAPO

Jelle _____
 Umm. Nr. _____
 Mgl. - Nr. 7.3.40

Name: BLOCH **Vorname** HEINRICH
geb. am 20.4.98 **ledig, verh., verw.:** **Beruf** SCHUHMACHER (POL. AUFSEHER)
Geb.-Ort LAMPERTHEIM **Wohnort** _____
Straße, Hs.-Nr. _____

Tag d. Eintr. _____ **Wiedereintr.** _____
Mitgl.-Buch ausgef. _____
Rufn.-Ehrtg. eingeg. _____
ausgef. / ausgef. / gef. / gef. _____ **Röm. Nr.** _____
Jar Wehrmacht _____ **Meib. Nr.** _____ **Hilfsnr. Nr.** _____
Unbek. vers. _____



Gestapo Karteikarte des Heinrich Bloch

Quelle: ITS Arolsen

gestellt wurde. Vermutlich wurde er im August 1936 mit weiteren siebenundzwanzig Wormser Sozialdemokraten im gleichen Verfahren verurteilt. So wie auch Hugo Schumm, geboren am 05. April 1914 in Mannheim und damals wohnhaft in der Eisenbergstraße 18 in Worms, der wegen „Hochverrats“ am 14. August 1936 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und anschließend unter Polizeiaufsicht stand.¹⁰²

Brechenser, Heinrich

geboren am 17. Dezember 1906 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Weinheimer-Weg, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und zum Verhör nach Worms gebracht. Ab 24. September befand er sich vermutlich in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen für unbestimmte Zeit.¹⁰³

Bubel, Alois Otto

geboren am 31. Januar 1899 in Jägersburg/Saar, Heizer, 1933 wohnhaft: Römerstraße 144, Lampertheim, KPD, er befand sich von Mitte März bis Mai 1933 in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁰⁴

Bulster, Heinrich

geboren am 07. Juli 1884 in Eberbach, 1933 wohnhaft: Alicestraße 20, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und zum Verhör nach Worms gebracht, ab 24. September befand er sich für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁰⁵

Dietenhöfer, Emil

Geburtsdatum und -ort sind nicht bekannt, wahrscheinlich Hofheim, Schlosser, 1933 wohnhaft: Nordheimer-Straße 6, Hofheim. Er befand sich vom 05. bis 19. Mai 1933 aus politischen Gründen, als Gewerkschafter, KPD- oder SPD-Mitglied in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen. Näheres war aus den Quellen nicht zu erfahren. Im gleichen Zeitraum wurden sechs weitere Hofheimer im KZ Osthofen eingesperrt. (siehe auch: Willi Gärtner, Jakob Hilsheimer, Jakob Lösch, Heinrich Sängler, Thomas Albert, Georg Zintel)¹⁰⁶

Eberts, Georg

geboren am 11. Dezember 1902 in Hofheim, Maurer, verheiratet, zwei Kinder, 1933 wohnhaft: Briefelstraße 6, Heppenheim, KPD. Er befand sich ab dem 15. April 1933, wahrscheinlich bis Ende des Monats, der genaue Zeitraum ist nicht bekannt, in

¹⁰² Quelle: GLA BW Karlsruhe; ITS Arolsen, Doc.No. 12538747 und 12581281, E-Mail vom 16.12.2013; vgl.Reuter 1995, S.60

¹⁰³ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 14/204

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Ebd.

„Schutzhaft“ im KZ Osthofen. Am 13. August 1933 wurde er erneut inhaftiert und kam zuerst in Untersuchungshaft in das Gefängnis nach Darmstadt und wurde dann nach Rockenberg verlegt.

Abschrift.

O.J.61/33.

An
den Strafsenat
des Hess.Oberlandesgerichts
Darmstadt.

Anklageschrift.

Die

1. Edmund S c h u l z , Tüncher, geb.am 26.Oktober 1905 in Darmstadt
wohnhaft in Heppenheim a.d.B., ledig, vorbestraft, - 5 act.-
2. Georg E b e r t s , Maurer, geb.am 11.Dezember 1902 in Hofheim
(Kr.Worms), wohnhaft in Heppenheim, verheiratet, vorbestraft,
- 9 act.-
3. Karl G ö t z i n g e r , Hilfsarbeiter, geb.am 7.August 1904
in Lindenfels, wohnhaft in Heppenheim, verheiratet, vorbestraft,
- 8 act.-
4. Georg H e l f r i c h , Spengler, geb.am 28.August 1911 zu
Heppenheim a.d.B., wohnhaft daselbst, ledig, vorbestraft,
- 6 act.-

= 3 =

werden

1) freigesprochen:

Die Angeklagten Frans Jakob Zeiss (18) und Frau Kilian (21);

2) verurteilt:

Die Angeklagten:

- a) Schulz (1), Eberts (2), Karl Götzinger (3), Helfrich (4) und Lenhard (10) wegen Verbrechens nach § 7 Spr.St.Ges. in Tateinheit mit §§ 86, 47, 73 St.G.B., Schusswaffengesetz §§ 10, 25, Kriegserüstungsgesetz vom 27.7.1927 § 2, 3, 9, Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.2.1933 in Verbindung mit der Hess. Verordnung vom 13. und 16. März 1933
zu Zuchthausstrafen:
Schulz und Eberts je 5 Jahre,
Karl Götzinger und Helfrich je 3 Jahre und 6 Monate,
Lenhard 3 Jahre;

Text: Anklageschrift gegen Georg Eberts (Hofheim) am OLG Darmstadt wegen Hochverrats vom 23.4.1935.

Quelle: Wolfgang Form, Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse Uni Marburg

Am 14. April 1934 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Darmstadt zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“, zusammen mit einer Gruppe von weiteren 26 Angeklagten um den ehemaligen politischen Leiter der KPD-Ortsgruppe Heppenheim Edmund Schulz. Nach etwa zweieinhalb Jahren verlegte man ihn von Rockenberg am 15. Februar 1936 in die Sicherungsanstalt Butzbach, wo er seine Strafe weiter verbüßte. Am 14. Oktober 1938 wurde er zur Staatspolizei Gießen überführt und am 21. Oktober durch die Staatspolizei Darmstadt in das KZ Buchenwald deportiert. Dort war er bis zur Befreiung am 11. April 1945 durch die US-Armee inhaftiert. Im KZ Buchenwald wurde er als politischer Schutzhäftling mit der Häftlingsnummer 1009 geführt. Er befand sich von April 1933 bis April 1945 fast ununterbrochen in Haft, solange wie das „Tausendjährige Reich“ währte. Seine Familie wurde mit wöchentlich 11,80 RM von der Stadt Heppenheim unterstützt und eine „bevorzugte Betreuung“ durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) soll erfolgt sein.¹⁰⁷

Gabler, Adam

geboren am 03. Juli 1892 in Mannheim, Kaufmann, 1933 wohnhaft: Kaiserstraße 26, Lampertheim, SPD, Gemeinderat von 1929 bis 1933; Beirat ab 29.05.1945 und SPD-Gemeinderat von 1946 bis 1952. Aus mündlichen Überlieferungen ist bekannt, dass bei ihm Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden, er verhört wurde und – wohl ab dem 12. April 1933 – für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen inhaftiert war. Anschließend erhielt er Kontaktverbot zu politischen Freunden und Meldeauflagen bei der Polizei.¹⁰⁸



¹⁰⁷ Quelle: Internat. Suchdienst ITS Arolsen, Nr. 4386; NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv

¹⁰⁸ Bericht eines Enkels



Foto: privat

Gahn, Viktoria (Ria), geb. Kellermann,

geboren am 13. März 1923 in Lampertheim, Arbeiterin, 1933 wohnhaft: Weinheimer Weg 26, Lampertheim, KPD. Am 05. Januar 1944 wurde sie durch die Gestapo als „politischer Schutzhäftling“, Häftlingsnummer 25.903, in das KZ Ravensbrück eingeliefert. In Ravensbrück musste sie als Spulerin für die Firma Siemens arbeiten. Die Entlassung erfolgte am 11. August 1944. Bis in die 1990er Jahre war sie als Gewerkschafterin im DGB Ortskartell und in der Friedensbewegung aktiv. Sie ist im Jahr 2000 in Lampertheim verstorben.¹⁰⁹

Einlieferungsstelle		Einlieferungsdatum			Häftlingskarte						Geschlecht		Familienstand				Kinder	
01		Tag	Monat	Jahr	Häftlingsart			Geburts-			männlich 1	ledig	1	<input checked="" type="checkbox"/>	m	w		
Gestapo		01	05	44	Sch.			01			weiblich 2	verheiratet	2	<input type="checkbox"/>				
3		4			5			Tag	Monat	Jahr	3	verwitwet	3	<input type="checkbox"/>				
6		7			8			13	03	23	4	geschieden	4	<input type="checkbox"/>				
9		10			11			12			13			14				
R.D.R.		Arbeiterin			1. Nebenberuf			2. Nebenberuf			3. Nebenberuf							
14		15			16			17			18			19				
Wehrdienstverhältnis		T.-Grad			Anzahl Vorstrafen			Gefängnis Monate			Zuchthaus Monate			Eingeliefert in KL				
														10				
14		15			16			17			18			19				
Ravensbrück																		
Zugangsart		Überstellung an KL			Häftlings-Nr.			eingesetzt als			Abgangs-		Hall. Verm.					
E 1		Ravensbrück			25903			Spulerin			Art		Zu Ab.					
		b. Fürstenberg/Meckl.						Siemens			Tag Monat Jahr		7					
20		21			22			23			24			25				
Bemerkungen:																		
											Kontrollvermerk							
											ausgestellt			verschlossen				
											9			8				

Häftlingskarte des KZ Ravensbrück von Viktoria (Ria) Gahn, geb. Kellermann

Quelle: Gedenkstätte KZ Ravensbrück/Bundesarchiv

¹⁰⁹ Quelle: StAL; Gedenkstätte Ravensbrück

Gärtner, Willi

geboren in Hofheim, 1933 wohnhaft in Hofheim. Er befand sich vom 05. bis 19. Mai 1933 aus politischen Gründen in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹¹⁰

Georgi, Jakob

Geburtsdatum und -ort waren aus den Quellen nicht sicher festzustellen, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 103, Lampertheim. Er war SPD-Mitglied und wurde nach Zeitzugenauskunft im April 1933 nachts verhaftet und war etwa drei Wochen im KZ Osthofen inhaftiert. Georgi war möglicherweise Zeuge der Misshandlungen von Christoph Weitz durch SA-Sturmbannführer Hans Gaier (siehe auch: Die Ausschaltung des politischen Gegners).

Glück, Friedrich

geboren am 28. Februar 1905 in Mannheim-Waldhof, Former, 1933 wohnhaft: Mathildenstraße 2, Lampertheim, KPD. Er wurde ab dem 22. September zunächst im KZ Osthofen inhaftiert und war dann bis 24. November 1933 gemeinsam mit Philipp Bertel, Heinrich Kistner, Johann Krämer und Mathias Metzger wegen eines angeblichen Mordanschlages im Landesgerichtsgefängnis Darmstadt in Untersuchungshaft. Am 24. November wurde das Strafverfahren eingestellt und er wurde in das KZ Osthofen rücküberstellt, von wo er am 20. Dezember entlassen wurde.¹¹¹

Grieser, Johann

geboren am 17. Juni 1887 in Lampertheim, Schuhmacher, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 50, KPD-Anhänger. Er war vom 16. März bis 03. Juli 1933 im KZ Osthofen interniert. Am 04. August 1933 wurde er wegen der „Verbreitung von Gräuelmärchen“ erneut verhaftet. Grieser hatte über „angebliche“ Misshandlungen im KZ Osthofen durch SA und SS berichtet. Am 07. Oktober 1933 wurde er vom Sondergericht Frankfurt a.M. wegen eines Vergehens gegen die Verordnung „zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der Nationalen Erhebung“ vom 21.03.1933 zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt, die er bis zum 02. Februar 1934 im Strafgefängnis Frankfurt-Preungesheim verbüßte.¹¹²

Griesheimer, Friedrich

geboren am 17. Februar 1900 in Lampertheim, Arbeiter, wohnhaft 1933: Riesengasse, Lampertheim, KPD. Er wurde mit der Verhaftungswelle am 20. September 1933 festgenommen, zum Verhör nach Worms gebracht und kam am 24. September vermutlich in „Schutzhaft“ in das KZ Osthofen für einen unbekanntem Zeitraum.¹¹³

¹¹⁰ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv

¹¹¹ Quelle: NS Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 14/204; HStA Darmstadt Q 291

¹¹² Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 14/204

¹¹³ Ebd.

Griesheimer, Ludwig Adam

geboren am 11. Januar 1874 in Lampertheim, 1933 wohnhaft: Falterweg 45, Lampertheim, wahrscheinlich SPD-Mitglied. Er war am 22. September 1933 im Polizeigefängnis in Worms inhaftiert, ihm wurde dort die Hälfte seines Bartes abrasiert (siehe auch: „Die Ausschaltung des politischen Gegners“). Wegen „Beleidigung“, von wem oder was ist nicht bekannt, wurde er am 20. Februar 1944 vom Amtsgericht Lampertheim zu einer Strafhaft verurteilt, die er vom 31. Mai bis 27. Juni 1944 im Amtsgerichtsgefängnis Lampertheim verbüßte.¹¹⁴

Griesheimer Philipp

geboren am 12. August 1905 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 30, Lampertheim, KJVD und KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich ab 24. September vermutlich in „Schutzhaft“ für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen.¹¹⁵



Günderoth, Adam

geboren am 12. September 1893 in Lampertheim, Schlosser und Werkmeister, Betriebsrat, 1933 wohnhaft: Riesengasse, Lampertheim; Zentrumspartei, Gemeinderat von 1929 bis 1933 und von 1919 bis 1933 Ortsgruppenvorsitzender im Christlichen Metallarbeiter-Verband. Wegen angeblich abfälliger Äußerungen über die „Regierung der Nationalen Erhebung“ bei einer Ansprache anlässlich eines Vereinsjubiläums des TV Lampertheim in seiner Eigenschaft als Oberturnwart wurde er in der Zeit vom 30. August bis 13. September 1933 in „Schutzhaft“ genommen und war im KZ Osthofen inhaftiert. Von 1946 bis 1960 war er Bürgermeister in Lampertheim und von 1946 bis 1950 als CDU-Abgeordneter Mitglied des Hessischen Landtags. Er verstarb am 24. März 1964 in Lampertheim. Das Adam-Günderoth-Stadion in Lampertheim ist nach ihm benannt.¹¹⁶

Gunkel, Johann (Hans)

geboren am 24. Januar 1910 in Lampertheim, Schreiner, 1933 wohnhaft in Eimsheim, KPD. Am 24. April wurde er für eine unbekannte Zeitdauer in das KZ Osthofen eingeliefert. Am 21. September 1933 erfolgte vor dem Amtsgericht Oppenheim eine

¹¹⁴ Ebd.

¹¹⁵ HStAD HADIS, Online Abfrage 14.10.2013

¹¹⁶ Ebd.

Verurteilung wegen unerlaubten Waffenbesitzes zu einer Haftstrafe von 3 Monaten und 10 Tagen. Mit Beschluss vom gleichen Tag wurden 5 Wochen zur Bewährung ausgesetzt. Im Dezember 1933 bat Johann Gunkel um Strafaufschub, da er nach längerer Arbeitslosigkeit seit dem 18. Dezember 1933 bei der Möbelfabrik Barth in Biblis beschäftigt war und beabsichtigte am 23.12.1933 zu heiraten. Ob der Strafaufschub gewährt wurde ist nicht bekannt. Bekannt ist hingegen, dass Johann Gunkel ab dem 05. Oktober 1935 als „Schutzhäftling“ mit der Häftlingsnummer 8352 im KZ Dachau, Block 5/V, eingesperrt war. Im gleichen Jahr kam sein ältester Sohn zur Welt. Am 24.04.1936 wurde er entlassen. 1939 wurde eine Tochter geboren. Die letzte Eintragung im Melderegister lautet: 25. November 1941 gefallen an der Ostfront.¹¹⁷

Guthier, Georg

geboren am 06. Juli 1883 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 99, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich vermutlich ab 24. September für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹¹⁸

Hahl, Jakob

geboren am 01. Juni 1914 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Sedanstraße 34, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich ab 24. September vermutlich in „Schutzhaft“ für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen.

Hartmann, Jakob Friedrich

geboren am 11. Oktober 1904 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Sedanstraße 23, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und befand sich vom 23. September bis zum 10. Oktober 1933 in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen. Am Neujahrstag, dem 01. Januar 1934, soll er in der Gaststätte „Pfälzer Hof“ geäußert haben: *„Ich sag´ noch tausendmal Rot Front!“* worauf er von einem SA-Mann, wohl einem Nachbarn, angezeigt und zu sechs Wochen „Schutzhaft“ im KZ Osthofen verurteilt wurde.¹¹⁹ Er war Kriegsteilnehmer, galt als vermisst in Russland und wurde nach dem Kriege für tot erklärt.¹²⁰

¹¹⁷ Quelle: KZ-Gedenkstätte Dachau, StAL, NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv

¹¹⁸ Quelle: NS-Dokumentationszentrum, Archiv, Sign.: 14/204

¹¹⁹ Quelle: HStAD, G15, Q276

¹²⁰ StAL

Helfrich, Karl Dr.

geboren am 13. August 1906 in Lampertheim, Physiker (?), 1933 wohnhaft: Ernst-Ludwig-Straße 36; 1936 nach Frankfurt verzogen. Als „politischer Schutzhäftling“ wurde er am 14. September 1943 mit der Häftlingsnummer 71.522 in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Am 25. Februar 1944 erfolgte die Verlegung in das KZ Mauthausen, wo er am 09. März 1944 in Block 2 eingewiesen wurde. Karl Helfrich überlebte das KZ und stellte am 20. Mai 1948 einen Antrag auf Wiedergutmachung als Opfer des Faschismus bei der Bezirksstelle Berlin-Wedding in Berlin.¹²¹

Held, Johann

geboren am 25. Oktober 1886 in Bürstadt, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Jakobstraße 8, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich vermutlich in „Schutzhaft“ für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen.¹²²

Henn, Otto

geboren am 22. September 1896 in Reisenbach/Baden, Schlosser/Former, 1933 wohnhaft: I. Neugasse 87, Lampertheim, KPD. Otto Henn kam mit der ersten Verhaftungswelle von KPD-Mitgliedern im März 1933 in „Schutzhaft“ nach Osthofen. Im Monat Juni oder Juli befand er sich gemeinsam mit Heinrich Kistner und Jakob Köcher wegen politischer Betätigung wiederum in Haft im Polizeigefängnis in Worms. Für diesen Zeitraum erhielten die drei Männer eine Aufforderung zur Zahlung der Verpflegungskosten. Eine dritte Verhaftung erfolgte am 20. September 1933. Nach Verhören in Worms befand er sich ab 24. September vermutlich in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen für einen unbestimmten Zeitraum.¹²³

Herweck, Johannes

geboren am 04. September 1885 in Lampertheim, Arbeiter, verheiratet, 1933 wohnhaft: Luisenstraße 8, Lampertheim, KPD. Von 1925 bis 1929 war er Gemeinderat. 1930 arbeitete Johannes Herweck als Dreher bei Bopp und Reuther in Mannheim und war Betriebsrat. Der Betriebsleitung galt er als „Radikaler“. Um einen Entlassungsgrund zu finden, stellte man über einen längeren Zeitraum einen Zeitnehmer neben ihn, der ihn „abstoppte“. Er wurde dabei nervös und drohte dem Zeitnehmer „er solle besser verschwinden“. Aufgrund dieser Äußerung wurde ihm fristlos gekündigt. Seine Kollegen organisierten eine Sympathiekundgebung auf dem Fabrikhof und verlangten erfolgreich die Rücknahme der Kündigung. Herweck wurde weiter beschäftigt, allerdings auf einem schlechter bezahlten Posten in der Gießerei.

¹²¹ Quelle: Gedenkstätte Sachsenhausen; Datenbank KZ Mauthausen; StAL

¹²² Quelle: NS Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 14/204

¹²³ Ebd.; StA Worms

Hessische Polizeidirektion.
Krim. Pol. Stelle.

Worms, den 19. Aug. 1933.

Die Genannten sind verpflichtet, die entstandenen Auslagen für die Zeit ihrer Haft zu ersetzen, genau wie der Strafgefangene verpflichtet ist, die Kosten seiner Unterhaltung dem Staat zurück zu zahlen.

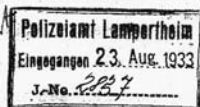
Was Kistner anbelangt so hat er hier nichts bezahlt, er versprach lediglich das Geld hierher zu senden, was aber nicht geschehen ist.

Sollten sich die Herrschaften weigern, freiwillig zu zahlen, so muss es an der Unterstützung abgezogen werden.

B.

H.V.

Dem Polizeiamt



Lampertheim/Rhein

mit dem Ersuchen übersandt, die Haftkosten auf alle Fälle
rücksichtslos einzuziehen.

Worms, den 19. August 1933.
Hessische Polizeidirektion.

K. Müller

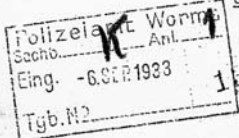
Umseits genannter Verpflegungssatz wurde von den Genannten Kistner, Henn und Köcher erhoben und wurde per Postanweisung der Polizeidirektion Worms, z.H. von Krim.- Inspektor v. Pouillon überwiesen. Die Quittung als Nachweis der Einzahlung ist beigeheftet.

Lampertheim, den 4. September 1933

K. Köcher
Krim.- hauptw.

B /

U. Der Hess. Polizeidirektion



Worms

nach Erledigung ergebenst zurückgereicht.

Lampertheim, den 4. September 1933
Hessisches Polizeiamt

Von den Inhaftierten Henn, Kistner und Köcher wurde für „Kost und Logis“ im
Polizeigefängnis Worms der Tagessatz eingefordert.

Quelle: StAWO

Nach der sogenannten „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten 1933 wurde er fristlos entlassen. Er war arbeitslos und bezog für kurze Zeit Arbeitslosenunterstützung, anschließend erhielt er Krisenunterstützung¹²⁴ und wurde zum Straßenbau verpflichtet. Im März 1933 erfolgte eine erste Verhaftung und Internierung im KZ Osthofen. Am 20. September 1933 wurde er erneut verhaftet und kam nach Verhören in Worms vermutlich in „Schutzhaft“ für eine unbestimmte Zeit in das KZ Osthofen. 1935 fand Herweck wieder eine Anstellung und zwar in der Gießerei der Firma Heinrich Lanz (heute John Deere) in Mannheim. Er verstarb am 15. September 1935 im Alter von fünfzig Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung.¹²⁵

Herweck, Jakob Friedrich

geboren am 11. Oktober 1904 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Sedanstraße 23, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und befand sich ab 23. September für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.

Herweck, Heinrich

geboren am 03. Februar 1910 in Lampertheim, Papierarbeiter, Schiffer, 1933 wohnhaft: „Schönauersiedlung“, damals Mannheim-Sandhofen, Heirat am 29. Juli 1933. Auf Veranlassung der Gestapo wurde Heinrich Herweck am 28. Mai 1938 in das KZ Buchenwald eingeliefert, Häftlingsnummer 4547, Häftlingskategorie ASR. Am 22. Oktober 1938 wurde er zum Gerichtsgefängnis Darmstadt überstellt und von dort am 19. November 1938 zum KZ Buchenwald rücküberstellt. In Buchenwald war Herweck als politischer Häftling mit der Nummer 1759 in Block 37 untergebracht. Am 07. März 1940 erfolgte die Überstellung zum KZ Mauthausen, Häftlingsnummer 1962. Am 25. Mai 1940 war er im KZ Mauthausen/Kommando Gusen inhaftiert, Häftlingsnummer 53. Heinrich Herweck ist am 12. Dezember 1941 im KZ Mauthausen im Alter von 31 Jahren ums Leben gekommen.¹²⁶

4 5 4 7

Herweck, Heinrich ASR
geb. 3.2.10 Lampertheim Rh.
Arbeiter
eingel. 28.5.38

DIN A 6, 2000 S. 49 — (57/14) — 35 657 — 3566

Heinrich Herweck, Einlieferungskartei KZ Buchenwald.
Quelle: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, NS 4 Bu Häftlingsnummernkartei

¹²⁴ Krisenunterstützung gab es schon in der Weimarer Republik, man kann sie in etwa mit dem heutigen Hartz IV vergleichen, die Bezieher mussten gemeinnützige Arbeit leisten

¹²⁵ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 100/1897

¹²⁶ Quelle: ITS Arolsen; Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau Dora

Herweck, Jakob

geboren am 05. Mai 1911 in Lampertheim, Sohn des Johannes Herweck, kaufmännischer Angestellter. 1930 trat Jakob Herweck dem Kommunistischen Jugendverband Deutschland (KJVD) bei und arbeitete in der Verwaltung der KPD-Bezirksleitung Baden in Mannheim. Bis zum KPD-Verbot war er Vorsitzender und politischer Leiter der KJVD-Ortsgruppe Lampertheim. Nach dem Verbot übernahm er die illegale Betreuung der Mitglieder in Nordbaden und lebte illegal in Mannheim. Damit sein Vater aus dem KZ Osthofen frei käme, meldete er sich im März 1933 bei der Polizei in Lampertheim. Sein Vater kam vorerst nach Hause und Jakob Herweck musste sich dreimal täglich bei der Polizei melden. Am 23. April 1933 fand man bei ihm Beitragsmarken der KPD und Marken-Kontrollbücher. Daraufhin wurde er verhaftet und kam für vier Wochen in Untersuchungshaft im Amtsgerichtsgefängnis Lampertheim. Am 24. Mai 1933 verurteilte ihn das Sondergericht Darmstadt zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten, die er in der Hessischen Zellenstrafanstalt Butzbach bis zum 27. November 1933 verbüßte, die Reststrafe wurde ihm zur Bewährung erlassen. Nach der Haftentlassung war Herweck zunächst arbeitslos, fand dann eine Anstellung bei Daimler-Benz in Mannheim. Er arbeitete dort bis zum 26. August 1939, bis zu seiner Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und dem anschließenden Kriegsdienst. Nach Kriegsende und Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Sommer 1945, kehrte er nach Lampertheim zurück. Von 1948 bis 1952 war er Gemeinderat der KPD im Lampertheimer Gemeinderat.¹²⁷

Hilsheimer, Jakob

Geburtsdatum und -ort wahrscheinlich Hofheim. 1933 wohnhaft in Hofheim. Er fand sich vom 05. bis 19. Mai 1933 aus politischen Gründen in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹²⁸

Jäger, Paul Hugo

geboren am 23. Februar 1916 in Abenheim, Kreis Worms, Maler, 1937 wohnhaft: Wilhelmstraße 109, Lampertheim, verheiratet, zwei Kinder, katholisch, KJVD/KPD. Er wurde am 06. April 1937 vorläufig festgenommen, kam in Untersuchungshaft nach Darmstadt und wurde mit sechs weiteren Angeklagten der Vorbereitung eines „hochverräterischen Unternehmens“ bezichtigt. Vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Kassel wurde er in der Sitzung vom 27. September 1937 in Darmstadt wegen Beihilfe zu einem „hochverräterischen Unternehmen“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Kosten des Verfahrens hatte der Angeklagte zu tragen. Sein „hoch-

¹²⁷ Quelle: NS-Dokuzentrum R-P, Archiv, Sign.: 100/1897

¹²⁸ Ebd.

verräterisches Vergehen“ bestand im Wesentlichen im Lesen und Weitergeben der illegalen KPD-Zeitschrift „Junge Garde“. Sein Schwager **Wilhelm Andel**, geboren 1904 in Biblis, KPD, Schuhmacher, der schon im Juni 1933 im KZ Osthofen inhaftiert war, wurde zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt, da er versucht haben sollte in Biblis eine illegale KPD-Gruppe aufzubauen, und die Verteilung verbotener Zeitschriften organisiert haben sollte. Nach Verbüßung der Haftstrafe konnte er zum Teil sein Schuhmachergeschäft weiterbetreiben bis er im Februar 1943 zum Strafbatallion 999¹²⁹ eingezogen wurde. Er geriet im April 1945 in Jugoslawien in Kriegsgefangenschaft, die bis zum Dezember 1946 dauerte. Er ist am 05. Juni 1968 in Lampertheim verstorben.¹³⁰

Ja. 147/37.

14/2

I M N A M E N D E S D E U T S C H E N V O L K E S !

In der Strafsache gegen

- 1.) den Hilfsarbeiter Wilhelm S c h m i t t aus Worms, Judengasse 28, geboren am 8. März 1915 in Worms, ledig, glaubenslos, vorläufig festgenommen am 6. April 1937,
- 2.) den Hilfsarbeiter Ludwig B e e k e r l e aus Biblis, Kornegasse 4, geboren am 8. April 1917 in Gern bei Neu-Weihenau (Kr. Passau), ledig, katholisch, vorläufig festgenommen am 2. April 1937,
- 3.) den Arbeiter Willi B o l l m a n n aus Gernsheim (Kr. Bensheim), Albert Leo Schlageterstr. 41, geboren am 16. Mai 1914 in Biblis, verheiratet, katholisch, vorläufig festgenommen am 6. April 1937,
- 4.) den Friseur Heinrich R e i l i n g aus Biblis, Viktoriastraße 17, geboren am 11. Juni 1913 in Biblis, verheiratet, katholisch, vorläufig festgenommen am 6. April 1937,
- 5.) den Maler Paul J ä g e r aus Lampertheim (Kr. Bensheim), Wilhelmstr. 109, geboren am 23. Februar 1916 in Abenheis, (Kr. Worms), verheiratet, katholisch, vorläufig festgenommen am 6. April 1937,

f ü r R e c h t e r k a n n t :

Die Angeklagten S c h m i t t , B e e k e r l e und A n d e l sind der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, die Angeklagten Bollmann, Reiling, Jäger und Schäder der Beihilfe zu diesem Verbrechen schuldig.

Es werden deshalb verurteilt :

- S c h m i t t zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis,
- B e e k e r l e zu einem Jahr Gefängnis,
- B o l l m a n n zu acht Monaten Gefängnis,
- R e i l i n g zu acht Monaten Gefängnis,
- J ä g e r zu sechs Monaten Gefängnis,
- A n d e l zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren,
- S c h ä d e r zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis.

Sämtlichen Angeklagten wird die erlittene Untersuchungshaft voll auf die erkannte Strafe angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens werden den Angeklagten auferlegt.

Urteil des Oberlandesgericht Kassel am 27.9.1937 gegen Paul Jäger aus Lampertheim wegen Hochverrat zu 6 Monaten Gefängnis.

Quelle: Wolfgang Form, Dokumentationszentrum Kriegsverbrecherprozesse, Uni Marburg

¹²⁹ Korrekter wäre Strafddivision 999, da die Gesamtstärke dieses Verbandes etwa 37.000 Mann betrug. Eingezogen wurden „Wehrunwürdige“, das war jeder, der eine Zuchthausstrafe verbüßt hatte od. „Kriegstäter“, z.B. Befehlsverweigerer, war. Quelle: Wikipedia, Online Abfrage 10.01.2014

¹³⁰ Quelle: Wolfgang Form (Uni Marburg): Anklageschrift; Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, E-Mail 15.01.2014

Jatzek, Mathilde, geb. Hartmann

geboren 1907 in Lampertheim, Arbeiterin, 1933 wohnhaft in Mannheim-Sandhofen, KPD. In Mannheim-Sandhofen versuchten Richard und Mathilde Jatzek, nach der Verhaftungswelle im Frühjahr 1934 die KPD-Ortsgruppe neu aufzubauen. Mathilde Jatzek verteilte die Broschüre „Roter Kampfmai 1934“. Sie wurde 1934 vom Sondergericht Mannheim zu einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Ihr Mann **Richard Jatzek** geboren 1906, wurde 1942 als Mitglied einer Mannheimer Widerstandsgruppe, der Lechleiter-Gruppe, zum Tode verurteilt und starb am 24. Februar 1943 in Stuttgart unter dem Fallbeil. Mathilde Jatzek verstarb 1975 vermutlich in Mannheim.¹³¹

Karb, Adam

geboren am 13. September 1909 in Lampertheim, Fabrikarbeiter, 1933 wohnhaft: Weinheimer Weg. Er soll im Juni 1933 einem Kommunisten, der sich kritisch über den Reichstagsbrand geäußert hatte, verbal Beistand geleistet haben, indem er zu beschwichtigen versuchte (siehe auch: Knappe, Albert) und wurde angezeigt. Aus diesem Grunde kam er am 17. Juni 1933 in Untersuchungshaft. Das Sondergericht Darmstadt verurteilte ihn am 07. Juli 1933 wegen Vergehens gegen die „VO zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen, die durch die Anrechnung der Untersuchungshaft als verbüßt galt.¹³²

Kistner, Heinrich

geboren am 17. Dezember 1906 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 20, Lampertheim, KPD. Er befand sich im Juni oder Juli 1933 zusammen mit Otto Henn und Jakob Köcher wegen politischer Betätigung im Polizeigefängnis Worms. Am 20. September 1933 wurde er erneut verhaftet und kam bis zum 24. September in das KZ Osthofen in „Schutzhaft“. Vom 25. September an war er gemeinsam mit Philipp Bertel, Mathias Metzger, Johann Krämer und Friedrich Glück im Landgerichtsgefängnis Darmstadt in Untersuchungshaft wegen eines angeblichen Mordanschlages. Das Strafverfahren wurde am 24. November 1933 eingestellt. Er wurde aus der Strafhaft entlassen und in das KZ Osthofen verbracht, von wo er am 20. Dezember 1933 entlassen wurde.¹³³

Kleber, Georg

geboren am 18. September 1900 in Lampertheim, Friseur, 1933 wohnhaft: Sedanstraße 1, Lampertheim, KPD. Er befand sich vom 16. März bis 01. Mai 1933 und

¹³¹ Quelle: GLAK; vgl. Matthias, Weber S. 283, 305, 486

¹³² Quelle: HSta Darmstadt

¹³³ Quelle: NS-Dokuzentrum R-P, Archiv, Sign.:14/204

wiederum vom 23. September bis 07. November 1933 in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen. Bei seiner Festnahme am 20. September 1933 wurde er im Polizeigefängnis Worms schwer misshandelt und kam nach der Verlegung nach Osthofen 14 Tage in verschärften Arrest (siehe auch: „Die Ausschaltung des politischen Gegners“). In Osthofen musste er die anderen Gefangenen rasieren und ihnen die Haare schneiden. Er nahm als Feldwebel am Zweiten Weltkrieg teil und starb am 09. April 1945 im Reserve-Lehr-Lazarett Eilenburg bei Leipzig angeblich an den Folgen eines Krebsleidens. Seine Frau verlangte Einsichten in die Krankenunterlagen, da ihr Mann vorher nie krank gewesen sei.¹³⁴

Kleber, Johann

geboren am 11. Juli 1905 in Lampertheim, wahrscheinlich ein Bruder des Vorgenannten, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 85, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich vermutlich vom 24. September an für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹³⁵

Knappe, Adam

geboren am 23. Februar 1908 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 88, Lampertheim, KPD. Er wurde am 23. September 1933 aufgrund eines Haftbefehls des Amtsgerichts Lorsch festgenommen und in das Landgerichtsgefängnis Darmstadt eingeliefert. Bei einer Auseinandersetzung mit Nationalsozialisten am 22. Oktober 1931, an der auch Roman Rampp beteiligt war, verletzte er einen der Kontrahenten durch einen Schuss. Für dieses Delikt wurde er am 17. Februar 1932 vom Schöffengericht Darmstadt wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Nun versuchten die neuen Machthaber ihm und Roman Rampp einen Mordversuch zur Last zu legen. Es kam zu keiner Verurteilung, das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt und er wurde am 03. Oktober 1933 aus der Haft entlassen.

Knappe, Albert

geboren am 05. September 1906 in Lampertheim, Fabrikarbeiter, 1933 wohnhaft: Weinheimer Weg, KPD. Er befand sich mit der ersten Verhaftungswelle gegen den politischen Gegner vom 16. März bis zum 01. Mai 1933 im KZ Osthofen in „Schutzhaft“. Anfang Juni 1933 soll er sich in Lampertheim kritisch über den Reichstagsbrand geäußert haben und wurde denunziert. Deswegen wurde er am 15. Juni verhaftet und kam am 17. Juni 1933 in Untersuchungshaft nach Darmstadt. Das Sondergericht Darmstadt verurteilte ihn am 07. Juli 1933 zu einer Gefängnisstrafe von acht

¹³⁴ Quelle: HStAD; NS-Dokuzentrum R-P, Archiv, Sign.: 14/204

¹³⁵ Ebd.

Monaten wegen Vergehens gegen die „VO zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der Nationalen Erhebung“ (siehe auch: Karb, Adam). Die Strafe verbüßte er bis zum 21. Februar 1934 in der Hessischen Zellenstrafanstalt Butzbach.¹³⁶

Köbel, Hans

geboren am 28. April 1913 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 59, Lampertheim, KJVD/KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich vermutlich vom 24. September an für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹³⁷

Köcher, Jakob

Geburtsdatum und -ort unbekannt, KPD, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 71, Lampertheim. Er befand sich im Monat Juni oder Juli gemeinsam mit Otto Henn und Heinrich Kistner wegen politischer Betätigung im Polizeigefängnis Worms.¹³⁸

Krämer, Johann

geboren am 11. Oktober 1909 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Weinheimer-Weg, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und befand sich vom 25. September bis 24. November 1933 gemeinsam mit Philipp Bertel, Mathias Metzger, Heinrich Kistner und Friedrich Glück wegen eines angeblichen Mordanschlags im Landgerichtsgefängnis Darmstadt in Untersuchungshaft. Das Strafverfahren wurde am 24. November eingestellt, die Gefangenen aus der Strafhaft entlassen und in das KZ Osthofen verbracht, von wo sie am 20. Dezember entlassen wurden.¹³⁹

Kretschmar, Ernst

geboren am 08. September 1887 in Lampertheim, Kaufmann, Angestellter beim Reichsarbeitsministerium, Betriebsrat und Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, KPD. 1933 wohnhaft: Blücherstraße 8, Lampertheim. 1929 wurde er in den Gemeinderat gewählt und 1932 zum Ersten Beigeordneten. Im März 1933 wurde er als Beigeordneter abgesetzt und am 17. Mai 1933 auf Grund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 07. April 1933 fristlos entlassen. Was er bis 1937 beruflich tat ist nicht bekannt. Ab 01. August 1937 arbeitet er als Angestellter der Barmer Ersatzkasse. Vom 15. Oktober 1945 bis zum 31. März 1946 war er Bürgermeister von Lampertheim. Er ist am 04. Februar 1967 in Mannheim verstorben.¹⁴⁰

¹³⁶ Quelle: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv

¹³⁷ Quelle: Ebd. Sign.: 85/1593

¹³⁸ Quelle: StA Worms

¹³⁹ Quelle: HStAD G 15/Q 291

¹⁴⁰ Quelle: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, E-Mail 15. 01. 2014

Kronauer, Jakob

geboren am 01. März 1899 in Lampertheim, Tischler, wohnhaft: 2. Neugasse 35, wahrscheinlich verzogen nach Johannisburg/Ostprenußen, fragliche KPD-Mitgliedschaft. Er wurde durch die Stapo Ziechenau/Schröttersburg (Ciechanow) als „politischer Schutzhäftling“ am 06. Dezember 1941 mit der Häftlingsnummer 23.774 in das KZ Auschwitz deportiert. Vom 22. Mai bis 08. Juni befand er sich in Block 11 in Arrest. Am 15. Februar 1945 wurde er vom KZ Gross Rosen/Polen in das Außenkommando Hersbruck des KZ Flossenbürg mit der Haftnummer 85.074 überstellt. Nach der Befreiung am 23. April 1945 kehrte Jakob Kronauer im Juni 1945 nach Lampertheim zurück.¹⁴¹

Lawall, Johann Jakob

geboren am 10. April 1880 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Friedrichstraße 4, Lampertheim, KPD und KPD-Gemeinderat von 1929 bis 1933. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und befand sich nach Verhören in Worms vermutlich ab 24. September für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.

Lawall, Heinrich

geboren am 26. Juni 1914 in Lampertheim, wahrscheinlich Sohn des Vorgenannten, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Friedrichstr. 4, Lampertheim, KJVD/KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und befand sich nach Verhören in Worms vermutlich vom 24. September an für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁴²

Leonhardt, Konrad

geboren am 10. Dezember 1898 in Lampertheim, Religion: gottgläubig¹⁴³, verwitwet, Beruf Heizer und Maschinist, wohnhaft: Rheinfeld 3, in Wiesbaden-Biebrich. Auf einer polizeilichen Karteikarte ist unter dem Datum 02. April 1931 vermerkt: „*L. ist Mitglied der Antifa*“ [wahrscheinlich 'Kampfbund gegen den Faschismus']; die Gestapo Frankfurt/M. vermerkte unter dem Datum 26. September 1940: „*L. wurde für das Arbeitsamt Wiesbaden überprüft. Er soll als Bauhilfsarbeiter bei der Firma Deutsche Bau AG in Wilhelmshaven Verwendung finden. L. ist ungeeignet aus Gründen der Staatssicherheit.*“ Unter dem Datum 22. August 1941 ist zu lesen: „*L. wurde wegen Arbeitsversäumnis staatspolizeilich gewarnt.*“ Am 20. Januar 1943 wurde Konrad Leonhardt in das KZ Natzweiler eingeliefert, Häftlingsnummer 2143, Häftlingskategorie BV (Befristete Vorbeugehaft /Berufsverbrecher). Am 16. September 1943 wurde er zum KZ Buchenwald überstellt, Häftlingsnummer 17.583. Von

¹⁴¹ Quelle: Gedenkstätte Auschwitz; ITS Arolsen

¹⁴² Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 85/1593 (Lawall,J.J. und H.)

¹⁴³ Wer nicht der evangelischen, israelitischen [jüdischen] oder katholischen Gemeinde angehörte, sondern z.B. den Baptisten, bei dem wurde im Geburtsregister unter Konfession „gottgläubig“ eingetragen

dort wurde er am 03. Januar 1944 in das Außenlager Kommando Mittelbau-Dora verschleppt. Dort ist Konrad Leonhardt am 18. Januar 1944 um 14:15 Uhr verstorben, offizielle Todesursache: „Lungenentzündung links“.¹⁴⁴

Lösch, Jakob

Geburtsdatum und -ort unbekannt, wahrscheinlich Hofheim, 1933 wohnhaft: Hofheim. Er befand sich als politischer Gegner vom 05. bis 19. Mai 1933 in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen. Es könnte sich hier um Jakob Lösch, geboren am 09. August 1886 in Hofheim, von Beruf Schlosser und Funktionär der SPD und der Eisernen Front handeln. Diese Vermutung lässt sich aus den Quellen nicht sicher belegen.¹⁴⁵

Marquard, Hugo

geboren am 17. Dezember 1901 in Ludwigshafen-Friesenheim, Schlosser, verheiratet, ein Kind, 1933 wohnhaft: Weinheimer Weg, KPD. Hugo Marquard wurde während der ersten Verhaftungswelle vom 12.04.1933 für einige Wochen im KZ Osthofen in „Schutzhaft“ genommen. Im August wurde Marquard von einem „befeundetem“ Nachbarn angezeigt. Er sollte sich diesem gegenüber in den letzten Wochen mehrmals abfällig über die Zustände im KZ Osthofen und über die Regierung geäußert haben. Und er sollte sich beklagt haben, dass die Frau dieses Nachbarn bei der Hausarbeit zu laut das „Horst-Wessel-Lied“ singen würde. Am 18. August 1933 kam er in Untersuchungshaft und wurde vom Sondergericht Darmstadt am 07. September 1933 wegen Vergehens gegen die „Heimtücke VO“ zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Marquard verbüßte die Strafe vom Zeitpunkt der Verurteilung bis zum 23. Oktober 1934 und dann vom 25. Januar 1935 bis zum 16. Juli 1935 in der Hessischen Zellenstrafanstalt in Butzbach. In dem dazwischen liegenden Zeitraum befand sich Hugo Marquard, laut eigener Aussage nach dem Krieg, wegen eines Nervenzusammenbruchs in der Landesheil- und



Häftlingskartei KZ Buchenwald von Konrad Leonhardt, Sterbedatum 18.1.44, Dora.

Quelle: THSta Weimar NS 4 Bu Häftlingsnummerkartei

¹⁴⁴ Quelle: ITS Arolsen; KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

¹⁴⁵ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv; HStAD G 15, Q 99

Pflegeanstalt Gießen. Seine Frau stellte am 14. Mai 1935 ein Gnadengesuch an den „Führer und Reichskanzler A. Hitler“.¹⁴⁶

— **Hessisches Sondergericht in Darmstadt.** Der 23-jährige Schlosser **Hugo Marquardt**, dessen böses Mundwerk in Lampertheim bekannt ist, hat in der verletzendsten Weise die Nationalsozialisten und ihren Führer — seine politischen Gegner — verleumdet. Wegen Gefährdung der Staatsicherheit war während der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Sondergericht verurteilte ihn zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis.

LZ 08.09.1933

Mehring, Georg

geboren am 20. April 1897 in Lindenfels, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 85, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und befand sich nach Verhören in Worms vermutlich ab dem 24. September in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.

Mehring, Jakob

geboren am 09. Juni 1900 in Lindenfels, wahrscheinlich Bruder des Vorgenannten, Schlosser, 1933 wohnhaft: Römerstraße 85, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich ab 24. September vermutlich in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁴⁷

Metzger, Mathias

geboren am 22. Mai 1903 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: I. Neugasse 55, Lampertheim, KPD. Auf Grund seiner politischen Einstellung befand sich Mathias Metzger vom 02. Mai 1933 bis zum 03. Juli 1933 im KZ Osthofen. Am 20. September 1933 erfolgte die erneute Verhaftung und die Einlieferung in das Polizeigefängnis Worms, von wo er am 25. September gemeinsam mit Philipp Bertel, Heinrich Kistner, Johann Krämer und Friedrich Glück in das Landgerichtsgefängnis Darmstadt verlegt wurde. Ein Verfahren wegen eines angeblichen Mordversuches wurde am 24. November 1933 eingestellt und die Gefangenen aus der Strafhaft ent-

¹⁴⁶ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv; StAL

¹⁴⁷ Quelle: Ebd. Sign.: 85/1593 Mehring Georg und Jakob

lassen. Alle, außer Bertel, wurden in das KZ Osthofen zurückverlegt und dort am 20. Dezember 1933 entlassen.¹⁴⁸

Mrosko, Heinrich jun.

geboren am 08. Oktober 1907 in Lampertheim, Heirat am 22. Juli 1929 in Landsberg/Lech, KPD, Mitglied im „Kampfbund gegen den Faschismus“. Von Februar bis März 1933 befand er sich in Landsberg in „Schutzhaft“. Näheres ging aus den Quellen nicht hervor.¹⁴⁹

Münch, Johann

geboren am 25. Dezember 1894 in Lampertheim, Hilfsarbeiter, 1933 wohnhaft: Steilachstrasse 1, Bürstadt. Er war Funktionär des Freidenkerverbandes und Vorsitzender der KPD Bürstadt. Anfang März 1933 waren bei einer Hausdurchsuchung zahlreiche KPD-Broschüren und Büromaterialien beschlagnahmt worden. Vom 19. April bis zum 01. Mai 1933 befand er sich in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen auf Grund seiner politischen Betätigung. In dieser Zeit wurde er misshandelt und erlitt u.a. bleibende Zahnschäden. Wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat war er wohl im Anschluss daran bis zum 25. August 1933 in Untersuchungshaft in Darmstadt. Am 07. Mai 1937 wurde er erneut verhaftet und befand sich bis zum 09. Juni 1937 in Haft, da er im Verdacht stand 1934 [sic] ein „Rundschreiben, das die kommunistische Jugend betraf“ erhalten zu haben. Näheres zum Haftort war aus den Quellen nicht zu erfahren. Johann Münch verstarb am 22. März 1965 in Bürstadt.¹⁵⁰

Münch, Ludwig

geboren am 02. April 1901 in Lampertheim, Koch, Konditor, ledig. Er befand sich am 05. Dezember 1940 im Strafgefangenenlager VII Esterwegen bei Papenburg. Der Haftgrund geht aus den Quellen nicht hervor, aber es sollte ihm ein typisches Häftlingsschicksal bevorstehen: Am 05. Januar 1943 wurde er in das KZ Natzweiler eingeliefert mit der Haftnummer 14.881, von wo er am 05. März 1943 zum KZ Dachau überstellt wurde mit der Häftlingsnummer 45.098. Dort kam er in das Außenkommando München-Allach, ein SS Arbeits- und Krankenlager. Am 20. März 1943 wurde er ins KZ Dachau-Hauptlager überführt. Rücküberstellt zum KZ Natzweiler wurde er am 12. Mai 1944 und kam dort am 02. August 1944 in das Außenkommando Markirch. Am 07. August 1944 erfolgte die Rücküberstellung in das KZ Natzweiler-Hauptlager. Wahrscheinlich im Rahmen der Evakuierung des KZ Natzweiler, wurde er am 04. September 1944 zum KZ Dachau verlegt, Häftlingsnummer 98.195. Dort wurde er am 01. Oktober 1944 dem Außenkommando Riederloh zu-

¹⁴⁸ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv

¹⁴⁹ Quelle: Bundesarchiv: DY55/V287/108, Quelle VVN

¹⁵⁰ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv

geteilt. Rücküberstellt zum KZ Dachau-Hauptlager wurde er am 07. November 1944. Am 12. Dezember 1944 erfolgte die Verlegung zum KZ Buchenwald, Häftlingsnummer 49.733, und am 20. Januar 1945 die Überstellung zum Außenkommando Bad Salzungen. Seit dem 10. März 1945 war er von dort flüchtig. Er wurde in den KZs unter verschiedenen Kategorien geführt: „politische Schutzhaft, BV, polizeiliche Sicherungsverwahrung“. Wie aus den Quellen zu schließen ist, wurde er als Versuchsperson bei medizinischen Versuchen missbraucht. 1946 lebte Ludwig Münch wieder in Lampertheim in der Friedhofstraße 4 ½. Am 04. Mai 1948 verstarb Ludwig Münch im Gefangenenhospital Marburg.¹⁵¹

Münzenberger, Jakob

geboren am 29. Februar 1901 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Alicestraße 1, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, kam zum Verhör nach Worms und anschließend für eine unbestimmte Zeit vermutlich in „Schutzhaft“ in das KZ Osthofen.¹⁵²

Munk, Hugo

geboren am 09. Mai 1901 in Krautheim/Krs.Buchen, Religion israelitisch, verheiratet, KPD. Er war Bäcker und staatlich geprüfter Graphologe und arbeitete als selbständiger Graphologe. Er wohnte seit 1931 in Lampertheim in der Moltkestraße 21 bei seinem Bruder Berthold und verzog 1934 nach Mannheim in die Heinrich-Lanz-Straße 36. Ab 08. März 1936 war er wegen seiner politischen Einstellung einige Zeit im KZ Kislau in der Nähe von Bruchsal interniert. Am 20. Juni 1938 wurde er von der Gestapo Mannheim im Rahmen der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ (siehe Kapitel KZ-System) verhaftet und durch die Staatspolizei Stuttgart wurde am 23. Juni 1938 Schutzhaft angeordnet, u.a. wegen Gewerbevergehens und Bettelei.¹⁵³ Am 07. Juli 1938 kam er von Mannheim aus in das KZ Dachau, Kategorie „AZR J“ (Arbeitszwang Reich Jude). Am 23. September wurde er in das KZ Buchenwald überstellt mit der Häftlingsnummer: 9488/2101 und wurde dort in der inzwischen in „ASR/J“ (Arbeitsscheu Reich/Jude) umbenannten Kategorie geführt. Im KZ Buchenwald ist er dann umgekommen. Todesdatum: 05. Januar 1940, 6:30 Uhr.¹⁵⁴

Oberfeld, Georg

geboren am 15. November 1885 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Alicestraße 47, KPD (siehe auch Lott, Heinrich, Kapitel III). Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich anschließend

¹⁵¹ Quellen: ITS Arolsen; KZ-Gedenkstätte Dachau

¹⁵² Quelle: NS-Dokuzentrum R-P, Archiv, Sign.: 85/1593

¹⁵³ Da Hugo Munk sein selbständiges Gewerbe offiziell nicht mehr ausüben durfte, musste er zwangsläufig mit dem „Gesetz“ in Konflikt kommen

¹⁵⁴ Quelle: GLA Karlsruhe, Sign.: 480 Nr. 31142

vermutlich im KZ Osthofen in „Schutzhaft“ für einen unbestimmten Zeitraum. Er ist am 14. Juni 1966 in Heppenheim verstorben.¹⁵⁵

Ohl, Peter

Geburtsdatum und -ort unbekannt, 1933 wohnhaft: Mathildenstraße 6, Lampertheim, KPD. Er wurde am 10. Juni 1933 für einen unbekanntem Zeitraum in das KZ Osthofen eingeliefert.¹⁵⁶

Rampp, Roman

geboren am 04. Juni 1907 in Memmingen, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Haus 1, Lampertheim-Neuschloß, KPD. Er wurde aufgrund eines Haftbefehls des Amtsgericht Lorsch am 23. September 1933 festgenommen und in das Landgerichtsgefängnis Darmstadt eingeliefert. Er war an einer Auseinandersetzung mit Nationalsozialisten beteiligt, die in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1931 auf der Straße zwischen Lorsch und Heppenheim stattgefunden hatte. Rampp war am 17. Februar 1932 vom Schöffengericht Darmstadt in dieser Sache wegen Landfriedensbruch verurteilt worden. Nun, 1933, ermittelten die Behörden gegen ihn und Adam Knappe wegen angeblichen „Mordversuchs“. Es kam zu keiner Verurteilung, das Verfahren wurde eingestellt und er wurde am 03. Oktober 1933 aus der Haft entlassen (siehe auch Knappe, Adam).¹⁵⁷

Redig, Jakob

geboren am 25. Februar 1901 in Lampertheim, Händler, 1933 wohnhaft: Alicestraße 35, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und zum Verhör nach Worms gebracht, anschließend befand er sich vermutlich im KZ Osthofen in „Schutzhaft“ für einen unbekanntem Zeitraum.¹⁵⁸

Rosenberger, Johann V

geboren in Lampertheim, Maschinenformer, 1933 wohnhaft in Lampertheim, SPD. Er befand sich im April/Mai 1933 in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁵⁹

Rupp, Philipp

geboren am 03. Oktober 1908 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Schulgasse 2, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und zum Verhör nach Worms gebracht, anschließend befand er sich vermutlich im KZ Osthofen für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“.¹⁶⁰

¹⁵⁵ Quelle: NS-Dokuzentrum R-P, Archiv

¹⁵⁶ Ebd.; vgl. auch: Grünewald 1979, S. 48

¹⁵⁷ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv

¹⁵⁸ Ebd., Sign.: 85/1593

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Ebd.

Sänger, Heinrich

Geburtsdatum und -ort unbekannt, wahrscheinlich Hofheim, Dreher. 1933 wohnhaft: Schulstraße 3, Hofheim. Er befand sich vom 05. bis 19. Mai 1933 als politischer Gegner in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁶¹

Schlappner, Ludwig IV

geboren am 28. Dezember 1900 in Lampertheim, wahrscheinlich handelt es sich um Ludwig IV, Schlosser, 1933 wohnhaft: Bismarckstraße 54, Lampertheim. Schlappner befand sich im Mai 1933 im KZ Osthofen und musste mit Alfred Thierbach das KZ-Schild anfertigen.¹⁶²

Schlatter, Ludwig

geboren am 08. August 1902 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Alicestraße 44, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich anschließend vermutlich im KZ Osthofen für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“.¹⁶³

Schmitt, Adam

geboren in Lampertheim, Fabrikarbeiter, 1933 wohnhaft in Lampertheim. Von 1925 bis 1933 Mitglied des Gemeinderats für die Zentrumspartei. Nach der sogenannten „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten wurde er vorübergehend verhaftet und im KZ Osthofen inhaftiert. Der vermutliche Grund war die Unterstützung des KPD-Kandidaten Ernst Kretschmar bei der Beigeordnetenwahl im März/April 1932 gegen den NSDAP/DVP-Kandidaten. Von 1946 bis 1948 war er CDU-Gemeinderat. (siehe auch Günderoth, Adam)

Schühle, Friedrich

geboren am 14. November 1902 in Lampertheim, Schlosser, 1933 wohnhaft: Falterweg 10, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet und zum Verhör nach Worms gebracht, anschließend befand er sich vermutlich im KZ Osthofen für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“.¹⁶⁴

Stahl, Ernst

geboren in Worms, verheiratet, 1933 wohnhaft: Lache, Lampertheim, KPD-Mitglied bis zu seinem Zuzug nach Lampertheim. In einer Urteilsbegründung des Landgericht Mainz aus dem Jahr 1950 gegen Philipp Mink wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit wird folgendes ausgeführt, Auszug: „*Ernst Stahl kam um 1928, da-*

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Ebd.

¹⁶⁴ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 85/1593

mals erwerbslos, nach Lache, pachtete ein Stück Land und begann eine Fisch- und Wassergeflügelzucht. Seinen Nachbar Philipp Mink, der einige Zeit zuvor ebenfalls aus Worms zugezogen war und eine Hühner- und Kleintierzucht betrieb, und ihn verband anfangs ein freundschaftliches Verhältnis. Da Stahl wirtschaftlich schneller vorwärts kam als sein Nachbar, kam es zu Streitigkeiten und Anfeindungen. Philipp Mink bat einen Wormser Freund, der SS-Mitglied war, um Hilfe und so kamen in der Nacht vom 07. auf den 08. März 1933 etwa dreißig uniformierte SS-Männer in die Lache, um Ernst Stahl, als ehemaligem Kommunisten, einen Denkkzettel zu verpassen. Die SS-Männer legten Stahl eine Schlinge um den Hals und zogen diese zu und drohten ihn aufzuhängen, ließen dann aber von ihm ab. Einige Zeit später kam er [Stahl] für drei Wochen ins KZ Osthofen (vermutlich im Juli/August 1933). In der Nacht vom 26. auf den 27. August 1933, als Stahl auf Geräusche hin vor die Tür trat, feuerten SS-Männer mehrere Schüsse ab, die zum Teil den Türrahmen trafen. Da die Polizei sich nicht um seinen Schutz kümmerte und er sich in der Gegend nicht mehr sicher fühlte, verkaufte er einen großen Teil seiner Habe und zog mit dem Rest in Begleitung seiner Frau wieder nach Worms.“ Das Strafverfahren gegen Mink wurde auf Grund des Amnestiegesetzes vom 31. Dezember 1949 eingestellt.¹⁶⁵

Stollhofer, Philipp

geboren am 01. Mai 1902 in Lampertheim, Fabrikarbeiter, ledig, evangelisch, seit 1927 Mitglied der SPD und ab 1930 im Fabrikarbeiterverband, 1933 wohnhaft: Friedrichstraße 17, Lampertheim. Er wurde im Juli 1935 wegen „Verleumdung der Hitlerregierung“ zu sechs Wochen Haft verurteilt, die er in Darmstadt verbüßte. Danach wurde er am 15. August 1935 als „politischer Schutzhäftling“ in das KZ Dachau eingeliefert, Häftlingsnummer 7899, dort befand er sich ab dem 17. Dezember in Kommandanturarrest. Am 01. Oktober 1936 wurde er aus der KZ-Haft entlassen. Seine erneute Einlieferung in das KZ Dachau erfolgte am 13. Februar 1937, Häftlingsnummer 11.445. Am 27. September 1939 wurde er zum KZ Mauthausen überstellt und von dort am 18. Februar 1940 zum KZ Dachau rücküberstellt, Häftlingsnummer 234. Entlassen aus dem KZ Dachau wurde er am 20. April 1943. Im Anschluss wurde er in das Strafbataillon 999 eingezogen. Nach Kriegsende verbrachte er noch fünf Monate in englischer Kriegsgefangenschaft und kehrte dann nach Lampertheim zurück. Hier ist er am 28. Juli 1966 verstorben.¹⁶⁶

¹⁶⁵ Quelle: Landesarchiv Speyer, Bestand J 76; E-Mail von Gedenkstätte KZ Osthofen vom 09.07.2013

¹⁶⁶ Quelle: KZ Gedenkstätte Dachau; ITS Arolsen; Standesamt Lampertheim; Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, E-Mail 15. 01. 2014

Stumpf, Philipp

geboren am 12. Juni 1881 in Mannheim, Invalide, 1933 wohnhaft: Peterstraße 3, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich anschließend vermutlich für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen in „Schutzhaft“.¹⁶⁷

Thierbach, Alfred

geboren am 14. Dezember 1893 in Lampertheim, Mechanikermeister, 1933 wohnhaft: Römerstraße 99, Lampertheim, KPD. Er befand sich im Mai 1933 im KZ Osthofen und musste zusammen mit Schlappner das KZ-Schild anfertigen.¹⁶⁸

Thomas, Albert

Geburtsdatum und -ort unbekannt, wahrscheinlich Hofheim, Zimmermann, 1933 wohnhaft: Schulstraße 3, Hofheim. Er befand sich vom 05. bis 19. Mai 1933 als politischer Gegner in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen.¹⁶⁹

Vollmann, Lina, geb. Schröder

geboren am 12. Juli 1913 in Lampertheim, Friseurin, Heirat am 21. September 1935 in Mannheim. Sie befand sich vom 28. Dezember 1942 bis April 1945 als „politischer Schutzhäftling“ mit der Häftlingsnummer 27.863, im KZ Auschwitz. Die Unterlagen legen die Vermutung nahe, dass sie Opfer medizinischer Versuche geworden sein könnte. Am 13. Juli 1945 kam sie nach Lampertheim in die elterliche Wohnung Rheinstraße 52 zurück und verzog im Jahr 1950 nach Kitzingen.¹⁷⁰

Vollmer, Andreas

geboren am 21. März 1879 in Verden, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Friedhofstraße 9, Lampertheim, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich anschließend vermutlich im KZ Osthofen für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“.¹⁷¹

Westmeier, Maria, geb. Weis

geboren am 16. Mai 1898 in Lampertheim, katholisch. 1931 heiratete sie und verzog nach Korbach, Entengasse 7. Am 27. April 1944 wurde sie von der Gestapo Kassel in das Arbeitserziehungslager Breitenau eingeliefert, Gefangenenbuch-Nr. 352, Kategorie: „Schutzhäftling“. Vom AEL Breitenau wurde sie am 17. Mai 1944 zur

¹⁶⁷ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 85/1593¹⁶² Ebd.

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁰ Quelle: StAL Meldekarte; Bescheinigung als politisch Verfolgte Sign.: XIII; ITS Arolsen

¹⁷¹ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv, Sign.: 85/1593

Gestapo Kassel rücküberstellt. Über die Haftgründe war aus den Quellen nichts zu erfahren. Sie ist am 31. Oktober 1953 in Korbach verstorben.¹⁷²

Weyand, Alfred

geboren am 23. Juni 1886 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Flachbauten, Rheinstraße, KPD. Er wurde am 20. September 1933 verhaftet, zum Verhör nach Worms gebracht und befand sich anschließend vermutlich im KZ Osthofen für unbestimmte Zeit in „Schutzhaft“.¹⁷³

Winterstein, Konrad

geboren am 31. Oktober 1906 in Lampertheim, sein Wohnort 1933 ist nicht bekannt. Er wurde am 04. November 1944 mit der Häftlingsnummer 42.229 in das KZ Buchenwald eingeliefert und unter differierenden Häftlingskategorien registriert: „Politisch“, „ASR“. Später wurde er nach Ohrdruf überstellt, dort befand sich unter dem Codename S III eines der gefürchtetsten Außenlager Buchenwalds. Hier verstarb er am 06. März 1945 im Alter von 38 Jahren, offizielle Todesursache: „Herzschwäche bei Darmkatarrh“.¹⁷⁴

Zintel, Heinrich

geboren am 09. Januar 1887 in Lampertheim, Arbeiter (vermutlich Bahnarbeiter), 1933 wohnhaft: Lindenstraße 63, Hofheim, vermutlich KPD. Er befand sich wegen politischer Gegnerschaft vom 05. bis 19. Mai 1933 im KZ Osthofen. Am 23. April 1936 wurde er wegen eines angeblichen Diebstahls in das Gefängnis Mainz eingeliefert, Gefangenenbuchnummer 295 und am 04. Juni 1936 nach Marienzell(?)¹⁷⁵ überführt. Am 27. Mai 1943 kam er in das KZ Mauthausen, Häftlingsnummer 30.042, Häftlingskategorie „SV Sicherheitsverwahrung“. Dort kam er ums Leben und zwar am 14. September 1943 um 7:00 Uhr, offizielle Todesursache: „Bronchopneumonie“, wie im Totenbuch von Mauthausen vermerkt ist.¹⁷⁶ Wie lange er sich im Gefängnis befand und was er in der Zeit bis zu seiner Einlieferung in das KZ Mauthausen machte oder ob er nach Verbüßung der Strafe unmittelbar in Sicherheitsverwahrung kam, war aus den Quellen nicht zu erfahren.

¹⁷² Quelle: NS-Dokuzentrum R-P, Archiv, E-Mail Gedenkstätte KZ Breitenau vom 25.02.2013, Standesamt Lampertheim

¹⁷³ Quelle: NS-Dokuzentrum R-P, Archiv, Sign.: 85/1593

¹⁷⁴ Quelle: Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora

¹⁷⁵ Wahrscheinlich handelt es sich hier um einen Schreibfehler in dem Gefangenenbuch und es ist das Gefängnis Marienschloß bei Rockenberg gemeint

¹⁷⁶ Quelle: ITS Arolsen; Gedenkstätte Mauthausen

Exkurs 1

Dass es trotz der Gefahr für die eigene Person Menschen gab, die Zivilcourage zeigten und versuchten zu helfen, dafür sei **Johann Laubner** genannt. Da er in Lampertheim verstorben war, geriet er in den zu ermittelnden Personenkreis: Johann Laubner war am 21. Juni 1893 in Biblis geboren, katholisch und von Beruf Schreiner. Er nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil, aus dem er mit einer Kriegsbeschädigung, einer Handverletzung, zurückkam. Er lebte weiterhin in Biblis und trat in den 1920er Jahren der KPD bei. Aufgrund seiner Parteizugehörigkeit wurde er als politischer Gegner am 05. Mai 1933 in „Schutzhaft“ genommen und befand sich für unbestimmte Zeit im KZ Osthofen. Während des zweiten Weltkrieges arbeitete er in der Küche der Firma Opel in Rüsselsheim und versorgte griechische Zwangsarbeiter mit Nahrungsmitteln. Er wurde denunziert und verhaftet. Vom 14. April bis 18. Juli 1944 befand er sich in Darmstadt in Haft. Vom Sondergericht Darmstadt wurde er am 07. Juni 1944 wegen Verbrechens gegen § 2 der „Volksschädlingsverordnung“ vom 05. September 1939 verurteilt und zur Verbüßung der Strafe ab dem 19. Juli 1944 in das Strafgefangenenlager Rodgau verlegt. Ab dem 19. März 1945 befand er sich bis zur Befreiung durch die Amerikaner wieder in Darmstadt in Haft. Von den Strapazen der Haft sollte sich Johann Laubner nicht mehr erholen. Er starb kurz nach der Befreiung am 05. April 1945 – knapp 52-jährig – im St. Marienkrankenhaus in Lampertheim.¹⁷⁷

III.2 Rassistisch Verfolgte

III.2a Jüdische Mitbürger

Die Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde Lampertheims und die Schicksale aller jüdischen Lampertheimer, die ab 1933 in die Emigration getrieben wurden, ist bereits in dem Buch von Heinrich F. Karb: „Lampertheim, Beiträge aus der Geschichte der ehemaligen jüdischen Gemeinde“, insbesondere in dem Kapitel: „Jüdische Einwohner Lampertheims im Jahr 1933 und ihr Schicksal“ dargestellt. Wir werden im Folgenden dennoch alle Betroffenen namentlich erwähnen, da zum Teil neue Erkenntnisse oder bisher noch nicht bekannte Personen hinzu kamen.

Bei unterschiedlichen Schreibweisen der Namen oder zusätzlichen Kurz- und Rufnamen sind diese in Klammern vermerkt. Die Adressen der ab 1938/1939 nach

¹⁷⁷ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P; HADIS Online Abfrage 14.10.2013

Mannheim verzogenen Lampertheimer haben wir der Schriftenreihe des Schulverwaltungsamtes der Stadt Mannheim: „22./23. Oktober 1940, Deportation Mannheimer Juden nach Gurs“ Band 2, 1. Auflage 1990 entnommen: Im Rahmen der „Wagner-Bürckel-Aktion“¹⁷⁸ wurden in einer konzertierten Aktion die letzten in Mannheim und Umgebung lebenden Deutschen jüdischen Glaubens am 22. Oktober 1940 von Gestapo-Beamten abgeholt, in Sammellager nach Heidelberg, Mannheim und Karlsruhe gebracht und anschließend in sieben Zügen über Belfort nach Gurs in Südfrankreich deportiert. Im August 1942 wurden von dort Transporte über das Sammellager Drancy bei Paris in die Gaskammern von Auschwitz und teilweise Lublin-Majdanek zusammengestellt.¹⁷⁹

Althausen, Jakob

geboren am 28. Januar 1884 in Tschudowo. Er zog im Jahr 1912 mit seiner Familie von Mannheim nach Lampertheim und betrieb in der Kaiserstraße 11, heute 19, ein Uhren-, Schmuck- und Musikaliengeschäft. Nach dem Pogrom des 10. November 1938 übersiedelte er mit seiner Familie nach Mannheim, C2,11. Am 22. Oktober 1940 wurde die Familie in das Internierungslager „Camp de Gurs“ in Südfrankreich deportiert. Außer Kurt M. Levi, dem Ehemann der Tochter Cäcilia, überlebten die Familienmitglieder Althausen den Horror in den verschiedenen Internierungslager und KZs und kehrten zum Teil nach Kriegsende 1945 wieder nach Mannheim zurück. Jakob Althausen ist am 31. Dezember 1953 in Mannheim verstorben.¹⁸⁰

Althausen, Priwa, geb. Sandbrand

geboren am 31. März 1887 in Kosov (damals Österreich), Ehefrau von Jakob Althausen, verstorben am 10. Februar 1972 in Mannheim.

Levi, Cäcilia, geb. Althausen

geboren am 25. Juni 1911 in Mannheim, Tochter von Jakob und Priwa Althausen. Sie heiratete am 24. Februar 1938 in der Lampertheimer Synagoge Kurt Max Levi, geboren 1904, aus Mannheim, B 7,13. Beide wurden am 22. Oktober 1940 nach Gurs verschleppt. Kurt Levi wurde 1943 in Majdanek ermordet. Cäcilia Levi ist 1991 in Mannheim verstorben.

Althausen, Alexander

geboren am 10. Juli 1912 in Lampertheim, Sohn von Jakob und Priwa Althausen, er lebte nach 1945 in den USA und ist am 07. November 2005 in Forest Hills, USA, verstorben.

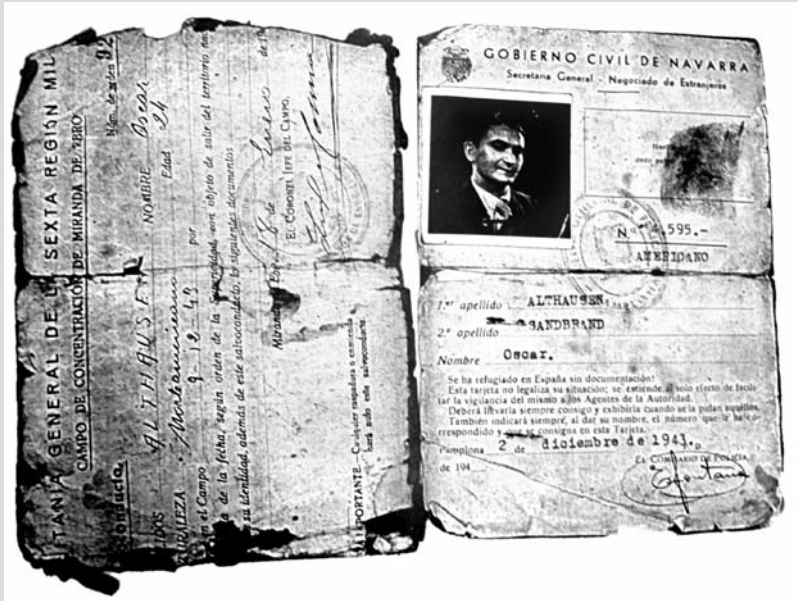
¹⁷⁸ Robert Wagner war Gauleiter des Gaus Oberrhein (Baden und Elsaß) und Josef Bürckel des Gaus Westmark (Saarland, Pfalz, Lothringen), im September 1940 wurde auf Anweisung Hitlers von beiden diese Aktion angeordnet, um die Gaue „judenfrei“ zu machen

¹⁷⁹ Quelle: „Wagner-Bürckel-Aktion Wikipedia, Online Abfrage 20.10.2013

¹⁸⁰ Vgl. Karb 1998, S. 149 ff.; StAL

Althausen, Oskar

geboren am 26. September 1919 in Lampertheim, Sohn von Jakob und Priwa Althausen, er kehrte 1951 nach Mannheim-Blumenau zurück und ist dort am 16. November 2001 verstorben.



Nach seiner Deportation am 22. Oktober 1940 von Mannheim in das südfranzösische Internierungslager „Camp de Gurs“ konnte Oskar Althausen im November 1943 von dort nach Spanien fliehen. In Pamplona, wo er erneut interniert wurde, erhielt er diese Kennkarte. Quelle: StAL, Sign.: XIII/1

Althausen, Helene

geboren am 20. Oktober 1922 in Lampertheim, Tochter von Jakob und Priwa Althausen, sie lebte nach 1945 in Holon, Israel, und ist dort 2003 verstorben.

Althausen, Edith

geboren am 17. Juli 1930 in Lampertheim, Tochter von Jakob und Priwa Althausen, sie lebte nach 1945 in Holon, Israel, und ist dort 2009 verstorben.

Arbinger, Martha, geb. Kiefer

geboren am 03. Juli 1901 in Lampertheim, Tochter von Emanuel und Luise Kiefer. Sie heiratete 1931 den katholischen Michael Arbinger und verzog im gleichen Jahr nach Mannheim. Nach ihrer Scheidung 1944 wurde sie nach Theresienstadt deportiert, überlebte und wanderte nach dem Krieg nach Johannesburg, Südafrika aus, dort ist sie verstorben.¹⁸¹

Bär, Max

geboren 1898 in Griedel, Kreis Friedberg, er übernahm im Jahr 1935 das Geschäft von Karl Hochstädter in der Wilhelmstraße 46 und lebte hier mit seiner Familie bis 1938. Im Dezember 1938, nach der Reichspogromnacht, verzog die Familie von Lampertheim nach Frankfurt a.M. Max Bär gelang die Flucht nach England. Seine Frau und seine Kinder konnten Deutschland nicht mehr verlassen.

Bär, Selma, geb. Mayer

geboren am 17. März 1902 in Himbach, Krs. Büdingen, Ehefrau von Max Bär. Sie wurde in das Ghetto nach Minsk verschleppt und gilt als dort verschollen.

Bär, Edgar

geboren am 07. März 1931 in Butzbach, Sohn von Max und Selma Bär. Ob er ebenfalls mit seiner Mutter und Schwester nach Minsk verschleppt wurde ist ungewiss. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Bär, Inge

geboren am 30. Januar 1933 in Butzbach, Tochter von Max und Selma Bär. Sie wurde mit ihrer Mutter nach Minsk verschleppt und gilt ebenfalls als verschollen. Es kann davon ausgegangen werden, dass alle drei dort ums Leben kamen.

Bär, Julius

Geburtsdatum nicht bekannt, er war ein Bruder von Max Bär und kam mit ihm 1935 nach Lampertheim, er soll nach den USA ausgewandert sein.¹⁸²

Bär, Amalie, geb. Nordheimer

geboren am 15. Mai 1869 in Hofheim, 1933 wohnhaft L10, 1, Mannheim, von hier wurde sie am 22. Oktober 1940 in das Internierungslager „Camp de Gurs“ in Südfrankreich deportiert. Von dort kam sie am 10. März 1941 in das Internierungslager Rivesaltes und am 03. Oktober 1942 in das Lager Nexon, wo sie am 05. Dezember 1942 verstarb.¹⁸³

¹⁸¹ Ebd., S. 152; StAL

¹⁸² Ebd., S. 152, Max, Selma, Edgar, Inge und Julius Bär; StAL

¹⁸³ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 21.01.2013

Behr, Herta Helene

geboren am 02. Dezember 1922 in Flonheim/Alzey, lebte und arbeitete seit 1937 im Hause Max Bär, in der Wilhelmstraße 46, Lampertheim. Sie zog 1938 mit der Familie ihres Arbeitgebers nach Frankfurt a.M. Am 30. September 1942 wurde sie nach Treblinka verschleppt und kam dort vermutlich ums Leben.¹⁸⁴

Blum, Leo

geboren 1877 in Westhausen, Elsass, er lebte seit 1891 in Lampertheim, zuletzt in der Wilhelmstraße 79.

Blum, Clementine, geb. Kahn

geboren am 04. November 1885, Ehefrau des Leo Blum, sie ist am 17. Juni 1938 in Lampertheim verstorben und hier bestattet.

Blum, Gertrud

geboren am 21. Mai 1907 in Lampertheim, Tochter von Leo und Clementine Blum.

Blum, Erna

geboren am 30. Mai 1912 in Lampertheim, Tochter von Leo und Clementine Blum. Leo Blum verzog mit seinen Töchtern 1939 nach Mannheim, von wo sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert wurden. Sie überlebten in Frankreich und sind zwischenzeitlich dort verstorben.¹⁸⁵

Fleischmann, Simon Siegfried

geboren am 04. Juni 1881 in Hofheim, 1933 wohnhaft in Essen. Am 22. April 1942 wurde er ab Düsseldorf in das Ghetto Izbica deportiert, wo er vermutlich ums Leben kam.¹⁸⁶

Frank, Berta (Bertha), geb. Süß

geboren am 13. Oktober 1878 in Lampertheim, ihr Ehemann Moritz verstarb 1919 an den Folgen einer Kriegsverletzung, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 67, Lampertheim. Hier lebte sie zusammen mit ihrer Tochter Erika Irmgard und dem Enkel Werner. Ab 1942 war sie mit ihrem Enkel in der Römerstraße 97 im sogenannten „Judenhaus“ untergebracht. Hier waren die letzten Lampertheimer jüdischen Glaubens zwangsweise eingewiesen worden. Sie wurde mit ihrem zwölfjährigen Enkel und den letzten beiden jüdischen Lampertheimern am 04. September 1942 abgeholt und am 30. September über Darmstadt in das KZ Treblinka deportiert und ist wahrscheinlich dort ums Leben gekommen.¹⁸⁷ (siehe Frank, Sally, Werner und Erika)

¹⁸⁴ Ebd. Online Abfrage 21.01.2013

¹⁸⁵ Vgl. Karb 1998, S. 153

¹⁸⁶ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 21.01.2013

¹⁸⁷ Ebd. Zugriff 16.01.2013

Frank, Sally

geboren am 08. Mai 1909 in Kusel, Sohn der Berta Frank. Er lebte seit 1928 in Lampertheim dann in Neunkirchen und Saarbrücken. 1938, vermutlich nach dem Novemberpogrom, emigrierte er nach Frankreich. Am 23. Juni 1943 wurde er vom Durchgangslager Drancy bei Paris mit einem Transport in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo er ums Leben kam.¹⁸⁸

Frank, Werner

geboren am 10. November 1929 in Frankfurt a.M., Sohn der Erika Irmgard Frank und Enkel der Berta Frank. Bis 1942 wohnhaft: Wilhelmstraße 67, dann Römerstraße 97, Lampertheim. Er wurde am 04. September 1942 mit seiner Großmutter abgeholt und am 26. Februar 1943 von Berlin aus in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo er zu Tode kam (siehe Berta und Erika Frank in Kap. III).¹⁸⁹ Sein Bruder **Hans Frank**, geboren am 04. April 1932 in Frankfurt, befand sich in der Obhut des Frauen- und Kinderheims des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg, er wurde adoptiert und überlebte in den USA.¹⁹⁰

Guggenheimer, Ferdinand

geboren am 04. Mai 1870 in Ettlingen, er lebte seit 1899 in der Ernst-Ludwig-Str. 16 ½ und verzog 1939 nach Mannheim. Im Oktober 1940 wurde er nach Gurs deportiert. Er lebte nach 1945 in Metz und ist dort wohl auch verstorben.¹⁹¹

Guckenheimer, Settchen, geb. Hochstädter

geboren am 24. Oktober 1880 in Lampertheim, wohnhaft in Frankfurt a.M. Sie wurde am 22. November 1941 mit ihrem Mann Adolf Guckenheimer, geboren am 04. Februar 1877 in Groß-Gerau, und ihrer Tochter Ilse, geboren am 27. April 1910 in Frankfurt, von Frankfurt aus nach Kowno (Kauen oder Kaunas) in Litauen in das Lager Fort IX verschleppt. Am 25. November 1941 wurden dort 2934 jüdische Deutsche aus der Umgebung von München, Frankfurt und Berlin ermordet.¹⁹²

Guthmann, Rosa, geb. Schott

geboren am 27. Juni 1874 in Lampertheim, 1933 wohnhaft in Frankfurt a.M. Sie wurde am 15. September 1942 von Frankfurt in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie am 02. Oktober 1942 verstarb.¹⁹³

¹⁸⁸ Ebd. Zugriff 16.01.2013

¹⁸⁹ Ebd. Online Abfrage 16.01.2013

¹⁹⁰ Vgl. Karb 1998, S. 154

¹⁹¹ Ebd., S. 154; StAL

¹⁹² Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online-Abfrage 16.01.2013; Echo Online Zugriff 26.02.2014

¹⁹³ Ebd., Zugriff 16.01.2013

Hahn, Martin

geboren am 04. Dezember 1919 in Hofheim, 1933 wohnhaft: Goethestraße 2, Lampertheim, verzogen nach Bamberg. Er emigrierte in die Niederlande, von wo er in das KZ Mauthausen verschleppt wurde. Dort verstarb er am 12. April 1941. Der Zeitpunkt seiner Emigration, sowie der Zeitraum seiner Inhaftierung bleiben im Dunkeln.¹⁹⁴

Hecht, Ruth Helene

geboren am 16. April 1909 in Göllheim, Pfalz. Sie lebte von Mai 1934 bis Juli 1935 in Lampertheim, ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

Hirsch, Ernst Dr.

geboren am 22. Januar 1900 in Mannheim, Redakteur, verheiratet mit **Karoline Luise, geb. Strauß**, geboren am 25. August 1908 in Mannheim, Tochter des Ludwig Strauss. Das Ehepaar lebte ab 1929 in der Römerstraße 44. Im Juli oder August 1933 verzog das Ehepaar mit dem am 29. August 1930 geborenen Sohn Bert nach Mannheim und soll mit dem Sohn Bert nach Israel ausgewandert sein.¹⁹⁵

Hirsch, Konrad Simon

geboren am 19. Januar 1916 in München, er wohnte 1935 in der Jakobstraße 22 und soll nach Israel ausgewandert sein.

Hochstädter, Albert

geboren am 05. Februar 1872 in Lampertheim, ledig. Er verzog im August 1938 von Lampertheim, Viernheimer-Straße 19 nach Mannheim und wurde am 22. Oktober 1940 von Mannheim nach Gurs in Südfrankreich deportiert, wo er am 01. Juli 1941 starb.¹⁹⁶

Hochstädter, Antonie (Toni), geb. Süß

geboren am 02. April 1887 in Lampertheim, verheiratet (siehe Hochstädter, Karl), 1935 wohnhaft: Ernst-Ludwig-Straße 8, zuvor lange Jahre in der Wilhelmstraße 46 in Lampertheim. Sie emigrierte am 12. August 1936 mit ihrem Mann in die Niederlande nach Amsterdam. 1943 wurden beide nach Auschwitz verschleppt und kamen dort am 10. September 1943 ums Leben.¹⁹⁷

Hochstädter, Bella

geboren am 07. September 1917 in Lampertheim, Tochter von Karl und Antonie Hochstädter, sie verzog schon 1932 nach Rotterdam und soll dort verstorben sein.¹⁹⁸

¹⁹⁴ Quelle: StAL; Gedenkbuch BUArch Jüd.Opfer

¹⁹⁵ Vgl. Karb 1998, S. 155; StAL

¹⁹⁶ Vgl. Karb 1998, S. 155

¹⁹⁷ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs Online Abfrage 16.01.2013; StAL

¹⁹⁸ Vgl. Karb 1998, S. 157

Hochstädter, Ernst

geboren am 16. Januar 1902 in Lampertheim, Angestellter, ledig, 1938 wohnhaft in Illvesheim. Am 11. November 1938, nach der Pogromnacht, wurde er verhaftet und kam in das KZ Dachau, Häftlingsnummer 21.534. Am 12. November wurde er entlassen. Über sein weiteres Schicksal ist aus den Quellen nichts bekannt.¹⁹⁹

Hochstädter, Ferdinand

geboren am 09. Dezember 1873 in Lampertheim, 1933 wohnhaft M7,17 und D3,9, Mannheim. Er wurde von Mannheim am 22. Oktober 1940 nach Gurs in Südfrankreich deportiert und von dort am 21. Februar 1941 in das Internierungslager Noé/Südfrankreich. Verstorben ist er am 07. Januar 1942 im Internierungslager Noé.²⁰⁰

Hochstädter, Friedrich (Frederic)

geboren am 30. Oktober 1868 in Lampertheim, 1933 wohnhaft Lameystraße 13, Mannheim. Er wurde am 22. Oktober 1940 von Mannheim nach Gurs/Südfrankreich deportiert, von dort am 27. Januar 1942 in das Internierungslager Récébédou/Südfrankreich, wo er am 14. April 1942 verstorben ist.²⁰¹

Hochstädter, Karl

geboren am 31. Oktober 1876 in Lampertheim, verheiratet (siehe Hochstädter, Antonie), 1933 wohnhaft in Lampertheim. Er emigrierte mit seiner Frau am 12. August 1936 in die Niederlande. 1943 wurde er mit seiner Frau in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo beide am 10. September 1943 umgebracht wurden.²⁰²

Hochstädter, Helene

geboren am 14. Oktober 1912 in Mannheim, sie war die ältere Tochter von Moritz und Anna Hochstädter, geb. Heinsfurter. Sie wanderte 1934 nach den USA aus. (siehe Moritz Hochstädter)

Hochstädter, Margarete (Gretel)

geboren am 06. Juni 1917 in Mannheim. Tochter von Moritz und Anna Hochstädter, geb. Heinsfurt. Sie verzog im März 1936 nach Johannesburg, Südafrika. Dort ist sie inzwischen verstorben. (siehe Moritz Hochstädter)

Hochstädter, Max I

geboren am 09. August 1868 in Lampertheim, ledig, 1939 zog er von Lampertheim, 1. Neugasse 48 nach Worms in ein jüdisches Altersheim. Sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Vermutlich wurde er deportiert und ist umgekommen.

¹⁹⁹ Quelle: Internationaler Suchdienst Arolsen IST 100/057; Gedenkstätte Dachau, Archiv

²⁰⁰ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Ebd.

Hochstädter, Moritz

geboren am 08. April 1882 in Lampertheim, er war der ältere Bruder von Max Hochstädter II, verheiratet mit Anna, geb. Heinsfurter. Das Ehepaar wohnte in der Boxheimerhof-Straße 47 und verzog 1936, zwei Wochen nach der Tochter ebenfalls nach Johannesburg, Südafrika.²⁰³

Hochstädter, Max II

geboren am 11. September 1887 in Lampertheim, verheiratet mit **Herta, geb. Fuldheim**, geboren am 02. November 1898 in Würzburg. Das Ehepaar hatte drei Kinder: **Manfred** geboren am 13. Oktober 1920 in Mannheim, **Klara** geboren am 24. Februar 1920 in Lampertheim und **Ferdinand** geboren am 26. Dezember in Lampertheim. Bis zu ihrer Auswanderung nach Südafrika 1936 lebte die Familie in der Wilhelmstraße 39.

Hochstädter, Meta

geboren am 27. August 1903 in Lampertheim, Tochter von Karl und Antonie Hochstädter. Nach ihrer Heirat 1922 in Lampertheim verzog sie mit ihrem Mann nach Mannheim und Rotterdam. Während des Krieges lebten sie in den USA. Sie ist am 18. Juni 1985 verstorben.

Jacob, Heinrich

geboren am 03. Dezember 1865 in Lampertheim, 1933 wohnhaft B7,2, Mannheim. Er wurde am 22. Oktober 1940 von Mannheim in das Internierungslager Gurs verschleppt, wo er am 12. Dezember 1940 verstarb.²⁰⁴

Kauffmann, Erna

geboren am 28. März 1908 in Straßburg, sie kam mit ihrer Familie 1923 nach Lampertheim, heiratete hier **Julius Blumenthal** und verzog mit ihrem Mann 1935 nach Krefeld. Das Ehepaar konnte in die USA emigrieren.

Kauffmann, Ilse Irma

geboren am 08. November 1909 in Straßburg, Schwester von Erna Kauffmann, sie lebte von 1923 bis 1935 in Lampertheim und verzog dann nach Zürich. Sie ist in Israel verstorben.

Kauffmann, Lieschen Susanne (Liesel)

geboren am 02. April 1912 in Straßburg, sie kam ebenfalls 1923 nach Lampertheim und ist 1938 mit der Familie Retwitzer nach Argentinien emigriert.²⁰⁵

²⁰³ Vgl. Karb 1998, S.157 ff.

²⁰⁴ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013

²⁰⁵ Vgl. Karb 1998, S. 158 ff.

Kaufmann, Helene, geb. Hochstädter

geboren am 07. September 1910 in Lampertheim, verheiratet, zwei Kinder. Sie emigrierte am 12. Juli 1933 mit ihrer Familie in die Niederlande und lebte in Amsterdam. Am 20. Juli 1943 wurden Helene Kaufmann, ihr Mann **Max, geb. am 28. Dezember 1898** und die Kinder **Josef Frits, geb. am 23. August 1934**, und **Bertel Johanna, geb. am 17. Juli 1938**, von Westerbork aus nach Sobibor deportiert. Dort kamen sie am 23. Juli 1943 ums Leben.²⁰⁶

Kaufmann, Josef

geboren am 14. Dezember 1878 in Neidenstein. Er lebte seit Oktober 1900 in der Jakobstraße 22 in Lampertheim und war seit 1908 verheiratet mit Klara Kaufmann. Das Ehepaar hatte zwei Kinder. Am 01. August 1937 zog das Ehepaar in die Römerstraße 74 und emigrierte am 20. Dezember 1937 von Lampertheim in die USA, wo beide zwischenzeitlich verstorben sind.²⁰⁷

Kaufmann, Klara, geb. Kaufmann

geboren am 01. Juli 1883 in Ketsch, sie lebte seit 1908 in Lampertheim, siehe Kaufmann, Josef.

Kaufmann, Martha

geboren am 06. Januar 1909 in Lampertheim, Tochter von Josef und Klara Kaufmann, sie emigrierte 1935 in die USA und ist dort 1991 verstorben.

Kaufmann, Max

geboren am 25. Februar 1914 in Lampertheim, Sohn von Josef und Klara Kaufmann, er emigrierte 1936 nach Johannesburg, Südafrika und lebte später in Kanada, wo er 1982 verstorben ist.

Kiefer, Luise, geb. Emrich

geboren am 03. Oktober 1877 in Hemsbach, seit ihrer Heirat 1898 mit **Emanuel Kiefer**, geboren am 11. April 1874 in Lampertheim lebte sie in der Viernheimer Straße 19 in Lampertheim, der Ehemann ist 1926 in Lampertheim verstorben. Sie emigrierte 1938 nach Johannesburg, Südafrika, wo sie auch verstorben ist.

Kiefer, Emma

geboren am 03. Oktober 1896 in Lampertheim, Tochter von Emanuel und Luise Kiefer, sie heiratete 1923 und emigrierte 1939 in die USA, wo sie 1984 in Chicago verstorben ist.

²⁰⁶ Quelle: HStAD, G 15 Bensheim Nr. Q 185; vgl. Karb 1998, S. 157

²⁰⁷ Quelle: StAL

Kiefer, Henny

geboren am 27. Mai 1911 in Lampertheim, Tochter von Emanuel und Luise Kiefer, sie zog 1938 nach Mannheim, S 6, 14 und heiratete dort 1939 **Heinrich Wenk**. 1940 wurde sie hochschwanger nach Gurs deportiert, dort wurde das Kind geboren. Sie überlebte mit dem Kind und wohnte nach 1945 in Paris. 1953 wanderte sie in die USA aus.

Kiefer, Kurt Friedrich

geboren am 01. Februar 1916 in Lampertheim, Sohn von Emanuel und Luise Kiefer, er emigrierte 1936 nach Johannesburg, Südafrika, wo er auch verstorben ist.²⁰⁸

Kirchheimer (Kirschheimer), Friedrich (Fritz)

geboren am 16. Februar 1899 in Grombach/Sinsheim, Kaufmann. Er heiratete 1926 in Lampertheim (siehe Kirchheimer, Lisa), wohnhaft: Ernst-Ludwig Straße 16 ½, Lampertheim. Am 13. Januar 1932 wurde der Sohn **Ernst Simon** geboren. Während des Novemberpogroms wurde er am 11. November 1938 inhaftiert und befand sich bis zum 05. Dezember im KZ Buchenwald, Häftlingsnummer: 22.568/10.602. Am 07. Februar 1939 verzog die Familie nach Mannheim, L13,2, von wo er mit seiner Familie am 22. Oktober 1940 zuerst nach Gurs deportiert wurde und am 10. März 1941 in das Internierungslager Rivesaltes. Am 26. März befand er sich im Gefängnis von Perpignan. Über das Durchgangslager Drancy bei Paris wurden er und seine Familie schließlich am 11. August 1942 mit einem Transport nach Auschwitz verschleppt, wo er am 14. August 1942 ankam und mit seiner Frau in der Gaskammer ermordet wurde. Als Todesdatum gilt der 31. August 1942. Das Schicksal des Sohnes ist nicht bekannt.

Kirchheimer (Kirschheimer), Lisa (Liesa) Lina, geb. Guggenheim

geboren am 21. April 1901 in Lampertheim, Heirat 1926, ein Sohn (siehe Kirchheimer, Friedrich); 1933 wohnhaft: Ernst-Ludwig-Straße 16 ½, Lampertheim. Am 07. Februar 1939 verzog die Familie nach Mannheim, L13,2. Am 22. Oktober 1940 erfolgte die Deportation von Mannheim nach Gurs, im März 1941 die Verlegung in das Internierungslager Rivesaltes. Von dem Durchgangs- und Sammellager Drancy kam sie mit ihrer Familie mit einem Transport am 11. August 1942 in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie am 14. August ankam und mit ihrem Mann den Tod in der Gaskammer fand. Todesdatum: 31. August 1942. Das Schicksal des Sohnes ist nicht bekannt.²⁰⁹

²⁰⁸ Vgl. Karb 1998, S.159 ff.

²⁰⁹ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013, Kirchheimer, Friedrich, Lisa; Vgl. auch: Karb 1998, S.161

Levy, Josephine (Josefine), geb. Süß

geboren am 01. März 1880 in Lampertheim, 1933 wohnhaft Hebelstraße 21, Mannheim. Sie wurde am 22. Oktober 1940 von Mannheim nach Gurs deportiert und kam über das Sammellager Drancy am 30. Mai 1944 in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie zu Tode kam. Das genaue Todesdatum steht nicht fest, sie wurde für tot erklärt.

Lorch, Sessie, geb. Keller

geboren am 03. November 1874 in Lampertheim, 1933 wohnhaft in Eschollbrücken. Sie wurde 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo sie umkam. Das genaue Todesdatum steht nicht fest.²¹⁰

Mann, Nathan

geboren am 20. August 1872 in Carlsberg/Frankenthal, verheiratet, fünf Kinder (siehe Mann, Blandine). Er kam mit seiner Familie 1927 nach Lampertheim und betrieb ein Schuhgeschäft. Am 11. November 1938 wurde er im Gefolge der Reichspogromnacht bis zum 29. November 1938 in das KZ Buchenwald verschleppt. Im Mai 1939 verzog er mit seiner Frau nach D7,12 in Mannheim. Von dort wurden er und seine Frau am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Hier wurde er wohl von seiner Frau getrennt, denn ab 23. August 1943 befand er sich im Internierungslager Les Milles in Rivesaltes. Über das Sammellager Drancy kamen er und seine Frau, am 07. März 1944 nach Auschwitz, wo sie ermordet wurden. Das genaue Sterbedatum ist unbekannt.²¹¹ Über die fünf Kinder der Familie Mann berichtet Heinrich F. Karb in seinem Buch, dass: „der älteste Sohn **Siegbert Mann**, geboren am 15. August 1904, in Wattenheim, Pfalz, 1933 Betty, geb. Oberprieier in Lorsch heiratete und zwei Söhne hatte und am 15. März 1944 im Vernichtungslager Auschwitz umkam. Seine Frau verstarb 1972 in Lorsch.“ Über das Schicksal der Tochter **Betty Mann**, geboren am 18. März 1906 in Wattenheim, verheiratete Wallenstein, gibt es keine weiteren Erkenntnisse. Die Tochter **Johanna Mann**, geboren am 29. November 1907 in Wattenheim, heiratete im Dezember 1938 Fritz Heinrich Durlacher und zog im Januar 1939 nach D7,12 in Mannheim. Am 22. Oktober 1940 wurde sie nach Gurs deportiert.²¹²

Die Tochter **Ella Mann**, geboren am 25. Oktober 1909 in Wattenheim, konnte 1937 von Lampertheim aus in die USA emigrieren. Der Sohn **Franz Mann**, geboren am 21. November 1911 in Wattenheim, heiratete 1937 in Lampertheim Sidonie (Toni), geb. Mayer. Das Ehepaar verzog 1939 nach Mannheim und konnte noch in die USA emigrieren, wo Franz Mann 1988 verstarb.“²¹³

²¹⁰ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013, Levy, Josephine; Lorch, Sessie

²¹¹ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013

²¹² Ebd.

²¹³ Vgl. Karb 1998, S. 165; StAL

Mann, Blandine (Blondine), geb. Landauer

geboren am 21. November 1879 in Höheinöd/Pirmasens, verheiratet, fünf Kinder (siehe Mann, Nathan). Sie kam mit ihrer Familie 1927 von Wattenheim/Pfalz nach Lampertheim. Hier betrieb das Ehepaar Mann zuerst in der Römerstraße 67, dann in der Römerstraße 63, Ecke Kaiserstraße ein Schuhgeschäft. Nach der Zerstörung des Geschäfts am 10. November 1938 zog sie mit ihrem Mann im Mai 1939 nach Mannheim, D7,12. Am 22. Oktober 1940 wurden beide von Mannheim aus in das Internierungslager Gurs deportiert. Über das Sammellager Drancy kamen sie am 07. März 1944 nach Auschwitz, wo sie wahrscheinlich am 15. März 1944 ermordet wurden.²¹⁴

May, Jettchen, geb. Schwab

geboren am 21. Januar 1850 in Rimbach, Witwe des 1908 in Lampertheim verstorbenen **Ferdinand May**, geboren am 04. September 1849 in Lampertheim. Seit ihrer Hochzeit 1873 lebte sie in der Wilhelmstraße 79 (Kaufhaus May). Das Ehepaar May hatte sechs Kinder, von denen das drittälteste Kind **Samuel**, geboren am 05. März 1880 in Lampertheim, früh verstorben war. Im Dezember 1938 verzog Jettchen May nach Mannheim und ist dort 1940 verstorben.

May, Mina

geboren am 09. Juli 1881 in Lampertheim, sie lebte seit ihrer Geburt bis zu ihrer Heirat bei ihren Eltern in der Wilhelmstraße 79. Weiteres ist nicht bekannt.

May, Josef

geboren am 15. August 1878 in Lampertheim, ledig, Kaufmann, Sohn von Jettchen und Ferdinand May, 1933 wohnhaft: Kaiserstraße 79, Lampertheim. Er wurde am 11. November 1938 im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom verhaftet und in das KZ Buchenwald verschleppt. Dort wurde er als sogenannter „Aktionsjude“ registriert und verstarb bereits am 18. November 1938, offizielle Todesursache: „Herzschwäche“. Nach Augenzeugenberichten wurde er zu Tode gehetzt.²¹⁵

May, Ludwig

geboren am 25. Dezember 1886 in Lampertheim, Sohn von Jettchen und Ferdinand May, Kaufmann, Mitbesitzer des Kaufhauses May. Er war in erster Ehe mit **Lina, geb. Dewald** verheiratet, die 1921 in Lampertheim verstarb und in zweiter Ehe mit **Ida, geb. Roos**. Das Ehepaar verzog 1938 nach Mannheim und konnte nach Chile emigrieren.

²¹⁴ Ebd. Online Abfrage 16.01.2013.; vgl. auch: Karb 1998, S.164 ff.

²¹⁵ Quelle: Gedenkstätte Buchenwald; vgl. auch: Karb 1998 S. 162; StAL

May, Erna Lisette

geboren am 09. Dezember 1912 in Lampertheim, Tochter von Ludwig und Lina May, sie emigrierte 1936 in die USA.

May, Lore

geboren in Lampertheim, sie ist die Tochter von Ludwig May und dessen zweiter Frau Ida. Sie emigrierte 1938 in die USA.

May, Werner

geboren am 25. März 1926 in Mannheim, Sohn von Ludwig May und dessen zweiter Frau Ida, er zog 1938 mit seinen Eltern nach Mannheim und konnte über Frankreich zu seiner Familie nach Chile gelangen.

Mayer, Berta, geb. Retwitzer

geboren am 08. Januar 1863 in Lampertheim. Sie war die Witwe des Kaufmanns Salomon (Saly) Mayer. Am 26. Juli 1939 verzog sie nach Mannheim, M7,23. Sie wurde am 22. Oktober 1940 nach Südfrankreich verschleppt und befand sich vom 25. Oktober 1940 bis 20. März 1941 im Internierungslager Gurs und vom 21. März 1941 bis zum 01. Oktober 1942 im Lager Récébédou, dort galt sie als verschollen. Sie wurde am 08. Mai 1945 für tot erklärt.²¹⁶

Meyer, Jonas

geboren am 25. April 1862 in Reichelheim, Odenwald. Er kam 1896 als Lehrer der jüdischen Gemeinde nach Lampertheim, war in der Römerstraße 97 wohnhaft und ist 1935 in Lampertheim verstorben.

Meyer, Fanny

geboren am 30. September 1870 in Fischbach, Schwaben, Witwe des Jonas Meyer. Sie verzog nach dem Tode ihres Mannes nach Würzburg und wanderte nach 1945 in die USA aus, wo sie zwischenzeitlich verstorben ist.

Meyer, Else

geboren am 28. April 1895 in Lampertheim, Tochter von Jonas und Fanny Meyer, verheiratet. Sie konnte in die USA emigrieren und ist dort auch verstorben.

Meyer, Hedwig

geboren am 08. Januar 1900 in Lampertheim, Tochter von Jonas und Fanny Meyer, verheiratet. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt.

²¹⁶ Quelle: StAL Mannheim

Meyer, Ida

geboren am 14. Juni 1906 in Lampertheim, Tochter von Jonas und Fanny Meyer, verheiratet. Sie konnte in die USA emigrieren und ist dort zwischenzeitlich verstorben.²¹⁷

Michels, Josef

geboren am 14. Mai 1879 in Rheinböllen, er war seit September 1930 in der Mathildenstraße 5 in Lampertheim wohnhaft und verzog im Oktober 1933 nach Ottweiler/Saar. Er überlebte den Zweiten Weltkrieg.²¹⁸

Oppenheimer, Lilly (Lilli), Luise

geboren am 12. April 1892 in Lampertheim, sie war die Tochter des 1927 verstorbenen Leopold Oppenheimer, nach ihm wurde die Leopoldstraße benannt. Sie wohnte in der Kaiserstraße 11 heute 19 und verzog 1939 nach Mannheim, M7, 23. Sie wurde am 22. Oktober 1940 von Mannheim nach Gurs deportiert. Wahrscheinlich ist sie in Auschwitz umgekommen. Todesdatum und -ort sind nicht genau bekannt, sie wurde am 31. Dezember 1945 für tot erklärt.²¹⁹

Ostheimer, Regina, geb. Löffelholz

geboren am 27. November 1908 in Bochina, Polen. Sie war mit ihrem Mann Hans Ostheimer seit Juni 1933 in der Biedensandstraße 40 in Lampertheim wohnhaft und verzog nach dem Tod ihres Mannes im Februar 1934 vermutlich zu ihren Eltern nach Mannheim G7,5. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Roos, Frieda

geboren am 02. April 1905 in Holzhausen, Kreis St. Goarshausen. Sie war seit Januar 1936 Hausangestellte bei Ludwig May und verzog mit der Familie May 1938 nach Mannheim, Hebelstraße 21. Von hier wurde sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert und kam dort wahrscheinlich ums Leben.

Roos, Simon

geboren am 18. September 1865 in Holzhausen. Er war der Schwiegervater von Ludwig May und wohl auch mit Frieda Roos verwandt. Er lebte ab 1936 in Lampertheim. 1938 verzog er mit der Familie May nach Mannheim, Hebelstraße 21. Er wurde am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert und verstarb dort am 16. Februar 1941.²²⁰

²¹⁷ Vgl. Karb 1998, S. 161 ff.

²¹⁸ Quelle: StAL

²¹⁹ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16. 01. 2013; StA Mannheim

²²⁰ Vgl. Karb 1998, S. 167

Simon, Lina, geb. Hochstädter

geboren am 07. Juni 1890 in Lampertheim. Wohnhaft in Mainz. Sie wurde am 27. September 1942 über Darmstadt in das Ghetto Theresienstadt deportiert und kam am 29. Januar 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie ums Leben kam.²²¹

Stadecker, Johanna, geb. May

geboren am 31. März 1874 in Lampertheim, Tochter von Jettchen und Ferdinand May, verwitwet, sie zog 1930 mit ihren Söhnen Max und Wilhelm Stadecker von Worms zu ihren Eltern nach Lampertheim in die Wilhelmstraße 79 zurück. 1938 verzog sie mit ihnen nach Aachen, von dort emigrierte sie nach Paraquay. Sie ist in Paraquay oder Argentinien verstorben.²²²

Stadecker, Max

geboren am 18. April 1899 in Worms, Bruder von Wilhelm Stadecker. Er zog 1930 mit seiner Mutter und seinem Bruder zu seinen Großeltern nach Lampertheim. 1938 verzog er nach Aachen, von dort emigrierte er nach Paraquay, wo er inzwischen verstorben ist.

Stadecker, Wilhelm

geboren am 10. September 1900 in Worms, er kam 1930 mit seiner Mutter und seinem Bruder nach Lampertheim, 1935 heiratete er **Erna, geb. Blum**. Die Eheleute emigrierten 1936 nach Paraquay, beide sind dort oder in Argentinien verstorben.

Stern, Markus

geboren am 18. Juli 1868 in Zünterbach/Schlüchtern. Er lebte mit seiner Frau **Charlotte, geb. Rothschild**, geboren am 22. Oktober 1876 in Fürth, Bayern, seit 1919 in Lampertheim in der Boxheimerhofstraße 1, jetzt Martin-Kärcher-Straße 1. Seine Frau verstarb im Januar 1942 und wurde hier beerdigt. Er wurde am 04. September 1942 mit den letzten in Lampertheim lebenden Mitgliedern der jüdischen Gemeinde (siehe auch Frank, Berta und Werner; Süß, Ludwig) abgeholt und über Darmstadt am 27. September 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er am 25. Oktober 1942 verstarb.²²³

Strassburger, Karl

geboren am 02. Februar 1885 in Lampertheim, wohnhaft in Frankfurt a.M. Deportationsort und Sterbedatum sind nicht bekannt, er wurde für tot erklärt.²²⁴

²²¹ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013

²²² Vgl. Karb 1998, S. 167 ff.

²²³ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013; StAL; vgl. Karb 1998, S. 168

²²⁴ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013

Strauß, Nathan

geboren am 29. April 1871 in Lampertheim, wohnhaft Römerstraße 72. Er heiratete 1898 Irma Vollmer. Das Ehepaar hatte eine Tochter und zog 1935 nach Düsseldorf. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Strauß, Irma, geb. Vollmer

geboren am 27. Februar 1878 in Hagenbach/Pfalz. Sie lebte seit 1898 bei ihrem Mann Nathan Strauß in der Römerstraße 72. (Siehe Strauß, Nathan)

Strauß, Erna

geboren am 31. August 1899 in Lampertheim, sie lebte seit ihrer Geburt bei ihren Eltern Nathan und Irma Strauß und zog vor ihren Eltern nach Düsseldorf.

Strauß, Otto

geboren am 14. Oktober 1895 in Lampertheim, Sohn von Moses Strauß und Amalie, geb. Guggenheimer, wohnhaft Römerstraße 44. Der Vater starb 1915, die Mutter 1931. Bis zu seinem Wegzug nach Heidelberg im September 1933 lebte er in der Ernst-Ludwig-Straße 17. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt, möglicherweise wurde er im Oktober 1940 nach Gurs deportiert.²²⁵

Stückgold, Bertha (Berta)

geboren am 26. November 1863 in Lampertheim. 1940 wohnhaft in Mannheim, B7,11. Von hier wurde sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert und ist am 18. November 1941 im Internierungslager Noé verstorben.²²⁶

Süß, Arthur Gottschalk

geboren am 19. August 1885 in Lampertheim, seit seiner Geburt wohnhaft in der Ersten Neugasse 11. Er heiratete 1920 Pauline Hirsch und verzog mit seiner Frau und seinem Sohn Helmut 1937 nach Mannheim und emigrierte dann nach Chile, wo er auch verstorben ist.

Süß, Pauline, geb. Hirsch

geboren am 13. November 1890 in Hillesheim. Seit ihrer Heirat mit Arthur G. Süß 1920 lebte sie in Lampertheim, Erste Neugasse 11. Sie emigrierte mit ihrer Familie über Mannheim nach Chile, dort ist sie 1985 verstorben.

²²⁵ Quelle: StAL

²²⁶ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013

Süß, Helmut

geboren am 10. Februar 1922 in Mannheim, Sohn von Arthur G. und Pauline Süß, geb. Hirsch. Er zog 1937 mit seinen Eltern nach Mannheim und emigrierte später mit ihnen nach Chile.²²⁷

Süß (Süss), Ludwig

geboren am 13. September 1875 in Lampertheim, Metzger und Viehhändler, er war der Bruder von Bertha Frank. Er war seit 1919 mit **Else Süß, geb. Israel**, geboren am 09. September 1890 in Strümpfelbrunn verheiratet. Das Ehepaar hatte zwei Kinder und war in der Römerstraße 74 wohnhaft. Else Süß verstarb bereits 1936. Ludwig Süß wurde 1941 mit den letzten drei verbliebenen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Lampertheim in der Römerstraße 97 zusammengelegt. (siehe Frank, Bertha und Werner; Stern, Markus). Am 04. September 1942 wurde er in das Ghetto Theresienstadt verschleppt und kam im Vernichtungslager Auschwitz um. Das genaue Todesdatum ist nicht bekannt.²²⁸

Süss (Süß), Gottschalk

geboren am 31. Oktober 1889 in Lampertheim, Kaufmann, 1938 wohnhaft in Mannheim, S4,2. Er befand sich vom 11. November bis zum 13. Dezember 1938 mit der Haftnummer 21.487 im KZ Dachau.²²⁹ Am 22. Oktober 1940 wurde er von Mannheim nach Gurs deportiert, von dort kam er in das Internierungslager Rivesaltes, wo er am 08. Dezember 1941 verstorben ist.

Süß (Süss), Ruth

geboren am 01. Juli 1920 in Lampertheim, Tochter von Ludwig und Else Süß, geb. Israel. Sie verzog im Januar 1939 nach Mannheim, Augusta-Anlage 12, von wo sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert wurde. Über das Sammellager Drancy kam sie am 10. August 1942 nach Auschwitz, wo sie in der Gaskammer umgebracht wurde. Das genaue Todesdatum ist nicht bekannt.

Süß, Dietmar

geboren am 29. Juli 1922 in Lampertheim, Sohn von Ludwig und Else Süß, geb. Israel. Er emigrierte 1939 nach England, heiratete dort und ist dort 1996 verstorben.²³⁰

Süß, Samuel

geboren am 23. Juni 1850 in Lampertheim, Kaufmann, Zigarrenfabrik Süß und Söhne, wohnhaft in der Wilhelmstraße 53. Er war verheiratet mit **Lisette, geb.**

²²⁷ Vgl. Karb 1998, S. 168 ff.

²²⁸ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16.01.2013; vgl. auch: Karb 1998 S. 169

²²⁹ Quelle: Internat. Suchdienst ITS Arolsen, ITS 101/052; Gedenkstätte Dachau Archiv

²³⁰ Vgl. Karb 1998, S. 169, Süß, Ruth und Dietmar

Wallerstein, geboren am 23. November 1854 in Gochsheim, Bretten. Lisette Süß verstarb am 16. April 1935 in Lampertheim und wurde hier beerdigt. Samuel Süß verstarb am 22. Mai 1938 in Neustadt a.d. Weinstraße, wohin er nach dem Tod seiner Frau verzogen war. Das Ehepaar hatte sechs Kinder: **David** (geboren 1878), **Julius** (geboren 1879), **Martha** (geboren 1881), **Theodor** (geboren 1884), **Louis** (geboren 1885), er verstarb im Alter von vier Jahren, und **Emilie (Emmy)** (geboren 1894). Die Kinder zogen nach ihrer Heirat früh (vor 1933) aus Lampertheim weg. Die Söhne überlebten die Deportationen oder konnten emigrieren. Das Schicksal der Schwestern ist nicht bekannt.²³¹

Ullmann, Ferdinand

geboren am 31. Dezember 1875 in Blieskastel/Zweibrücken, Bankkaufmann. Er heiratete 1908 in Lampertheim Hilda May. Das Ehepaar zog 1917 von Mannheim nach Lampertheim und wohnte anfangs zu zweit später mit den Söhne Hans und Fritz zunächst in der Kaiserstraße 33, danach in der Bürstädter Straße 22 und seit Oktober 1935 in der Römerstraße 97. Im August 1939 zog die Familie nach Mannheim, Hebelstraße 21. Ferdinand Ullmann wurde mit seiner Frau und dem Sohn Fritz am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Über das Internierungslager Récébédou kamen sie in das Sammellager Drancy und von dort kam er mit seiner Frau am 31. August 1942 in das Vernichtungslager Auschwitz. Hier wurden sie in der Gaskammer umgebracht. Das genaue Todesdatum ist nicht bekannt.

Ullmann, Hilde (Hilda), geb. May

geboren am 13. Juli 1885 in Lampertheim, Tochter von Ferdinand und Jettchen May. Sie heiratete 1908 Ferdinand Ullmann und zog 1917 mit ihm von Mannheim nach Lampertheim (siehe Ullmann, Ferdinand). 1939 zog sie mit ihrer Familie nach Mannheim, Hebelstraße 21, und wurde von hier mit ihrem Mann und dem jüngeren Sohn Fritz am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Am 31. August 1942 kam sie mit ihrem Mann in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie ermordet wurde. Das genaue Todesdatum ist nicht bekannt. Sie wurde für tot erklärt.

Ullmann, Hans

geboren am 29. September 1919 in Mannheim, Sohn von Ferdinand und Hilde Ullmann. Er lebte bis 1937 bei seinen Eltern in Lampertheim, konnte Deutschland verlassen und überlebte in den USA.

²³¹ Ebd., S. 169 ff.

Ullmann, Fritz

geboren am 06. März 1921 in Lampertheim, Sohn von Ferdinand und Hilde Ullmann. Er zog 1939 mit seinen Eltern nach Mannheim, Hebelstraße 21, und wurde am 22. Oktober mit seinen Eltern nach Gurs deportiert. Über das Internierungslager Gurs und das Sammellager Drancy kam er am 26. August 1942 nach Auschwitz, wo er vermutlich ums Leben kam. Der genaue Todesort und -datum sind nicht bekannt, er wurde für tot erklärt.²³²

Weil, Emmy Rudolphine (Rudolfine), geb. Klein

geboren am 15. Dezember 1889 in Lampertheim, wohnhaft in Mannheim. 1936 emigrierte sie nach Frankreich. Am 03. Juni 1944 wurde sie über das Sammellager Drancy in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt. Dort kam sie am 30. Juni 1944 an und wurde am 10. Juli 1944 ermordet.²³³

Weiss, Berta

geboren am 13. April 1891 in Lampertheim, wohnhaft in Frankfurt a.M. Sie emigrierte in die Niederlande und kam über das Sammellager Westerbork/Niederlande am 06. Juli 1943 nach Sobibor, wo sie am 09. Juli 1943 umkam.

Weiss, Minna

geboren am 05. Januar 1894 in Lampertheim, vermutlich die Schwester von Weiss, Berta, wohnhaft in Frankfurt a.M. und Duisburg. Sie emigrierte ebenfalls in die Niederlande. 1943 kam sie in das Vernichtungslager Auschwitz, wo sie am 31. Januar 1944 zu Tode kam.

Weiss, Siegfried

geboren am 07. Juli 1896 in Lampertheim, vermutlich der Bruder von Weiss, Berta und Minna, wohnhaft in Bremen und Frankfurt a.M. Er kam am 10. Juli 1940 in das KZ Sachsenhausen, von dort in das KZ Ravensbrück, wo er am 23. März 1942 umkam.²³⁴

Weißmann, Dina, geb. Hochstädter

geboren am 19. März 1869 in Lampertheim, wohnhaft in Mannheim, M7,20. Von hier wurde sie am 22. Oktober 1940 nach Gurs deportiert. Todesdatum und -ort sind nicht bekannt, sie wurde für tot erklärt.²³⁵

²³² Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16. 01.2013; vgl. auch: Karb 1998, S. 171 ff.; StAL

²³³ Quelle: Gedenkbuch des Bundesarchivs, Online Abfrage 16. 01.2013

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Ebd.

Wenk, Henriette, geb. Hochstädter

geboren am 03. April 1876 in Lampertheim, wohnhaft in Mannheim, S6,14. Am 22. Oktober 1940 wurde sie nach Gurs deportiert, von wo sie in das Internierungslager Noé kam und da am 09. Juli 1943 verstarb.²³⁶

Wertheim, Josef

geboren am 02. Januar 1895 in Lampertheim, wohnhaft in Ingelheim a. Rhein. Er wurde am 30. September 1942 ab Darmstadt vermutlich nach Treblinka deportiert, wo er umkam. Der genaue Todesort und -datum sind nicht bekannt, er wurde für tot erklärt.

Westheimer, Salomon

geboren am 28. November 1891 in Rimbach, wohnhaft in Lampertheim. Von hier verzog er nach Stuttgart. Am 12. November 1938 war er im KZ Dachau für unbestimmte Zeit inhaftiert. Von Stuttgart kam er am 01. März 1943 mit einem Transport über Trier, Düsseldorf und Dortmund in das Vernichtungslager Auschwitz, wo er ums Leben kam. Der genaue Todesort und -zeitpunkt ist nicht bekannt, er wurde für tot erklärt.



v.l.n.r.: stehend Betty Mann, Erna May, Franz Mann, Ella Mann, Max Kaufmann, Erna Blum, sitzend: Martha Kaufmann, Trude Blum, Hannah Mann

Foto: Lampertheim, Beiträge aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde, S. 204

²³⁶ Ebd.

III.2b Sinti und Roma

So wie der Antisemitismus oder besser Antijudaismus eine notwendige Voraussetzung für die Vernichtungspolitik gegen „die Juden“ war, so war der Antiziganismus, der die These von der „rassisch“ bedingten Minderwertigkeit und Unverbesserlichkeit der Sinti und Roma beinhaltete, Voraussetzung für deren Verfolgung und Vernichtung. Die sogenannten Nürnberger Rassegesetze von 1935 erklärten „die Zigeuner“ genau wie „die Juden“ zur „*artfremden Fremdrasse*“, die der Vernichtung zugeführt werden sollte.

Die am 20. Januar 1942 in der Wannsee-Konferenz beschlossene „Endlösung der Judenfrage“ galt auch Sinti und Roma²³⁷. Über 500.000 Menschen dieser Volksgruppe wurden zwischen 1942 und 1945 in den Konzentrationslagern ermordet. Zudem wurden alle „*nach Zigeunerart umherziehenden Personen*“ verfolgt. Wer mit einem Wandergewerbeschein reisend sein Geld zu verdienen suchte, als Schausteller, Händler oder Handwerker, wurde als „Zigeuner“ angesehen. Da ab 1936 Wandergewerbescheine jedoch sehr restriktiv ausgestellt wurden, mussten diese Personengruppen in der Folgezeit zwangsläufig wegen „Bettelei“ oder „Landstreicherei“ straffällig werden (siehe auch: Das KZ-System). Ebenfalls ab etwa 1936 wurden in einigen deutschen Städten, so z.B. in Frankfurt a. M., „Zigeuner“ in sogenannten „Zigeunerlager“ zusammengelegt. Auch Sesshafte mussten ihre Wohnungen verlassen und in diese Lager ziehen. Von 1938/39 an wurden diese Personen systematisch erfasst und ab 1940 nach Osten deportiert. Anfang 1943 erließ das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) einen Befehl, den sog. Auschwitz-Erlass, alle „Zigeuner“ in das KZ Auschwitz einzuliefern. Die offizielle Begründung für ihre „Umsiedlung“, die den Betroffenen anfangs mitgeteilt wurde, lautete: „Ihr werdet ausgesiedelt. Ihr kommt nach Polen, dort bekommt jede Familie ein Stück Land und Vieh.“²³⁸ Die Reise endete für die Meisten im „Zigeunerlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau.

²³⁷ Sinti („Menschen vom sindhu“ = Indus) und Roma (von rom = Mensch) kamen ursprünglich aus Nord-West-Indien, die Sprache, die sie in ihren Familien sprechen ist das Romanes. Sinti leben seit rund 600 Jahren im deutschen Sprachraum und stellen hier die Mehrheit. Die deutschen Roma wanderten seit etwa 1860 aus den Balkanstaaten nach Deutschland ein. Der Name wird auch als Abgrenzung für die osteuropäischen Roma gegenüber den deutschsprachigen Sinti benutzt

²³⁸ Vgl. Krausnick 1986 S. 36

**Dewis (Devis),
Adam**

geboren am 18. März 1904 in Lampertheim, 1939 wohnhaft in Friedewald/Kreis Hersfeld. Er wurde mit seiner Familie nach dem Feststellungsergebnis vom 25. Mai 1940 in der „Liste der abzuschiebenden Zigeuner für den Landkreis Hersfeld“ registriert und 1943 deportiert. Am 27. März 1943 kam er im „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau ums Leben. Registriert war er dort mit der Häftlingsnummer Z-5310. Es ist davon auszugehen, dass seine Frau und seine neun Kinder dort ebenfalls ums Leben kamen. Weitere Angaben waren aus den Quellen nicht zu erfahren.²³⁹

Liste
der
abzuschiebenden Zigeuner
für
den Landkreis Hersfeld

Geheim!

(nach dem Feststellungsergebnis vom 25.5.1940).

Nr.	Vor- und Zuname.	Geburtsdat- um und Geburtsort	Wohnung u. Kreis.	Bemerkungen
Seite 1				
1	Adam Dewis	18.3.1904 in Lampertheim	Friedewald	
2	Maria Dewis	28.12.1901 in Totenbussen	"	
3	Anni Dewis	23.10.1924 in Singöfer	"	
4	Ella Dewis	6.4.1926 in Bechtheim	"	
5	Karl Dewis	17.5.1928 in Mainoben	"	
6	Karoline Dewis	8.11.1929 in Hertelbach	"	
7	Erna Dewis	7.4.1932 in Gernoda	"	
8	Maria Dewis	30.12.1933 in Heuten	"	
9	Luise Dewis	8.7.1935 in Kreuzen- bra	"	
10	Friedrich Dewis	12.5.1937 in Hothbach	"	
11	Marianne Dewis	17.5.1939 in Friedewald	"	
12	Maria Dewis			

Deportationsliste der Familie Adam und Maria Dewis und deren neun Kinder im Alter von 1 bis 16 Jahren.

Quelle: HHStAWI Abt.407 Nr. 864/ Engbring-Romang

²³⁹ Quelle: HHStAW Abt.407 Nr. 864; Gedenkstätte KZ Ravensbrück Archiv

Kreutz, Anna (Ana)

geboren am 19. August 1932 in Lampertheim, wahrscheinlich als Kind einer Schauspielerfamilie, die sich zu dieser Zeit in Lampertheim aufhielt. Der letzte Wohnort ist nicht bekannt. Sie starb am 13. April 1944 im Alter von nur elf Jahren im „Zigeunerlager“ Auschwitz-Birkenau. Sie war dort mit der Häftlingsnummer Z-5897 registriert. Außer dem Geburts- und Sterbedatum und der Häftlingsnummer konnten keine weiteren Angaben ermittelt werden. Es gibt jedoch Anlass zu der Vermutung, dass ihre Familie aus dem Raum Duisburg kam und einige der Überlebenden ab 1950 in Mannheim lebten.²⁴⁰

III.3 Religiös Verfolgte

Die Grenzen zwischen politischer und religiöser Verfolgung sind fließend. Ein geschlossenes Weltbild, wie es dem katholischen Milieu oder den Zeugen Jehova innewohnte (auch der Arbeiterbewegung), förderte eher eine oppositionelle Haltung gegenüber dem NS-Regime, was aber nicht mit „politischem Antifaschismus“ und dem illegalen Widerstand zu verwechseln ist. Wer sich jedoch „nicht mit dem Nationalsozialismus befreunden“ konnte, musste mit Schikanen und Schlimmerem rechnen.

III.3a Katholiken



*Pater Delp mit seinen Eltern
1937*

*Foto: Hotz, Gerhard; Simon,
Hubert: Archivbilder Lampertheim*

Delp, Alfred

geboren am 15. September 1907 in Mannheim, aufgewachsen in Hüttenfeld, ab 1914 wohnhaft in Lampertheim im damaligen katholischen Vereinshaus „Zum Schwanen“. Er besuchte das Gymnasium in Dieburg und trat nach dem Abitur 1926 in den Jesuiten-Orden ein. 1937 wurde er zum Priester geweiht, ab 1942 arbeitete er in der Widerstandsgruppe des „Kreisauer Kreis“ mit. Am 28. Juli 1944 wurde er verhaftet und vom Volksgerichtshof wegen „Hoch- und Landesverrat“ zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Urteil wurde am 02. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee vollstreckt. In Lampertheim sind der Pater-Alfred-Delp-Platz und die Alfred-Delp-Schule, sowie die Alfred-Delp-Kapelle der St.-Andreas-Kirche nach ihm benannt.

²⁴⁰ Quelle: Gedenkstätte KZ Ravensbrück Archiv

Franz, Johanna

geboren am 16. Oktober 1894 in Lampertheim, Lehrerin, katholisch, ledig, 1933 wohnhaft: Leopoldstraße 6 (damals: „Horst-Wessel-Str. 6“), Lampertheim. Sie war ab 1930 Lehrerin in Lampertheim. Sie galt als eigenständige Persönlichkeit und wurde vermutlich wegen der Gestaltung ihres Religionsunterrichts ab dem 08. August 1937 an eine Volksschule in Harheim, im Kreis Friedberg zwangsversetzt und ab dem 18. November 1938 zwangsweise in den Ruhestand geschickt. Nach 1945 wohnte sie in Lampertheim in der Kaiserstraße 22 und unterrichtete bis zu ihrer Pensionierung an der Schillerschule. Sie ist in Lampertheim verstorben.²⁴¹

Korb, Adam

geboren am 02. Januar 1918 in Lampertheim, katholisch, 1933 wohnhaft: 1. Neugasse 19, Lampertheim, Schreinerlehrling, Mitglied im Katholischen Jünglingsverein Lampertheim. Am 27. Januar 1934 fuhr er in Begleitung eines Lampertheimer Schulkameraden mit dem Zug von Mannheim nach Lampertheim zurück. Im Gespräch über die katholischen Jugendverbände äußerte sein Begleiter, dass es *„in Zukunft nur noch eine Jugendbewegung geben werde“* [gemeint war die HJ], worauf Korb erwiderte: *„Wenn es zur Auflösung der katholischen Jugendverbände gekommen wäre, dann wäre der Herr Reichskanzler Adolf Hitler wortbrüchig geworden,“* und weiter *„... die Mitglieder des aufgelösten Vereins würden sich dann trotz Verbot wieder zusammen finden.“* Zur Bekräftigung seiner Äußerung überließ er seinem Gesprächspartner ein Flugblatt mit der Überschrift: *„An die Mitglieder der katholischen Jugendorganisationen“*. In Lampertheim angekommen lieferte dieser das Flugblatt bei der Polizei ab und so: *„... bildet dieses Gegenstand besonderer polizeilichen Ermittlungen“*; wie es in dem *„Antrag auf Schutzhaftnahmeverfügung“* vom 30. Januar 1934 hieß. Für den sechzehnjährigen Adam Korb wurden drei Wochen Schutzhaft im KZ Osthofen in der Zeit vom 01. Februar bis 21. Februar 1934 angeordnet. Auf Intervention seines Mannheimer Lehrherrn, des Möbelschreiners Otto Häusler, wurde er nach zwei Wochen am 14. Februar 1934 aus der „Schutzhaft“ entlassen. Im Unterschied zu Verhaftungen von Kommunisten, über die in der Presse jeweils ausführlich berichtet wurde, wurde diese Verhaftung mit keinem Wort erwähnt. Denn den örtlichen Nationalsozialisten war klar, dass die Kriminalisierung eines katholischen Lehrlings in der Bevölkerung auf weit weniger Verständnis stoßen würde als die Verhaftung eines Kommunisten. Korb musste ab 1939 als Soldat am Zweiten Weltkrieg teilnehmen. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wanderte er mit seiner Ehefrau 1954 nach Australien aus. Dort ist er zwischenzeitlich verstorben, seine Frau und seine drei Kinder leben in Australien.²⁴²

²⁴¹ Quelle: Großneffe der Johanna Franz

²⁴² Quelle: StAL; HStAD; vgl. Inachin S. 342; Erzählungen eines Neffen des Adam Korb

Schäfer, Jakob IV

geboren in Lampertheim, Landwirt, katholisch, 1933 wohnhaft: Biedensandstraße 11, Lampertheim. Er organisierte mit einem weiteren Kirchenvorstandsmitglied eine Unterschriftensammlung, mit der die Rückkehr des Pfarrers Unger gefordert wurde. Deswegen wurde er vermutlich am 23. März 1934 in das KZ Osthofen eingeliefert. Die Zeitdauer seines Aufenthaltes dort ist nicht bekannt. Er ist in Lampertheim verstorben. (siehe auch Weppelmann, Heinrich; Unger, Johannes).²⁴³

Unger, Johannes

geboren am 01. Juni 1866 in Kirschhausen im Odenwald, ab 01. Mai 1899 Pfarrer in Lampertheim. Zur Behebung der Wohnungsnot und zur Belebung des Bauhandwerks war er 1919 Mitbegründer der Gemeinnützigen Baugenossenschaft und des Sparvereins „Biene“. Als resoluter Prediger und Lehrer war er den örtlichen Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Wegen angeblich „fortgesetzter Hetze gegen das Dritte Reich“ wurde er am 15. März 1934 verhaftet und von der Staatspolizei in Worms mehrere Stunden verhört. Eine Anklage konnte nicht erhoben werden. Dafür wurde ihm neben dem Verbot, weiterhin Religionsunterricht zu erteilen, ein Aufenthaltsverbot für Lampertheim ausgesprochen, da laut NSDAP-Ortsgruppe „eine Rückkehr nicht erwünscht“ sei. Er lebte fortan bei Verwandten in Bensheim, verkraftete die Aufregungen und die Trennung von seiner Gemeinde nicht und verstarb am 06. August 1935 während eines Kuraufenthaltes in Biberach. Den Bemühungen seines Kaplans Othmar Weis ist es zu verdanken, dass die NSDAP-Ortsgruppe erlaubte, ihn in Lampertheim zu beerdigen. Die Johann-Unger-Straße wurde nach ihm benannt.²⁴⁴



Foto: privat

Weppelmann, Heinrich

geboren am 07. Oktober 1913 in Lampertheim, Kaufmannsgehilfe, katholisch, 1933 wohnhaft: Friedhofstraße 2, Lampertheim. Er kam vermutlich am 23. März 1934 wegen einer Unterschriftenliste, die er gemeinsam mit einem weiteren Gemeindemitglied gegen die Verbannung des Pfarrers Unger zirkulieren ließ, in das KZ Osthofen. Wie lange er dort inhaftiert war geht aus der Quelle nicht hervor. Er ist am 15. Juni 1994 in Lampertheim verstorben (siehe auch: Schäfer, Johann IV; Unger, Johannes).²⁴⁵

²⁴³ Quelle: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Archiv

²⁴⁴ Vgl. Inachin S. 345 ff.

²⁴⁵ Quelle: Erzählung Sohn des Heinr. Weppelmann; NS Dokumentationszentrum R-P, Archiv

Exkurs 2:

Am 01. Juli 1933 wurden in Lampertheim auf Anordnung der NSDAP-Ortsgruppe sämtliche katholische Organisationen aufgelöst. Die SA durchsuchte die Vereinsräume. Im Vereinshaus „Zum Schwanen“ und im Pfarrhaus wurden Wimpel, Zeitschriften und Anderes beschlagnahmt. Nach einem Monat wurden die beschlagnahmten Gegenstände wieder freigegeben und ein Teil der aufgelösten Organisationen wieder zugelassen. Die Aktivitäten wurden jedoch von den örtlichen Nationalsozialisten genauestens beobachtet.²⁴⁶

Am 18. Januar 1936, dem „Reichsgründungstag“²⁴⁷, wurde der Pfarrer Heinrich Schäfer wegen Nichtbeflaggung der St.-Andreas-Kirche von der Polizei vorgeladen und kam, da „erst neu im Amt“, mit einer mündlichen Verwarnung davon.

Am 27. Oktober 1936 erging vom Hessischen Kreisamt Heppenheim eine: *„Stellungnahme an den Herrn Reichsstatthalter – Landesregierung – Abt. VIII in Sache Beschwerde des Bäckers Theodor Schmerker wegen <Einzelaktionen gegen christliche Geschäftsleute>“* folgenden Inhalts: *„Wir glauben nicht, dass der Beschwerdeführer eines besseren Schutzes würdig ist. Allerdings muss gegen das ungesetzliche Gebaren unbekannter Stellen [sic] vorgegangen werden.“*²⁴⁸ Dieser Stellungnahme des Kreisamtes war ein Schreiben Theodor Schmerkers vom 22. September 1936 an den „Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. Schacht“ in Berlin vorausgegangen. Schmerker wandte sich an das Reichswirtschaftsministerium, weil, wie er schreibt: *„... meine Bemühungen bei den örtlichen Stellen von sehr geringem Erfolg waren...“*. Er schilderte dann, dass seit geraumer Zeit offen und versteckt versucht würde, auf die Bevölkerung einzuwirken, nicht mehr bei ihm zu kaufen, dass selbst die Ortspolizei zur Durchführung eines Boykotts seines Geschäfts veranlasst werden sollte, und dass in der Nacht vom 18. auf den 19. September 1936 die Fassade seines Hauses mit dem Wort: *„Judenknecht“* beschmiert worden war, weil er Brot an Juden verkaufe. Er habe sich zuvor schon bei der Polizei und dem NSDAP Ortsgruppenleiter beschwert: *„ohne dass bis heute ein Resultat zu verzeichnen gewesen wäre“*, obwohl er den mutmaßlichen Urheber der Aktionen und dessen Beweggründe benannt hatte: *„Herr Jean Würtemberger ... fühlt sich berufen seine eigenen Geschäftsinteressen mit jenen der nationalsozialistischen Bewegung zu verbinden, um Aktionen gegen mich durchführen zu können.“* Bei den „unbekannten Stellen“ handelte es sich um den „Pg.“ und Ortsamtsleiter der örtlichen und Pressereferenten der Bensheimer Kreisamtsleitung der NS-Handels-, Handwerks- und Gewerbeorganisation, kurz NS-Hago.

²⁴⁶ Vgl. Inachin S. 341

²⁴⁷ Am 18.01.1871 erfolgte die Kaiserproklamation im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles

²⁴⁸ Quelle: HStAD, G15, Q288

Der Ortsamtsleiter Johann Jakob Würtemberger unterhielt eine rege Korrespondenz mit der Redaktion des „Stürmer“, in der er „Erfolgsmeldungen“ „über die durchgeführte Erziehungsmaßnahme der breiten Masse“ vermeldete: „... dabei wurde erreicht, dass der Geschäftsumsatz der jüdischen Geschäfte auf etwa 10 % zurückgegangen ist.“ Allerdings, hieß es weiter, würde der Bäckermeister Schmerker sich als „Judas“ auszeichnen, da er ein Schild mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ zwar gekauft habe, es aber nicht zum Aushang brächte und weiterhin an Juden verkaufe. Aber nicht nur wer Brot an „Juden“ verkaufte wurde mit Namen und Adresse dem „Stürmer“ gemeldet, sondern auch: „Bei der Beerdigung des Judenjungen Süß in Mannheim haben folgende Lampertheimer Vg. [Volksgenossen] teilgenommen: ...“. Und weiter: „Auch die Metzgermeister: ... tätigen heute noch Viehkäufe bei den Viehandelsjuden Gebr. Bär zu Lampertheim.“ Es folgten jeweils die Namen mit Anschriften, verbunden mit der Bitte in der nächsten „Stürmer“-Ausgabe zum Zwecke des Aushangs im Schaukasten zu berichten.²⁴⁹

III.3b Zeugen Jehovas („Ernste Bibelforscher“)

Die Zeugen Jehovas oder auch Internationale Bibelforscher-Vereinigung, von den Nationalsozialisten als „Ernste Bibelforscher“ bezeichnet, wurden vom ersten Tag des NS-Regimes mit aller Härte verfolgt. Die Mitglieder dieser Glaubensgemeinschaft sind zu 97 %, d.h. nahezu ohne Ausnahme, Opfer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen geworden. Grund für die Verfolgung der Zeugen Jehovas war deren konsequente Ablehnung und nicht Anerkennung eines weltlichen „Führers“. Sie zeigten dies öffentlich durch die Verweigerung bspw. des „Deutschen Grußes“, der Mitgliedschaft in politischen Organisationen wie der „Hitler-Jugend“ (HJ) und des Militärdienstes. Da sie zudem in ihren Publikationen wie dem „Wachturm“ die Gräueltaten der Nazis, teils unter Nennung der Namen der Verantwortlichen, anprangerten, wurden sie strengsten überwacht und verfolgt. Etwa 5000 Zeugen Jehovas verloren wegen ihres Glaubensbekenntnisses ihr Leben in Gefängnissen und Konzentrationslagern oder wurden hingerichtet.²⁵⁰ (siehe auch: Das KZ-System) Folgende Lampertheimer konnten durch die Quellenrecherchen ermittelt werden:

Herweck, Magdalena

geboren am 02. April 1882 in Lampertheim, Arbeiterin, 1933 wohnhaft in Mannheim. Sie wurde 1937 als Zeugin Jehovas vom Sondergericht Mannheim wegen „Betäti-

²⁴⁹ Die Korrespondenz aus den Jahren 1936 und 1937 liegt den Autoren in Kopie vor

²⁵⁰ Vgl. Kiltthau 2000 S. 154 ff.; Bosch, Niess 1984 S. 103

gung für die Ziele der Ernsten Bibelforscher“, ein Vergehen gegen die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28.02.1933 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe wurde sie am 21. Februar 1938 mit der Haftnummer 302 im KZ Moringen/Lichtenburg registriert und nach der Auflösung des KZ Lichtenburg in das KZ Ravensbrück verlegt.²⁵¹

Neff, Wilhelm

geboren am 24. Februar 1903 in Hofheim, Schlosser, 1933 wohnhaft in Darmstadt. Er war Prediger und Leiter der verbotenen Religionsgemeinschaft „Menschenfreundliche Versammlung“ – eine Abspaltung der Zeugen Jehovas –. Da er seit 1934 den „organisatorischen Zusammenhalt“ dieser verbotenen Gruppe aufrechterhalten und Druckschriften verbreitet haben sollte, wurde er am 04. November 1937 in Untersuchungshaft genommen und vom Sondergericht Darmstadt am 10. Januar 1938 zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten verurteilt, die er bis zum 10. April 1938 im Gerichtsgefängnis Darmstadt verbüßte. Ob auch er im Anschluss an die Haftstrafe in Schutzhaft genommen wurde, geht aus den Quellen nicht hervor, ist aber anzunehmen.²⁵²

III.4 Sonstige Verfolgte

Unter diesem Punkt werden alle die Menschen genannt, die nicht vordergründig wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder ihrer religiösen Gegnerschaft zum NS-System oder aus rassistischen Gründen verfolgt wurden, sondern wegen „Verstößen“ gegen die „Rassegesetze“, die „Heimtücke-Verordnung“, die „Volksschädlings-Verordnung“ etc. bestraft wurden und die Opfer der militärischen Strafjustiz geworden waren. Auch hier gibt es fließende Übergänge bei den Zuordnungen.

Bauer, Konrad

geboren am 06. Dezember 1902 in Lampertheim, Hilfsarbeiter, 1933 wohnhaft: Viernheimer Straße 29, Lampertheim, ehem. KPD. In der Silvesternacht vom 31. Dezember 1933 zum 01. Januar 1934 sollte er in der Gaststätte „Zum Tannhäuser“ in der Kaiserstraße mehrmals „*Rotfront lebt*“ gerufen und kommunistische Musik und Lieder gemacht und gesungen haben. Er wurde auf Grund einer Anzeige Anwesender für vier Wochen, vom 05. Januar bis zum 02. Februar 1934, in „Schutzhaft“ im KZ Osthofen genommen.²⁵³

²⁵¹ Quelle: Gedenkstätte KZ Ravensbrück; GLA BW Karlsruhe

²⁵² Quelle: HStAD, G27 Nr. 677

²⁵³ Quelle: HStAD, G15, S.236, Q276

Beck, Adam

geboren am 30. April 1908 in Lampertheim, Fabrikarbeiter, Kraftfahrer, 1933 wohnhaft: Saarstraße 9, Lampertheim. Er befand sich seit dem 25. August 1936 im Gerichtsgefängnis Darmstadt in Untersuchungshaft. Am 03. Oktober 1936 erhob der Oberstaatsanwalt in Darmstadt Anklage wegen Vergehens gegen das „Blutschutzgesetz“ vom 15. September 1935, da er bis Februar 1936 eine sexuelle Beziehung mit der Jüdin Erika Frank unterhalten haben sollte. Das Landgericht Darmstadt verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Am 28. Januar 1937 wurde er in das Gefängnis Zweibrücken überführt, von wo er am 22. Dezember 1937 entlassen wurde.²⁵⁴ (siehe auch Frank, Erika; Steffan, Ludwig)

Brechenser, Margarete, geb. Schremser

Geburtsdatum unbekannt, Geburtsort: Lampertheim. Sie wurde vom Sondergericht Mannheim 1943 wegen angeblichen Diebstahls nach § 4 der „Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 05.09.1939 und § 242 Reichsstrafgesetzbuch verurteilt. Der genaue Haftgrund, Strafmaß und Strafanstalt sind bisher nicht bekannt.²⁵⁵

Christmann, Jakob

geboren am 09.09.1922 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Wachthausstraße 6, Lampertheim. Er wurde am 01. Dezember 1942 zum Kriegsdienst beim Infanterie-Ersatzbataillon 107 nach Worms eingezogen. Wohl im Frühjahr 1941 desertierte er und konnte sich einige Zeit auf dem Heuboden über der Stallung des elterlichen Anwesens verstecken, bis er erkannt und denunziert wurde. Vom Gericht der 172. Division in Wiesbaden wurde er wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt. Die Todesstrafe wurde in eine 15-jährige Zuchthausstrafe umgewandelt, die nach Kriegsende zu verbüßen gewesen wäre, zwischenzeitlich sollte er zu Zwangsarbeit herangezogen werden. Im August 1942 erfolgte seine Verlegung in das KZ Esterwegen, zunächst in das Lager III Brual-Rhede, im Februar 1943 dann in das Lager I Börgermoor, wo er am 09.03.1943 im Lagerlazarett vermutlich an den Folgen der Haft im Alter von zwanzig Jahren verstarb. Offizielle Todesursache: „Herzschwäche“.²⁵⁶

Daunke, Wilhelm Gottlieb

geboren am 03. Dezember 1895 in Lampertheim, katholisch, ledig. Er arbeitete als kaufmännischer Angestellter bei BBC Mannheim (heute ABB). Der Betrieb wurde während des Krieges wegen der Bombardierungen Mannheims nach Wallhausen/Kreis Schwäbisch Hall ausgelagert. Am 13. April 1945 um 17:30 Uhr „fand man“ seine Leiche im Waldteil Brühl, Todesursache: Genickschuss. Daunke war als

²⁵⁴ Quelle: HHStA Wiesbaden G27 Nr. 2975

²⁵⁵ Quelle: GLA BW Karlsruhe

²⁵⁶ Quelle: StAL; Gedenkstätte Esterwege; Zeitzeugen Bericht

Spitzel denunziert worden und wurde am 13. April 1945 von der SS wegen „Feindbegünstigung“ erschossen und verscharrt. Im Zuge einer Umbettungsaktion im Januar 1957 wurden seine sterblichen Überreste von Wallhausen nach Crailsheim überführt und auf dem dortigen Ehrenfriedhof bestattet.²⁵⁷

Delp, Ewald

geboren am 05. September 1909 in Lampertheim, Bruder des Paters Alfred Delp, katholisch, Verwaltungsinspektor, 1933 wohnhaft: Römerstraße 98, ehem. Zentrumsmitglied. Am 14. Juni 1934 lief ein Ermittlungs- und Disziplinarverfahren gegen ihn als Bürgermeisterangestellten wegen „Beleidigung im Amt“. Die Verfahren wurden vermutlich eingestellt, da aus der Quelle nichts Näheres hervorgeht. In der Stellungnahme zu seinem Entnazifizierungsverfahren von 1946 heißt es u.a.: „*Delp wurde einmal und zwar im Mai 1934 von Polizeikommissar von Foullon verhaftet, kam aber nach einigen Tagen wieder frei.*“²⁵⁸

Frank, Erika Irmgard

geboren am 31. März 1904 in Altenglanz/Kreis Kusel, Tochter der Berta Frank und des 1919 verstorbenen Moritz Frank, Haushaltshilfe, zwei uneheliche Söhne. Sie wohnte mit ihrem älteren Sohn Werner bei ihrer Mutter in der Wilhelmstraße 67 in Lampertheim. Der jüngere Sohn Hans befand sich in einem Kinderheim in Neulsenburg. Im Juni 1936 wurde sie in Untersuchungshaft genommen, da sie ein Kind abgetrieben haben sollte und sexuelle Beziehungen zu dem SA-Mann Ludwig Steffan unterhalten haben sollte. Das Schwurgericht Darmstadt verurteilte sie am 16. Dezember 1936 wegen versuchter Abtreibung und Kindstötung zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Nach Verbüßung der Strafe wurde sie, obwohl die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ ihre Auswanderung nach der Entlassung organisierte, am 18. Januar 1940 in das KZ Ravensbrück mit der Haftnummer 2661 und dem Vermerk Rassenschande, J (Jüdin) eingeliefert. Sie fiel der „*Sonderbehandlung*“ oder auch „*Aktion 14 f 13*“²⁵⁹ zum Opfer und wurde am 23. März 1942 in der Tötungsanstalt Bernburg in der Gaskammer ermordet und verstarb nicht im KZ Ravensbrück, wie damals offiziell mitgeteilt und bisher angenommen wurde.²⁶⁰ (siehe auch: Frank, Berta und Werner; Beck, Adam; Steffan, Ludwig)

²⁵⁷ Quelle: StAL

²⁵⁸ HStAD, Ga5, S.219, Q290; StAL Sign.: XIX/4

²⁵⁹ Himmler wollte nach dem sogenannten Euthanasiestopp die Mordkapazitäten der Euthanasieanstalten nutzen, um die KZs von „*Ballastexistenzen*“ zu „befreien“, das waren kranke, „rassisch minderwertige“ und politisch missliebige bzw. aufsässige Häftlinge. 14 f 13 war das Aktenzeichen, unter dem die Morde an den Häftlingen geführt wurden, „14f“ bedeutete Tod im KZ und „13“ Tod durch Gas; „14f 3“ bspw. war das Aktenzeichen für „Erschießung auf der Flucht“. „Sonderbehandlung“ war im Nazi-Jargon die Bezeichnung für physische Vernichtung. Etwa im April/Mai 1943 wurde die *Sonderbehandlung 14 f 13* vorerst eingestellt, da die Häftlinge in der Rüstungsindustrie arbeiten sollten. 14 f 13-Opfer starben im jeweiligen KZ offiziell eines „natürlichen“ Todes, von dort wurde auch ihr Tod bescheinigt

²⁶⁰ Quelle: HHStA Wiesbaden, G27 Nr. 2975-2976

Görisch, Jakob

Geburtsdatum unbekannt, Geburtsort Lampertheim, Arbeiter in der „Zellstofffabrik“ (heute SCA Hygiene Products) Mannheim, 1933 wohnhaft: Viernheimer-Straße 52, Lampertheim. Er war Mitglied des MGV „Liedertafel“ und der SPD. Nach Zeitzeugenbericht war Görisch drei Wochen im KZ Osthofen inhaftiert, wegen negativer Äußerungen über das Winterhilfswerk und der Weigerung, dafür zu spenden: „Für die Winterhilfe geb´ ich nix!“²⁶¹

Guthier, Johannes Adam III

geb.: 22. Oktober 1887 in Lampertheim, Fabrikarbeiter, verheiratet, 1933 wohnhaft: Römerstraße 144, Lampertheim, ehem. KPD. Als Gast im Wirtshaus „Germania“ in der Neuschloß-Strasse sollte er am 12. August 1933 angeblich gesagt haben: „*Ich bin Kommunist und ich bleibe Kommunist*“. Ein SA-Mann fühlte sich belästigt und erstattete Anzeige. Wegen Vergehens gegen das „Heimtückegesetz“ wurden zwei Wochen „Schutzhaft“ im KZ Osthofen angeordnet, da das KZ überfüllt war, musste er eine Woche im Lampertheimer Polizeigefängnis verbüßen. Am 12. Dezember 1941 wurde er wegen Vergehens gegen die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 01.09.1939 in die Untersuchungshaftanstalt Darmstadt eingewiesen. Das Sondergericht Darmstadt verurteilte ihn am 10. Februar 1942 zu zwei Jahren Zuchthaus, abzüglich acht Wochen Untersuchungshaft. Am 18. März 1942 wurde er in das Zuchthaus Bruchsal überstellt. Sein Vergehen: Er hatte vermutlich ausländische Radiosender, sogenannte „Feindsender“, gehört und wurde denunziert.²⁶²

Guthier, Johann Adam

geboren am 24. Mai 1878 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Mathildenstraße 3, Lampertheim, ehem. Zentrumsmitglied. Er sollte am 18. September 1933 abfällige Äußerungen gegen die „Regierung der nationalen Erhebung“ gemacht haben und wurde von einem NSDAP-Mitglied zur Anzeige gebracht. Vom 19. bis 20. September 1933 befand er sich im Gefängnis Lampertheim in Gewahrsam, anschließend wurden drei Wochen „Schutzhaft“ angeordnet, von denen er wegen Überfüllung vermutlich nur zwei Wochen im KZ Osthofen verbüßen musste.²⁶³

Hahl, Jakob

geboren am 07. Oktober 1896 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Römerstraße 152. Er sollte laut Zeugenaussage am Nachmittag des 26. August 1933 in der Römerstraße in Höhe Nr. 120-132 „*kommunistische Lieder*“ gesungen und „*Rot*

²⁶¹ Quelle: Zeitzeugenbericht

²⁶² Quelle: HStAD, G15,S.236, Q276; G30 HD, S.82, Nr. 719

²⁶³ Quelle: HStAD, GL 15, S. 236, Q276

Front“ gerufen haben und wurde zur Anzeige gebracht. Am 06. September 1933 wurde er wegen Zuwiderhandlung gegen das Strafgesetz wegen staats- und parteifeindlicher Äußerungen zu drei Wochen „Schutzhaft“ im KZ Osthofen verurteilt. (siehe auch Keil, Georg)²⁶⁴

Heiselbetz, Georg

geboren am 28. April 1912 in Lampertheim, Arbeiter, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 25, Lampertheim. Auf dem Nach-Hause-Weg von einem Wirtshausbesuch sollte er sich am 25. Februar 1933 in der Viernheimer Straße dem SA-Mann Huber, der in Begleitung seiner Frau und eines weiteren SA-Mannes war, gegenüber „beleidigend und frech“ verhalten haben. Um Heiselbetz vor den SA-Männern zu schützen, nahm ihn ein hinzugekommener Polizeibeamter in Gewahrsam und brachte ihn in das Polizeigefängnis. Dort befand er sich vom 25. Februar bis zum 01. März 1933. Huber beantragte die Verhängung von „Schutzhaft“, was das Kreisamt Heppenheim am 27. Februar ablehnte mit der Begründung, dass die Tat nicht „schutzhaftwürdig“ sei und die „Frechheit“ mit drei bis fünf Tagen Polizeigewahrsam abgegolten wäre.

Keil, Georg

geboren am 14. September 1893 in Lampertheim, Kraftfahrer, verheiratet, 1933 wohnhaft: Rheinstraße 37, Lampertheim. Wegen Singens „*kommunistischer Lieder*“ in der Römerstraße am Nachmittag des 26. August 1933 wurde er zu drei Wochen „Schutzhaft“ im KZ Osthofen verurteilt. (siehe auch Hahl, Jakob)²⁶⁵

Lott, Heinrich

geboren 1885 in Lampertheim, Fabrikarbeiter, 1933 wohnhaft: Steinstraße 13, Lampertheim. Während des Vorbeimarsches eines SA-Trupps in Lampertheim am 29. Oktober 1933 machte Heinrich Lott, lt. Gerichtsprotokoll, folgende Äußerung: „*Wenn ich diese Sonntagssoldaten sehe, da läuft mir die Galle über ... Die Kommunisten, darunter Georg Oberfeld, haben von der SA so Schläge bekommen, dass Oberfeld mit gefalteten Händen vor der SA um Gnade gefleht hat ... dass sie mit ihren Schlägen aufhören sollen. Die Nationalsozialisten haben sich einmal hier blamiert, wenn sie geglaubt haben, die Kommunisten gingen auf ihr Ersuchen hin mit nach Frankfurt, um die Rede des Reichskanzlers Hitler zu hören, obwohl sie freies Essen und Trinken und die Fahrt vergütet bekommen sollten. Die Kommunisten haben dem hiesigen Amtsverwalter von Foullon was gepfiffen.*“ Das Sondergericht Darmstadt verurteilte Lott, lt. LZ vom 10. November 1933, wegen „übler Beleidigung des Führers“ zu zehn Wochen Gefängnis.²⁶⁶

²⁶⁴ Quelle: HStAD, G15, S.221, Q289

²⁶⁵ Quelle: HStAD, G15, S.236, Q276 Heiselbetz, Georg und Keil, Georg

²⁶⁶ Quelle: HStAD HADIS, Online Abfrage 05.10.2013

Müller, Johann Jakob

geboren am 13. November 1891 in Lampertheim, Tierpfleger, Invalide, geschieden, fünf Kinder, 1933 wohnhaft in Mannheim, ehem. KPD. Er wurde 1934 zu sechs Monaten Gefängnis wegen Vergehens gegen § 4 der VO zum Schutz von Volk und Staat und § 113 Reichsstrafgesetz (Widerstand gegen die Staatsgewalt) verurteilt. Er hatte in einem Gasthaus geäußert: *„Ich bin Kommunist und bleibe Kommunist, die, die heute dran sind, sind genauso große Spitzbuben wie die, die früher dran waren“*. Müller verstarb 1959 in Mannheim.²⁶⁷

Münch, Peter

geboren am 30. April 1909 in Lampertheim, Arbeiter, verheiratet, drei Kinder, 1933 wohnhaft: Neue Schulstraße 33, Lampertheim. 1935 verzog er mit der Familie nach Bürstadt. Er wurde als Flakwehrmann im September 1943 wegen Verlassens des Geschützes bei Luftalarm vom Gericht der 21. Flakdivision Mannheim zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Im April 1944 kam er in das Lager VII Esterwegen und wurde im September 1944 in das Wehrmachtsgefängnis Torgau verlegt. Nach 1945 lebte er wieder in Bürstadt und ist dort am 28. Juni 1991 verstorben.²⁶⁸

Munk, Berthold

geboren am 12. Mai 1909 in Krautheim/Kreis Buchen, Religion: israelitisch. Bruder des Hugo Munk. Er war gelernter Metzger und 1930 nach Lampertheim zugezogen. Am 24. Dezember 1930 heiratete er die katholische Lampertheimerin Margarete Bauer. Das Ehepaar hatte vier Kinder und wohnte in der Moltkestraße 21. Im April 1936 befand er sich für zwei Tage wegen angeblichen Bettelns im Polizeigefängnis Mannheim. Im Februar 1937 wurde er denunziert, sich im vergangenen Sommer 1936 [sic] in der Wohnung eines Nachbarn abfällig über Hitler geäußert zu haben. Er wurde wegen Vergehens gegen die „Heimtücke VO“ angeklagt, das Sondergericht Darmstadt sprach ihn am 13. September 1937 „mangels Beweise“ frei.²⁶⁹ 1939 verzog die Familie von Lampertheim nach Mannheim. Durch seine Ehe mit einer „Arierin“ war er vorerst vor Deportationen geschützt, Heinrich F. Karb spricht in seinem Buch davon, *dass „...er gegen Ende des Krieges noch nach dem Osten deportiert worden war, überlebte und nach Mannheim zurückkam und am 05. Februar 1982 in Mannheim verstorben ist.“*²⁷⁰ (siehe auch: Hugo Munk)

²⁶⁷ Vgl. Matthias; Weber 1984 S. 453

²⁶⁸ Quelle: Gedenkstätte Esterwegen, E-Mail 17.02./04.06.2013

²⁶⁹ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv

²⁷⁰ Vgl. Karb 1998 S.166

Müssig, Heinrich

geboren am 25. November 1895 in Lampertheim, gottgläubig, verheiratet, Feinmechaniker. Er wurde am 14. Juli 1943 in das Gefängnis Mannheim eingeliefert, Gefangenenbuchnummer: 681. Noch am gleichen Tag wurde er zum Strafvollzugslager der SS und Polizei Danzig-Matzkau in der Nähe Danzigs (heute Gdansk) überstellt. In diesem Strafvollzugslager der SS waren Angehörige der SS und des Polizeidiens-tes zur Ahndung disziplinarer Vergehen, z.B. „Befehlsverweigerung“, inhaftiert. Die Gründe und die Dauer der Inhaftierung gehen aus der Quelle nicht hervor, aber es ist anzunehmen, dass es sich bei ihm um einen SS-Mann oder Polizisten handelte.²⁷¹

Scheller, Alfons

geboren am 26. Juli 1904 in Worms, Uhrmacher, 1933 wohnhaft: Bürstädter-Straße 58, Lampertheim. Er wurde 1936 vom Sondergericht Darmstadt wegen abfälliger Äußerungen über die Regierung, Vergehen gegen das „Heimtücke-gesetz“ von 1934, und angeblichen Bettelns verurteilt. Seit dem 08. Januar 1943 gilt er als in Stalingrad vermisst. Er wurde 1977 für tot erklärt.²⁷²

Schmidt, Karl Adam

geboren am 21. Februar 1885 in Lampertheim, katholisch, Musiker, 1933 wohnhaft: Grabenstraße 53, Ebersheim/Rheinhessen. Er wurde vom Sondergericht Darmstadt am 09. März 1938 zu einem Jahr Gefängnis wegen Vergehens gegen das „Heim-tücke-gesetz“ verurteilt. Er sollte am 31. Dezember 1937 in einer Gaststätte geäußert haben: *„Lasst doch die Juden gehen ...“* und *„... die heute für Hitler sind, sind es um Nutzen daraus zu ziehen ...“* Das Urteil wurde vom Gericht Mainz am 10. Mai 1938 unter Einbeziehung anderer Delikte wie „Bettelns und Diebstahl“ in eine drei-jährige Gesamtstrafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung umgewandelt, die er im Zuchthaus Marienschloß verbüßen sollte. Über sein weiteres Schicksal war aus den Quellen nichts zu erfahren.²⁷³

Schmidt, Hermann

geboren am 17. Februar 1916 in Lampertheim, ledig, 1933 wohnhaft: Peterstraße 24, Lampertheim. Dem 18-Jährigen wurde von einer Nachbarin „Verächtlich-machung des Horst-Wessel-Liedes“ am 02. Februar 1934 vorgeworfen, daher wurde er in „Schutzhaft“ genommen. Über Zeitpunkt und -dauer seiner Inhaftierung im KZ Osthofen konnten keine näheren Angaben ermittelt werden.²⁷⁴

²⁷¹ Quelle: ITS Arolsen, Doc.No. 11800821, E-Mail vom 16.12.2013

²⁷² Quelle: HStAD, HADIS, Online Abfrage 14.10.2013; StAL;

²⁷³ Quelle: HStAD, G27, SMS 5/38

²⁷⁴ Quelle: HStAD, G15, Q 276, HADIS, Online Abfrage 13.03.2013

Sommer, Ernst

geboren am 29. November 1914 in Lampertheim. Bis Februar 1933 wohnte er in der Römerstraße 152 in Lampertheim und verzog dann nach Kassel. Am 22. Oktober 1942 erfolgte die Einlieferung in das KZ Sachsenhausen, Häftlingsnummer 50.113, Häftlingskategorie BV „Berufsverbrecher“. Näheres ist nicht bekannt. Er ist in Oltarzew bei Warschau, wahrscheinlich in einem KZ-Außenkommando, am 01. Oktober 1944 ums Leben gekommen.²⁷⁵

Steffan, Ludwig

geboren am 06. Januar 1912 in Lampertheim, Kraftfahrer, 1933 wohnhaft: Wilhelmstraße 69. Er befand sich ab Juni 1936 im Gefängnis Darmstadt in Untersuchungshaft, da er von September 1935 bis Januar 1936 zu der Jüdin Erika Frank eine sexuelle Beziehung unterhalten haben sollte. Der Oberstaatsanwalt in Darmstadt erhob im Oktober 1936 vor dem Landgericht Darmstadt Anklage wegen Vergehens gegen das „Blutschutzgesetz“ vom 15. September 1935 und Beihilfe zur Abtreibung. Das Landgericht Darmstadt verurteilte ihn am 22. Dezember 1936 unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Am 28. Januar 1937 erfolgte seine Überführung in das Gefängnis Zweibrücken, von wo er am 23. Januar 1939 entlassen wurde.²⁷⁶

Straub, Adam

geboren am 24. März 1899 in Lampertheim, Schreiner, 1933 wohnhaft: Kaiserstraße 17, Lampertheim, vermutlich ehem. KPD. In einem Gespräch über die wirtschaftliche Lage mit einem ihm bekannten Feldschütz am 12. Juni 1933 sollte er sich kritisch über die Gewerkschaftspolitik der Regierung geäußert haben: *„Ihr braucht euch keine Hoffnung zu machen, es wird nicht besser mit der Arbeitslosigkeit. Ist es Recht, dass man die Gewerkschaftshäuser und Gelder der Gewerkschaften gestohlen hat?“* Er wurde von diesem angezeigt. Bei einer am 21. Juli 1933 erfolgten Hausdurchsuchung fand man einen alten Trommelrevolver ohne Munition. Er kam in Untersuchungshaft. Das Sondergericht Darmstadt verurteilte ihn am 25. Juli 1933 wegen Vergehens gegen die „VO zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28.02.1933 und gegen die „Heimtücke-VO“ vom 21.03.1933 zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Er verbüßte die Strafe bis zum 24. Dezember 1933 in der Hessischen Zellenstrafanstalt Butzbach. Im Anschluss erfolgte die Verbüßung einer Restgefängnisstrafe aus einer früheren Verurteilung, der Grund und die Dauer dieser Verurteilung gehen aus den Quellen nicht hervor.²⁷⁷

²⁷⁵ Quelle: Gedenkstätte Sachsenhausen; StAL

²⁷⁶ Quelle: HHStA Wiesbaden, G27 Nr. 2975-2976

²⁷⁷ Quelle: NS-Dokumentationszentrum R-P, Archiv: HStAD, G27, Nr.78

Strohmeinger, Philipp

geboren in Lindenfels, Schlosser und Schmied, katholisch, verheiratet, 1930 wohnhaft: Steinstraße 6, Lampertheim. Er war Mitglied der SPD, im Deutschen Metallarbeiter-Verband und des Gewerkschaftskartelles Lampertheim. Er gehörte im November 1918 dem Lampertheimer Arbeiterrat an. Am 02. März 1930 wurde er bei einer politisch motivierten Schlägerei tödlich verletzt. (siehe: Die NSDAP in Lampertheim).²⁷⁸

Weidenauer, Valentin

geboren am 05. Januar 1894 in Lampertheim, Maurer, 1933 wohnhaft in Mannheim, vermutlich ehem. KPD. Er wurde vom Sondergericht Mannheim wegen Singens „kommunistischer Lieder“, Vergehen gegen § 4 VO zum Schutz von Volk und Staat, zu einer Haftstrafe, deren Höhe nicht bekannt ist, verurteilt. Am 24. April 1967 ist er in Weinheim verstorben.²⁷⁹

Wetzel, Martin

geboren am 08. Januar 1896 in Lampertheim, Arbeiter, ehem. KPD. 1933 wohnhaft in Worms. Er sollte am 08. November 1934 in einer Wormser Wirtschaft den Brief eines angeblichen SA-Mannes Kruse aus dem Stabe Röhm's [sog. Kruse-Brief²⁸⁰] an den Reichspräsidenten Hindenburg zur Klärung der Reichtagsbrandstiftung verbreitet haben. Das Sondergericht Darmstadt verurteilte ihn wegen Vergehens gegen die „Heimtücke VO“ zu anderthalb Jahren Gefängnis. In den Jahren 1938 und 1939 wurde er von der Gestapo Neustadt/Weinstraße überwacht. Näheres ist hierzu nicht bekannt.²⁸¹

Exkurs 3:

Im Jahr 1934 kam es zu einer Häufung von Anzeigen und Beschwerden wegen angeblicher staats- und parteifeindlicher Äußerungen und Handlungen. Tatsächlich handelte es sich meist nicht um geplante, sondern um spontane Äußerungen und Handlungen, die aus einem Gefühl der Frustration und Unzufriedenheit heraus oder unter Alkoholeinfluss gemacht wurden. Die Gründe für eine Denunziation, dürften häufig im persönlichen Umfeld gelegen haben:

Georg Friedrich Hahl sollte sich abfällig über Partei und Staat geäußert haben, die Anzeige wurde mit der Bemerkung: „*Dummes Wirtshausgerede*“ abgetan.

²⁷⁸ Quelle: LZ 05.03.1930

²⁷⁹ Quelle: GLA BW Karlsruhe; Standesamt Lampertheim

²⁸⁰ In diesem Brief, der nach dem sog. „Röhm-Putsch“ – der Ermordung mehrerer Hundert unliebsamer eigener Genossen – zirkulierte, wurden die Nazis als eigentliche Brandstifter benannt. Die Urheberschaft ist unklar.

²⁸¹ Quelle: StA Speyer; HADIS, Online Abfrage 15.10.2013; vgl. auch LZ 28.12.1934

Elise Metzner, geboren am 23. Juli 1899, wohnhaft 1933: Bismarckstraße 21, Lampertheim, wurde von einer Nachbarin angeschwärzt, sich *gehässig über SA und Partei geäußert zu haben und sie hätte sogar für das Winterhilfswerk nicht gespendet. Dafür würde sie aber bei Juden in Mannheim einkaufen.* Ihrem Mann **Hermann Metzner** wurden ebenfalls abfällige Äußerungen über die SA während eines Aufmarsches am 11. Juli 1934 unterstellt. Die Gestapo ging von Nachbarschaftsstreitigkeiten aus und sah von Sanktionen ab.

Maria Weidenauer, 1933 wohnhaft: Römerstraße 81, Lampertheim, wurde wegen Verächtlichmachung der SA-Uniform angezeigt, sie sollte am 27. Dezember 1934 zu einem benachbarten SA-Mann gesagt haben: „*Du würdest besser die Fasnachtslumpen ausziehen.*“ Es erfolgten keine Sanktionen, da auch hier von Nachbarschaftsstreitigkeiten ausgegangen wurde. Selbst die „Parteigenossen“ der NSDAP bildeten keine Ausnahme: Über den Landwirt, Ortsbauernführer und NSDAP-Gemeinderat Nogger wurde von einem Parteifreund, ebenfalls Landwirt, im Januar 1936 das Gerücht verbreitet, er habe ein Geschäft mit einem Juden getätigt. Es kam zu einem Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung, das eingestellt wurde. Der wegen Beleidigung Beklagte war ab 1938 neuer Ortsbauernführer.²⁸²

III.5 Sterilisations- und Euthanasieopfer

Bei der Auswertung der Lampertheimer Sterilisations- und Euthanasieopfer überlegten wir lange, ob wir die Namen der Opfer anonymisieren sollten, wie dies meist in anderen Publikationen mit der Begründung getan wird, dies geschehe zum Schutz der Opfer und ihrer Nachfahren, da die Art und Weise des Todes meist nicht wirklich bekannt ist. Wir haben uns dann nach ausführlicher Diskussion entschieden, Ernst Klee zu folgen, der in seinem Buch geschrieben hat: „*Wer über 'H.P.' oder 'Martha W.' schreibt, vernichtet ihre Namen noch einmal, betreibt, gewollt oder nicht, das Werk der Mörder. Anonymisierung entehrt, löscht aus, tötet.*“²⁸³ Bei diesen zum Tode bestimmten „Fällen“ handelte es sich um Menschen, die bei aller Behinderung Freude und Schmerz fühlten und, da sie sich nicht selbst schützen konnten, den Schutz der Gesellschaft verdient gehabt hätten. Es geht darum, sie von „Fällen“ zu Menschen zu machen, ihnen einen Namen, eine Stimme und damit ein Stück ihrer Würde wieder zu geben.

²⁸² Quelle: HStAD, G15, Q276, 287, 290, 291

²⁸³ Vgl. Klee 2010 S. 17

Alberstadt, Katharina (geb. Salomon)

geboren am 16. September 1864 in Lampertheim, katholisch, verwitwet, der Ehemann war am 04. März 1938 verstorben, 1933 wohnhaft: Riesengasse 1. Am 19. November 1940 kam sie in das Landes-Alten- und Pflegeheim Darmstadt-Eberstadt und von dort in die Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim. Am 09. Juni 1941 wurde sie in die Zwischen- oder Sammelanstalt Eichberg in der Nähe von Eltville/Wiesbaden verbracht und von dort am 02. Juli 1941 in die Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg verlegt, wo sie vermutlich sofort nach der Ankunft getötet wurde. Laut Unterlagen des Stadtarchivs Lampertheim (StAL) sollte sie am 28. Juli 1941 in Bernburg an der Saale verstorben sein.²⁸⁴

Bär, Katharina Christine

geboren am 15. Oktober 1920 in Lampertheim, 1933 wohnhaft Schützenstraße. Sie befand sich 1941 in der Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim. Am 09. April 1941 wurde sie in der Zwischenanstalt Scheuern aufgenommen und von dort am 13. Mai 1941 nach Hadamar gebracht, wo sie am 03. Juni 1941 vergast wurde.²⁸⁵

Bayer, Elisabetha Katarina, geb. Hartmann

geboren am 03. Mai 1903 in Lampertheim-Neuschloß, evangelisch, geschieden, zuletzt wohnhaft in Nordheim. Da Nordheim damals zu Worms gehörte, befand sie sich zur Begutachtung, vermutlich einer Krankheit im Sinne des „Erbgesundheitsgesetzes“, in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt (LHPA) Alzey und zwar vom 25. Januar 1938 bis zum 15. Februar 1938. Eine angeordnete Unfruchtbarmachung unterblieb wegen Fehlgeburt. Vom 17. August 1939 bis zum 12. Mai 1940 war sie erneut in der LHPA Alzey und wurde dann mit einem Sammeltransport im Rahmen der Evakuierung der Anstalt wegen des Westfeldzuges²⁸⁶ in das Philippshospital Goddelau bei Darmstadt verlegt, wo sie sich bis zum 08. November 1940 befand. Ab dem 24. April 1941 befand sie sich wiederum im Philippshospital Goddelau und kam dann im Sammeltransport in die Zwischenanstalt Eichberg. Am 17. Mai 1944 wurde sie mit der Diagnose Geisteskrankheit und Grippe in der Tötungsanstalt Hadamar eingeliefert, wo sie am 23. Mai 1944 getötet wurde. Offizielle Todesursache: „Grippe“.²⁸⁷

²⁸⁴ Quelle: Bundesarchiv, Sig.: R179/20057; StAL;

Anmerkung: Vorsätzlich falsch ausgestellte Sterbeurkunden von Standesämtern anderer Städte mit einem späteren Sterbedatum waren an der Tagesordnung. Damit sollte zum einen vermieden werden, dass aus einer Anstalt zur gleichen Zeit viele Urkunden mit dem gleichen Sterbedatum verschickt wurden und zum anderen wurde für längst ermordete Patienten von den Kostenträgern der Pflegesatz kassiert

²⁸⁵ Ebd.

²⁸⁶ Die Anstalt wurde als Lazarett benötigt, da am 10.05.1940 der Angriff gegen Frankreich begann.

²⁸⁷ Quelle: Gedenkstätte Hadamar

Beisel, Jakob

geboren am 31. März 1899 in Lampertheim, evangelisch, 1933 wohnhaft I. Neugasse 12. Er wurde von der Heil- und Pflegeanstalt Gießen am 19. März 1941 in die Zwischenanstalt Weilmünster bei Limburg verlegt und kam am 03. April 1941 nach Hadamar, wo er am 22. April 1941 in der Gaskammer starb.²⁸⁸

Brand, Karl Heinrich

geboren am 15. August 1905 in Lampertheim, katholisch, 1933 wohnhaft Kaiserstraße 12. Er wurde von der Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim am 20. Februar 1941 in die Zwischenanstalt Weilmünster verlegt und kam am 18. März 1941 nach Hadamar, wo er am 31. März 1941 vermutlich in der Gaskammer starb.²⁸⁹

Dexheimer, Ernst

geboren am 25. März 1895 in Kriegsfeld bei Kirchheimbolanden, evangelisch, Kaufmann. Er war der zweitälteste von vier Brüdern und lebte mit seiner Familie seit 1907 in Lampertheim, wo sein Vater seit Oktober 1907 an der evangelischen Schule als Lehrer tätig war. Bis zum Beginn des Jahres 1920 lebte er mit seiner Mutter und seinen zwei jüngeren Brüdern in der Leopoldstraße 8 in Lampertheim. Der Vater war 1916 verstorben und der ältere Bruder im Ersten Weltkrieg 1917 gefallen. Vom 24. Januar 1920 bis zum 16. Mai 1940 befand er sich in der LHPA Alzey. Am 16. Mai erfolgte die Verlegung im Sammeltransport wegen des Westfeldzuges in das Pflegeheim Jugenheim, wo er bis zum 01. November 1940 blieb. Am 01. November 1940 wurde er in die LHPA Alzey rückverlegt. Am 29. April 1941 kam er in das Philipps-hospital Goddelau, wo am 31. Juli 1941 ein Meldebogen für die T4-Zentrale²⁹⁰ erstellt wurde. Er kam am 04. April 1945 in Goddelau ums Leben.²⁹¹ Man kann nicht mit Sicherheit sagen, dass sein Tod vorsätzlich herbeigeführt wurde, aber man kann annehmen, dass sein Ableben billigend in Kauf genommen wurde. Dass er trotz Meldung an die T4-Zentrale solange überleben konnte, lässt Raum für weitere Mutmaßungen: Vielleicht erfolgte seine Einweisung 1920 in die LHPA Alzey aufgrund einer kriegsbedingten psychischen Erkrankung aus dem Ersten Weltkrieg; vielleicht war seine Arbeitskraft für die Aufrechterhaltung des Anstaltsbetrieb bis Kriegsende unentbehrlich oder man wollte einen Mitwisser loswerden.

Griesheimer, Anna Marie (Maria)

geboren am 01. Januar 1877 in Lampertheim, Anschrift unbekannt. Von der Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim wurde sie am 09. April 1941 in die Zwischenanstalt Scheuern/Nassau verlegt und kam am 13. Mai 1941 nach Hadamar, wo sie vermut-

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ Ebd.

²⁹⁰ In der Tiergartenstraße 4 in Berlin befand sich die Planungszentrale für die Morde an Behinderten, die anhand der Meldebogen die Opfer selektierte, daher das Kürzel T4 für diese Mordaktion.

²⁹¹ Quelle: Landesarchiv Speyer, E-Mail 04.03.2014; StAL

lich gleich nach der Ankunft getötet wurde. Das genaue Sterbedatum ist nicht bekannt.²⁹²

Grünwald, Christine

geboren am 27. Januar 1871 in Lampertheim, Anschrift unbekannt. Sie befand sich in der Heil- und Pflegeanstalt Gießen und wurde am 25. April 1941 in die Zwischenanstalt Weilmünster verlegt und von dort am 23. Mai 1941 nach Hadamar, wo sie getötet wurde. Das genaue Sterbedatum ist nicht bekannt.

Halbauer, Katharina, geb. Beck

geboren am 06. März 1896 in Lampertheim, evangelisch, geschieden. Am 14. November 1933 wurde sie in Mannheim im Wöchnerinnenasyl Luisenheim in C7 zwangssterilisiert. Ab 1934 befand sie sich dann als Patientin einige Zeit in der Psychiatrie Heidelberg und in der Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim. Zwischenzeitlich lebte sie wieder in Lampertheim. Im Jahr 1944, der genaue Zeitpunkt ist nicht bekannt, befand sie sich in der Heil- und Pflegeanstalt Philippshospital Goddelau und kam über die Zwischenanstalt Eichberg nach Hadamar. In Hadamar wurde sie am 16. November 1944 mit der Diagnose „Geisteskrankheit“ und „Darmgrippe“ aufgenommen und verstarb dort am 28. November 1944. Offizielle Todesursache: „Herzschwäche, Darmgrippe!“

H. Elise, geb. Kettler

geboren am 10. Mai 1905 in Lampertheim. Sie hatte fünf Geschwister und lebte bis zu ihrer Heirat am 01. Dezember 1923 in der Friedrichstraße 29. Ihr Familienname und ihre Anschrift konnten nicht eruiert werden. Ihr anonymisierter Name fand sich auf einer Transportliste von Patienten, die am 08. September 1944 vom Philipps-hospital Goddelau in die Zwischenanstalt Eichberg verlegt wurden. Sie hat den Krieg, wahrscheinlich weil ihre Arbeitskraft unentbehrlich war, überlebt und ist am 14. Oktober 1957 in Heidelberg verstorben.²⁹³

Jakob, Jakob

geboren am 01. Dezember 1875 in Lampertheim, 1933 wohnhaft Mannheim-Käfer-tal. 1941 befand er sich in der Kreispflegeanstalt Weinheim und kam mit einem Sammeltransport am 26. März 1941 in die Anstalt Wiesloch. Von dort wurde er am 30. April 1941 nach Hadamar gebracht. Dieser Tag ist als Todestag anzunehmen. Das genaue Sterbedatum ist nicht bekannt.²⁹⁴

²⁹² Quelle: Bundesarchiv R 179/48; Hadamar, E-Mail 31.07.2013

²⁹³ Vgl.: Kaminer 2003 S.238; Standesamt Lampertheim, StAL

²⁹⁴ Quelle: Franz Janzowski, Patienten der Anstalt Wiesloch, E-Mail 27.08.2013

Müller, Lieselotte

geboren am 28. April 1922 in Lampertheim, evangelisch, sie hatte noch vier Geschwister, Eltern geschieden, Vater Kommunist (siehe auch Müller, Johann Jakob). Als Kleinkind befand sie sich längere Zeit in Darmstadt in einer Pflegefamilie. Nach der Scheidung der Eltern kam sie am 13. Dezember 1926 wieder nach Lampertheim. Sie besuchte die Volksschule, ihre Schulleistungen waren angeblich schwach, sie sollte schwer gelernt haben, besonders Lesen und Schreiben seien ihr schwer gefallen. 1936, im Alter von 14 Jahren, wurde daher für sie als einzige von fünf Geschwistern ein Antrag auf Sterilisation wegen „angeborenem Schwachsinn“ gestellt. Die Mutter erhob Einspruch gegen den Sterilisationsbeschluss mit der Begründung, dass ihre Tochter: *„... fähig sei, schon mit 15 Jahren einen Haushalt zu führen wie eine verheiratete Frau und es [ihr, der Mutter] gelungen sei eine Lehrstelle für die Tochter zu finden“*. Lieselotte selbst wollte nicht operiert werden, sie sagte, dass sie später Kinder haben wolle. Die Beschwerde der Mutter wurde vom Erbgesundheitsobergericht Darmstadt zurückgewiesen. Am 19. Januar 1938, Lieselotte war noch keine 16 Jahre alt, wurde im Stadtkrankenhaus Darmstadt die Sterilisation durchgeführt. Sie starb am 06. Juli 2002 in Lampertheim.²⁹⁵

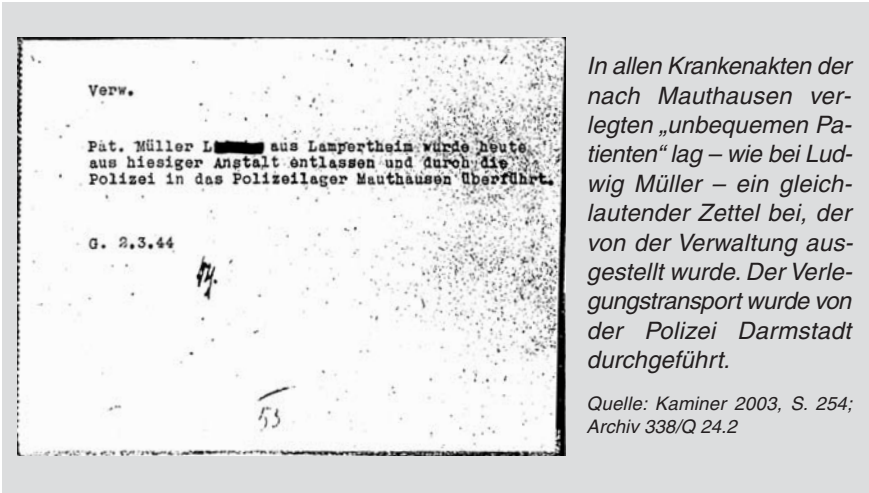
Müller, Ludwig

geboren am 17. Juni 1922 in Lampertheim, evangelisch, Hilfsarbeiter, 1. Neugasse. Er wurde, da er wegen angeblicher „Unzucht mit Männern straffällig“ geworden sei, vielleicht war er auch bewusst beschuldigt und angeschwärzt worden, in das Phillipshospital Goddelau eingewiesen. Dort wurde die Diagnose „angeborener Schwachsinn“ gestellt, die in erster Linie dazu dienen sollte, eine Zwangssterilisation zu beantragen. Gegen seinen Willen und trotz Einspruchs der Eltern wurde er im Stadtkrankenhaus Worms am 06. August 1941 – mit 19 Jahren – sterilisiert. Nach seiner Rückverlegung in das Phillipshospital stellte die Familie mehrere Anträge auf Entlassung, selbst an den Reichsführer SS Himmler, die alle abschlägig beschieden wurden. Da Ludwig Müller mehrere Fluchtversuche aus der Anstalt unternahm und nicht alle Behandlungsmaßnahmen, einschließlich der Sterilisation, widerspruchslos hingenommen hatte, galt er als *„gänzlich uneinsichtig und asozial“*. Am 02. März 1944 wurde er daher in das KZ Mauthausen bei Linz in Österreich überführt. Den besorgt nach dem Verbleib des Sohnes nachfragenden Eltern wurde lapidar mitgeteilt, dass *„... Ihr Sohn in das Arbeitserziehungslager Mauthausen (Unter-Donau) verbracht wurde.“*²⁹⁶ Am 04. März 1944 kam er in dem Nebenlager Großbraming an, von da wurde er in das Hauptlager Mauthausen verlegt und danach in das Neben-

²⁹⁵ Vgl.: Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl, Geschwister Scholl Schule Bensheim 2008, S. 23

²⁹⁶ Vgl.: Kaminer 2003, S. 249, 253 ff.

lager Melk. Geführt wurde er mit der Häftlingsnummer 54.525, in der Häftlingskategorie BV (Berufsverbrecher), die in SV (Sicherheitsverwahrter) geändert wurde, Haftgrund SV (Sicherheitsverwahrung). In Melk ist er lt. Totenbuch Mauthausen am 24. Februar 1945 um 21:00 Uhr – zweiundzwanzigjährig – verstorben, offizielle Todesursache: „Kreislaufschwäche bei Darmkatarrh“.²⁹⁷



Schäfer, Frieda

geboren am 06. Juli 1908 in Lampertheim, ohne Glaubensbekenntnis, wohnhaft in Frankfurt a. Main. Sie war wahrscheinlich in den 1940er Jahren, das genaue Datum ist nicht bekannt, Patientin in der Landesheil- und Pflegeanstalt Herborn. Von Herborn wurde sie nach Frankfurt a.M. in die Nervenklinik verlegt und zu einem späteren Zeitpunkt in die Zwischenanstalt Eichberg. Sie hat, wohl auch weil man auf ihre Arbeitskraft nicht verzichten konnte, überlebt und ist hochbetagt am 03. Januar 2000 in Bremen verstorben.²⁹⁸

Zilles, Ludwig

geboren am 19. August 1904 in Lampertheim, evangelisch, ledig, Fabrikarbeiter, 1933 wohnhaft: Friedrichstraße 30, Lampertheim. 1940 befand er sich in der Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim, von wo er am 21. Februar 1941 in die Zwischenanstalt Weilmünster verlegt wurde. Von dort kam er am 18. März 1941 nach Hadamar. Hier wurde er am 25. März 1941 in der Gaskammer ermordet.²⁹⁹

²⁹⁷ Quelle: Gedenkstätte KZ Mauthausen

²⁹⁸ Quelle: Gedenkstätte Hadamar; Standesamt Lampertheim

²⁹⁹ Quelle: Gedenkstätte Hadamar

Exkurs 4:

Bei den im Folgenden dargestellten Personen war nicht sicher zu belegen, dass der Tod vorsätzlich herbeigeführt wurde, was aber auf Grund des Alters und/oder der Diagnosen vermuten werden kann:

Eine am 26. Mai 1864 in Lampertheim geborene Frau, die bis zum Zeitpunkt ihrer Einweisung in die Heil- und Pflegeanstalt Frankenthal im Mai 1937 im Protestantischen Altersheim in Ludwigshafen-Gartenstadt wohnte und aller Wahrscheinlichkeit nach zu dieser Zeit schon verwitwet war, ist dort im Juni 1937 verstorben, offizielle Todesursache: „Herz-Kreislaufschwäche“ bzw. „Altersschwäche“. Eine weitere Patientin, geboren am 22. Februar 1903 in Lampertheim, verheiratet, zum Zeitpunkt ihrer Einweisung in die Heil- und Pflegeanstalt Frankenthal wohnhaft in Obrigheim/ Pfalz, befand sich von Januar bis November 1934 in dieser Anstalt und ist dort laut Leichenschauschein an „allgemeiner Erschöpfung“ infolge einer Lungentuberkulose verstorben.³⁰⁰

Ein am 22. Februar 1916 in Lampertheim geborener Mann, evangelisch, ledig, Schmied, wohnhaft in Lampertheim, war 1936 tauglich gemustert worden und leistete 1936/37 seinen Arbeitsdienst ab. Er befand sich vom 11. April bis 07. Dezember 1937 in der LHPA Alzey und wurde zur Unfruchtbarmachung in das Stadtkrankenhaus Worms verlegt, wo er sich bis zum 17. Dezember 1937 befand. Warum die Zwangssterilisation, evtl. „*gem. Entsch.273* [EGG?] *Worms*“, so ein Eintrag im Melderegister, angeordnet wurde und ob sie tatsächlich durchgeführt worden war ist nicht sicher zu belegen. Aufgrund des Krankenhausaufenthaltes vom 07. bis 17. Dezember 1937 und der anschließenden Entlassung nach Hause, d.h. nach Lampertheim, kann man jedoch davon ausgehen.³⁰¹

Ein am 26. März 1870 in Harzgerode geborener Mann, evangelisch, ledig, Invalide, verzog im September 1931 laut Melderegister von Lampertheim nach Heppenheim, vermutlich in die Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim. Er befand sich ab Oktober 1931 bis zum 16. Mai 1940 in der LHPA Alzey. Am 16. Mai erfolgte die Verlegung wegen des Westfeldzuges im Sammeltransport in das Pflegeheim Jugenheim, wo er bis zum 01. November 1940 verblieb. Am 01. November 1940 wurde er in die LHPA Alzey rückverlegt und kam am 29. April 1941 in das Philippshospital Goddelau. Dort ist er am 23. Januar 1943 ums Leben gekommen. Auch hier kann aufgrund seines Alters, knapp dreiundsiebzigjährig, und seiner Diagnose vermutet werden, dass sein Tod, z.B. durch Nahrungsentzug bzw. Mangelernährung [Sonderkost] oder nicht korrekt dosierter Medikamente beschleunigt herbeigeführt wurde, da er als „unproduktiver Kranker“ und somit „nutzlos“ angesehen wurde.³⁰²

³⁰⁰ Quelle: Landesarchiv Speyer, E-mail 14.03.2014

³⁰¹ Quelle: Landesarchiv Speyer, E-Mail 04.03.2014; StAL

³⁰² Quelle: Landesarchiv Speyer, E-Mail 04.03.2014; StAL

III.6 Zwangsarbeiter

In der Zeit von 1933 bis 1945 arbeiteten und lebten etwa 1900 „Fremd-, Ost- oder Zwangsarbeiter“ aus 22 Nationen, ab 1939 auch Kriegsgefangene aus den von Deutschland besetzten Ländern, in Lampertheim und Umgebung. Die große Mehrzahl der Menschen war im jungen Alter zwischen 17 und 30 Jahren. Viele waren selbst schon Väter oder Mütter und vor allem die Mütter brachten häufig ihre Kinder mit. Während dieser Zeit starben nachweislich 113 Menschen, davon 41 Kinder, vorwiegend russischer und polnischer Nationalität, aus unterschiedlichen Gründen, wie Unfällen, Bomben, Hunger, Misshandlungen und durch Selbstmord.³⁰³ Eine gründlichere Auswertung dieser Einzelschicksale wäre notwendig, dadurch könnten ihre Arbeits- und Lebensbedingungen bei den Bauern, in Fabriken und den Lagern und die oft unklaren Todesursachen differenzierter betrachtet und bewertet werden. Wir verweisen daher zunächst auf unsere Statistik im Anhang und beschränken uns auf die folgenden Fälle, die wir bei den Archivrecherchen fanden und die in besonderer Weise Opfer des Nazi-Systems wurden:

Astaptschuk, Aljoscha

geboren am 11. Dezember 1924 in Hortnicza, vermutlich Sowjetunion, griechisch-katholisch, ledig, Arbeiter. Von 1942 bis 1945 lebte und arbeitete er bei dem Landwirt S. in der Römerstraße. Wegen Arbeitsvertragsbruch und Flucht wurde er in der Zeit vom 14. Dezember 1943 bis zum 11. Januar 1944 von der Gestapo für vier Wochen in das Arbeitererziehungslager Frankfurt-Heddernheim eingewiesen.³⁰⁴

Koschak, Iwan

geboren am 03. November 1927 in Selo-Krenetschki, Sowjetunion, griechisch-katholisch, Arbeiter. Er arbeitete und lebte bei dem Landwirt H. in Lampertheim. Wegen Arbeitsvertragsbruch wurde er in der Zeit vom 14. Dezember 1943 bis zum 11. Januar 1944 von der Gestapo für vier Wochen in das Arbeitererziehungslager Frankfurt-Heddernheim eingeliefert.³⁰⁵

Lipowyi, Jarow

geboren am 27. Juli 1925 in Siewzi, Kreis Komeschenski, Sowjetunion, griechisch-katholisch, ledig, „Ostarbeiter“ – Zwangsarbeiter. Er arbeitete und wohnte in Worms-Leiselheim bei dem Landwirt S. 1944 wurde er infolge einer Erkrankung an Lungentuberkulose in das Evangelische Krankenhaus in Lampertheim eingewiesen. Aufgrund einer Anweisung des Gauarbeitsamts Rhein-Main in Frankfurt a.M. vom

³⁰³ Quelle: ITS Arolsen: Archiv Nr. 4368

³⁰⁴ Quelle: Kartei der Gestapo Frankfurt a.M., Doc.No. 12165161, ITS Arolsen

³⁰⁵ Quelle: ITS Arolsen, Schreiben 05.03.2013

28. Juli 1944, die die Tötung tuberkulosekranker Zwangsarbeiter anordnete, wurde er am 07. November 1944 vom Evangelischen Krankenhaus Lampertheim in die Tötungsanstalt Hadamar verlegt. Dort ist er am 31. Dezember 1944 im Alter von 19 Jahren vermutlich verhungert. Offizielle Todesursache: „Herzschwäche, Verfall bei Tuberkulose der Lungen“.³⁰⁶

Exkurs 5:

Einen schlimmen Verdacht nähren die Schicksale der beiden polnischen Zivilarbeiter **Stefan Zamerlak**, geboren am 13. Juli 1906 in Kobierzin, und **Leon Krol**, geboren am 10. April 1910 in Lubikow. Beide verstarben im Evangelischen Krankenhaus Lampertheim, Zamerlak am zweiten Weihnachtsfeiertag, 26. Dezember 1942 um 16:00 Uhr an den Folgen einer Schädelfraktur und Krol um 23:30 Uhr des gleichen Tages an den Folgen eines Wirbelsäulenbruchs. Die Verletzungen sollten die Folgen eines Unfalls gewesen sein, was im Bereich des Möglichen gelegen haben könnte, aber Zweifel zulässt. Ungewöhnlich ist, dass keine näheren Angaben zu Unfallort und -hergang gemacht wurden und im Sterberegister als Wohnanschrift nicht wie üblich der tatsächliche Aufenthaltsort, also die Adresse des Arbeitgebers oder des Lagers, in dem die Unterbringung erfolgte, genannt wurde, sondern die jeweiligen Heimatadressen in Polen. Und dass als Anzeigender bzw. Zeuge der Sterbefälle der Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter unterschrieben hatte.

Bezeichnend ist auch der Text eines Schreibens der Gemeinde Lampertheim an die L.V.A. Hessen in Darmstadt bezüglich Arbeitgeberversicherungsbeiträgen³⁰⁷, Auszug: *„Auf Ihr Schreiben vom 08.12.1942 Aleksander Lukasik, geb. am 08.12.1928, ist seit 01.02.1942 bei S. beschäftigt. Neben freier Kost und Wohnung wurden ihm seine Kleider beschafft. Außerdem zahlt S. das Krankengeld und ein wöchentliches Taschengeld von 1,- RM (ist erst 13 Jahre alt)“* [sic].³⁰⁸

³⁰⁶ Quelle: Gedenkstätte Hadamar

³⁰⁷ Die jeweiligen Arbeitgeber mussten Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge abführen

³⁰⁸ Quelle: StAL, Sign.: XIII/1

IV. (K)eine Stunde Null?

Nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland war die Entnazifizierung die gemeinsame Zielsetzung der Alliierten. Diese Zielsetzung wurde durch ein Maßnahmenbündel der vier Siegermächte, beginnend ab Juli 1945, umgesetzt und sollte im Zusammenhang mit einer umfassenden Demokratisierung und Entmilitarisierung die deutsche (und die österreichische) Gesellschaft von allen Einflüssen des Nationalsozialismus befreien. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgte jedoch nicht einheitlich. Jede Besatzungsmacht ging in ihrer Zone mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Schemata vor. In der amerikanischen Zone ließen die Amerikaner von jedem Erwachsenen einen Fragebogen mit 131 Fragen ausfüllen. Mutmaßliche Kriegsverbrecher, NS-Funktionäre und SS-Mitglieder kamen in Internierungslager. Das wohl größte Lager im amerikanischen Sektor war in Darmstadt, mit zeitweise bis zu 11.000 Gefangenen, auch mit Lampertheimer Gefangenen. Neben der Verfolgung von Verbrechen während der nationalsozialistischen Herrschaft, wurden die betreffenden Personen gemäß dem Kontrollratsgesetz Nr. 104 „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 05. März 1946 in fünf Kategorien eingeteilt:

- Gruppe I: Hauptschuldige (Kriegsverbrecher);
- Gruppe II: Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer);
- Gruppe III: Minderbelastete;
- Gruppe IV: Mitläufer;
- Gruppe V: Entlastete

In Hessen wurden unter Aufsicht der amerikanischen Militärregierung binnen weniger Monate 110 Spruchkammern und acht Berufungskammern mit zunächst 1200 Mitarbeitern installiert.³⁰⁹ Die für Lampertheim zuständige Spruchkammer war in Darmstadt. Belegbar für Lampertheim sind 1509 Spruchkammerverfahren. Die Zahl der tatsächlich verhandelten Fälle dürfte höher gewesen sein. Wir konnten bspw. im Landesarchiv in Koblenz entsprechende Verfahrensunterlagen von Lampertheimern finden, die ab 1945 auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz ihren Wohnort hatten und von der Französischen Militärverwaltung „entnazifiziert“ wurden. Für jeden einzelnen Fall musste ein Ausschuss, gebildet von Vertretern der Parteien,

³⁰⁹ Vgl. Schuster 1999 S. 305 ff.

eine Stellungnahme zur Person, d.h. über Mitgliedschaften und Funktionen in der NSDAP oder sonstigen NS-Gliederungen und das persönliche Verhalten während der NS-Zeit abgeben. Die Spruchkammer konnte in der Verhandlung neben der Kategorisierung in eine der fünf Gruppen auch das Verfahren einstellen, bspw. wegen Geringfügigkeit, wegen einer Amnestie oder weil das Gesetz die entsprechende Person nicht betraf. Der Kammerspruch konnte mit Zahlung einer Geldstrafe verbunden sein und mit einer Bewährungsfrist, nach deren Ablauf eine Rückgruppierung in eine minder schwere Stufe erfolgen konnte, vorausgesetzt der oder die Betroffene wurden in dieser Zeit politisch nicht auffällig. Die höchste Sühneleistung neben dem Einzug des Vermögens war die Verurteilung zu Arbeitslagerhaft. Den Spruchkammerentscheid konnten der Beklagte und/oder der Kläger von der Berufungskammer überprüfen lassen. Das Entnazifizierungsschlussgesetz vom 11. Mai 1951 bildete den Schlusspunkt der Entnazifizierung in der Bundesrepublik.

Die Verteilung der vorhandenen 1509 Entscheide für Lampertheim auf die verschiedenen Kategorien ist aus der folgenden Aufstellung zu ersehen:

• Vom Gesetz nicht betroffen:	197	• Gruppe V, Entlastete:	8
• Einstellung des Verfahrens, Jugend-, Weihnachts- oder Heimkehreramnestie:	837	• Gruppe IV, Mitläufer:	251
• nicht zuzuordnen:	140	• Gruppe III, Minderbelastete:	48
		• Gruppe II, Belastete:	28
		• Gruppe I, Hauptschuldige:	0

Von diesen 1509 Betroffenen waren 784 Mitglieder der NSDAP.

Nach Kriegsende beschäftigte man sich in Deutschland vor allem mit dem Wiederaufbau. Die einen waren froh, dass die NS-Herrschaft zu Ende war, die anderen, die Aktivisten, Nutznießer und Mitläufer, wollten diese so schnell wie möglich vergessen machen. Die 1950er Jahre, die „Wirtschaftswunderjahre“, waren eine Phase der Verspießerung und Restauration. Große Teile der Bevölkerung fühlten sich von den Siegermächten – vor allem wegen der Befragungen und gerichtlichen Verfolgungen – gedemütigt und ungerecht behandelt und waren mehrheitlich konservativ bis reaktionär eingestellt, was politisch wie psychologisch direkt nach Kriegsende durchaus nachvollziehbar war. Die Amerikaner versuchten mit verstärkter Aufklärung, u.a. mit ihrem Konzept der „Re-Education“, mit politischen wie erzieherischen Maßnahmen, nazistisches Gedankengut und Ideologie aus den Köpfen der Deutschen zu vertreiben, was schwierig war und kaum gelingen konnte. In der Bevölkerung wurde das Ausmaß der Verbrechen zwischen 1933 und 1945 verschwiegen oder geleugnet. Eine ausgeprägte „Verdrängungspsychologie“ setzte bei der breiten

Masse ein, man wollte an diese Schrecken und die Beteiligung daran nicht mehr erinnert werden. Die alten politischen und wirtschaftlichen Eliten verschwiegen oder leugneten ebenso ihre eigenen Rollen und Taten während der NS-Zeit. In alten Seilschaften versuchten sie nach 1945 an ihre Vorkriegskarrieren anzuknüpfen und konnten diese oft bruchlos weiter fortführen. Viele konnten ihre Führungspositionen in den Nachkriegsverwaltungen, den Unternehmen oder in den neu zugelassenen Parteien erneut absichern. Insgesamt betrachtet muss die „Entnazifizierung“ als politisch gescheitert angesehen werden.³¹⁰

In Lampertheim selbst saßen seit 1948 Gemeinderäte und ab den Kommunalwahlen vom Mai 1952 im Stadtparlament kommunistische und sozialdemokratische Stadtverordnete, die 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Gemeinderat vertrieben, im KZ Osthofen misshandelt und vor Ort schikaniert worden waren, dem einen oder anderen ihrer damaligen NSDAP-Nachfolger gegenüber, so zum Beispiel dem ehemaligen NSDAP-Gemeinderat Dr. Karl Keilmann, NSDAP-Mitglied ab 01. Mai 1933 und Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes. Von 1952 bis 1964 war er Stadtverordneter und FDP-Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament und von 1954 bis 1958 Mitglied des Hessischen Landtags.³¹¹ Der „alte Geist“ war somit latent und manchmal auch offen in Lampertheim sichtbar. Antisemitische Ausbrüche, verbale wie tätliche, kamen immer wieder vor: Die Betreiber eines öffentlichen Badehauses in der Kriemhildenstrasse fielen des Öfteren auf. So sollte laut Akten der amerikanischen Militärverwaltung vom 05. Januar und 12. Februar 1949, Frau S. gegenüber jüdischen Kunden, geäußert haben, Zitat: *„Für Juden ist der Eintritt in mein Bad verboten. Von euch sind noch zu viele geblieben, es ist schade, dass Hitler euch nicht alle verbrannt hat“* oder *„Ihr schmutziges Volk, was Hitler nicht zu Ende geführt hat, das werden wir noch zu Ende bringen.“* Herr S. sollte den Worten seiner Frau mit dem Besen Nachdruck verliehen haben.³¹² Bezeichnend sind auch antisemitisch begründete Benachteiligungen, Einschüchterungsversuche und Drohungen gegenüber dem Schriftsteller und Journalisten Siegfried Einstein³¹³, über die am 28./29. August die „Andere Zeitung“ berichtete und am 21. November 1955 der Süddeutsche Rundfunk: *„In der südhessischen Kleinstadt terrorisiert eine Gruppe von Bürgern den jüdischen Schriftsteller Siegfried Einstein. Sie ziehen, das Horst-Wessel-Lied pfei-*

³¹⁰ Vgl. hierzu Rigoll 2013

³¹¹ Quelle: Wikipedia Karl Keilmann, Online Abfrage 28.11.2013; vgl. auch Kartmann S.160 ff,172 ff; Die Stadtverordnetenversammlung von 1952 setzte sich zusammen aus: FDP als stärkste Fraktion mit neun Stadtverordneten, davon waren acht ehemalige NSDAP-Funktionäre, CDU mit sechs Stadtverordneten, darunter ein ehemaliges NSDAP- und ein NSKK-Mitglied; auf die SPD entfielen ebenfalls sechs Sitze und auf die KPD drei Sitze, darunter befanden sich keine „Alten Kämpfer“

³¹² Vgl.: Kohlmannslehner; Lange, 1998 S. 16

³¹³ Einstein wurde 1919 in Laupheim geboren und konnte 1934 in die Schweiz emigrieren. Anfang 1953 kehrte er nach Deutschland zurück und ließ sich in Lampertheim nieder. 1956 wurde ihm der Thomas-Mann-Förderpreis verliehen und im gleichen Jahr hielt er in Paris die Gedenkrede zu Heinrich Heines 100. Todestag. Er ist 1983 in Mannheim verstorben

fend, vor dessen Wohnung vorbei und rufen: "Jud', komm runter" ... ; ... wiederholt wurde vor und nach Mitternacht an der Wohnungstür geläutet.“ Bereits 1953 wurde es ihm verwehrt, weiterhin Kurse an der örtlichen Volkshochschule abzuhalten, nachdem ein Lampertheimer Rektor bei der Verwaltung darauf hingewiesen habe, dass Einstein Jude sei. Auf Nachfrage des Senders hatte der Polizeiangehörige die Vermutung geäußert, dass es *„vielleicht daran liege, dass er Jude sei“*. Seine Lebensgefährtin, eine „Arierin“, wurde als *„Judenweib“* beschimpft, und gelegentlich erreichte ihn die Post nicht. 1959 zog Einstein nach Mannheim. Im Jahr 1955 wurde der jüdische Friedhof in Lampertheim geschändet und am 17. Oktober 1955 wurde der von einem sowjetischen Militärgericht als Kriegsverbrecher ursprünglich zum Tode verurteilte und dann zu einer 25-jährigen Gefängnisstrafe begnadigte Wilhelm Rau als „Spätheimkehrer“ unter Glockengeläut begrüßt. Am 21. November 1955 kommentierte der Süddeutsche Rundfunk den Empfang des „Russland-Heimkehrers“ und zitierte Pater Alfred Delps Mutter Maria Delp mit den Worten: *„Was Freisler in Berlin machte, das war Wilhelm Rau in Polen ...“*. Die LZ reagierte am 24. November mit einem Artikel unter der Überschrift „Falschmeldungen des Süddeutschen Rundfunks über Lampertheim“. Ein Jahr später stellte der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Mainz ein gegen Rau anhängiges Ermittlungsverfahren ein, nachdem dieser Entlastungszeugen, die ebenfalls als Polizisten und Richter im besetzten Polen eingesetzt waren, benannte. Der in der Öffentlichkeit als Kriegsverbrecher attackierte Rau, der mittlerweile eine Stelle als Justiz-Oberinspektor in Mainz bekleidete, durfte somit als rehabilitiert gelten.³¹⁴ Zwischen 1948 und 1950 fanden vor dem Landgericht Darmstadt mehrere Verfahren gegen 14 ehemalige Lampertheimer Mitglieder von NSDAP, SA und allgemeiner SS aufgrund ihrer Beteiligung an der Zerstörung der Synagoge am 10. November 1938 statt. In fünf Fällen kam es zu Verurteilungen wegen einfachen oder schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit oder Beihilfe zu Brandstiftung oder schwerer Brandstiftung und fortgesetzter Nötigung. Die Strafmaße bewegten sich zwischen neun Monaten bis zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis. In zwei Fällen wurde das Verfahren eingestellt und in sieben Fällen erfolgten Freisprüche. Der zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und fünf Monaten verurteilte Tobias Boxheimer, geboren 1902 in Lampertheim, war seit dem 05. März 1933 Mitglied der allgemeinen SS und seit dem 01. Mai 1933 auch der NSDAP. Von Januar 1937 an war er hauptamtlicher Mitarbeiter der SS im Range eines Oberscharführers und ab 1943 SS-Hauptsturmführer (Hauptmann) im KZ Dachau. Er nutzte die Möglichkeiten des Rechtsstaates und ging in Revision bis zum Bundesgerichtshof. Vertreten wurde er, wie auch andere, von dem Lampertheimer Anwalt Dr. Karl Keilmann.

V. Resümee

Als wir im Dezember 2012 mit unseren Nachforschungen begannen, hatten wir keine Vorstellung, welches Ausmaß unsere Arbeit annehmen sollte, sowohl im Hinblick auf die Zahl der auszuwertenden Quellen, als auch auf die Zahl der Betroffenen und deren Schicksale. Dass das Ganze eine solche Dimension annehmen würde, hatten wir nicht erwartet. Und wir müssen eingestehen, dass die Geschichten, auf die wir gestoßen sind, uns gelegentlich fassungslos machten und emotional beschäftigten, obwohl wir uns in der Geschichte des Dritten Reichs, auch mit den regionalen und lokalen Bezügen, auszukennen dachten.

Wir fanden anhand der Verhaftungszahlen die Ergebnisse von Kyra Inachins Arbeit bestätigt, dass die örtlichen Nationalsozialisten mit dem politischen Gegner „aufräumten“, wie sonst kaum in einer vergleichbaren Gemeinde in der Region. Trotzdem gab es Widerstand auf lokaler und regionaler Ebene. Es wurde immer wieder versucht, trotz der Gefahren für Leib und Leben, zerschlagene Strukturen und Gruppen zu reorganisieren und Kontakte untereinander zu erhalten. Die Hauptaktivitäten konzentrierten sich auf die Herstellung und Verteilung von Druckschriften, auch aus dem Ausland, als Gegeninformation zur NS-Propaganda. Und es gab den ein oder anderen, der jüdischen Nachbarn half oder während des Krieges Zwangsarbeiter mit Nahrungsmitteln versorgte.

Bei der Ausarbeitung des Manuskripts erkannten wir rasch, dass Worte problematisch sein können und nicht unreflektiert benutzt werden sollten, vor allem wenn sie dem nationalsozialistischen Vokabular entstammten. Worte wie „verschublen“ und „verwerten“ oder „Machtergreifung“ versuchten wir gar nicht erst zu benutzen, da sie das tatsächliche Geschehen verschleiern. Andere Begriffe wie „Schutzhaft“, „Heimtücke-gesetz“, „Volksschädlinge-Verordnung“ oder „Rassenschande“ setzten wir in Anführungszeichen, um darauf hinzuweisen, dass es sich hier um Sprachmissbrauch handelt. In Anführungszeichen sollte man auch das Wort „Jude“ setzen, denn es handelte sich um deutsche Mitbürger jüdischen Glaubens, die erst auf Grund der NS-Rassenideologie zu Juden gemacht und verfolgt wurden. Eine weitere Erkenntnis, die wir aus unserer Arbeit mitnehmen, ist die, dass die angeblich allwissende und omnipotente Gestapo ein von den Machthabern gern kolportierter Mythos war. Die wirksame Einschüchterung und Überwachung der Bevölkerung durch die Gestapo wäre ohne die willfährige Mithilfe und massenhafte Denunziation aus eben dieser Bevölkerung nicht möglich gewesen. Abschließend bleibt festzustellen, dass der deutsche Faschismus, der Nationalsozialismus kein neues, zukunftsfähiges Gesellschaftssystem ab 1933 darstellte³¹⁵, sondern ein Verbrechen war, nicht nur gegen fremde Völker, sondern auch und gerade gegen das eigene Volk.

³¹⁵ und auch nie wird sein können

VI. Danksagung

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bei all denjenigen, die dieses Projekt ermöglicht haben. Ein ganz besonderer Dank gilt: Herrn Hubert Simon, Leiter des Stadtarchivs der Stadt Lampertheim, der stets ein offenes Ohr für uns hatte und uns nicht nur den Zugang zum Stadtarchiv, sondern auch den Zugang zum Archiv der „Lampertheimer Zeitung“ ermöglichte; Frau Angelika Arenz-Morch vom NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz/Gedenkstätte KZ Osthofen und Frau Bianca Geißler vom Internationalen Suchdienst Bad Arolsen für ihre stets freundliche Unterstützung. Ohne deren engagierte Mithilfe hätte sich vieles schwieriger gestaltet. Wir danken dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (Dr. Eichler, Dr. Zilien), dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt (Dr. Rack), dem Generallandesarchiv Karlsruhe (Dr. Stingl), dem Landesarchiv Speyer (Dr. Maier), dem Landesarchiv Koblenz, dem Landesarchiv Oldenburg. Wir bedanken uns auch bei allen Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager und Tötungsanstalten, die unsere Arbeit immer zuvorkommend unterstützt haben: Gedenkstätte KZ Auschwitz, Polen; Gedenkstätte KZ Buchenwald, Gedenkstätte KZ Dachau, Gedenkstätte KZ Esterwegen, Gedenkstätte KZ Flossenbürg, Gedenkstätte KZ Gross-Rosen, Polen; Gedenkstätte Hadamar, Gedenkstätte KZ Mauthausen, Österreich; Gedenkstätte KZ Ravensbrück und Bernburg/Saale, Gedenkstätte KZ Sachsenhausen. Wir sagen Dank dem Stadtarchiv Mannheim, dem Stadtarchiv Worms, dem Stadtarchiv Korbach, der Universität Marburg (Dr. Form) und dem Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt. Last but not least bedanken wir uns bei all den Zeitzeugen und Angehörigen von Verfolgten, mit denen wir sprechen konnten und die uns mit ihren Erzählungen, Dokumenten und Bildern weiterhalfen. Für die Finanzierung dieser Broschüre sind wir zu Dank verpflichtet: Herrn Bürgermeister Gottfried Störmer und dem Magistrat der Stadt Lampertheim, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Region Südhessen, den Gewerkschaften ver.di, GEW und IG Metall Darmstadt.

VII. Anhang

VII.1 Statistik

VII.1a) Zusammenfassung der Verfolgten- und Opfergruppen:

Von den bisher ermittelten Personen mit Geburts- oder Wohnort Lampertheim und Hofheim wurden: aus dem Beruf entfernt, in die Emigration getrieben, befanden sich in Konzentrations-, Arbeits-, Internierungs- und Vernichtungslagern, Euthanasieanstalten oder sonstigen Haftanstalten und kamen ums Leben:

105 rassistisch Verfolgte, davon:

- 103 jüdische Personen, 48 Todesopfer;
- 2 Sinti, 2 Todesopfer;

80 politisch Verfolgte, davon:

- 53 Kommunisten, 2 Todesopfer, 1 Berufsverbot;
- 6 Sozialdemokraten;
- 2 Mitglieder der Zentrumsparterie;
- 19 Personen, die keiner dieser Parteien sicher zuzuordnen sind, 3 Todesopfer;

8 religiös Verfolgte, davon:

- 6 Katholiken, 1 Todesopfer, 2 Berufsverbote;
- 2 Zeugen Jehovas;

15 (evtl. 19) Euthanasie- und Sterilisationsopfer, 12 Todesopfer, 3 (wahrscheinlich 4) Zwangssterilisationen;

27 sonstige Personen, die keiner der o.g. Gruppen zuzuordnen sind, 5 Todesopfer;

Zählt man zu den fünfzig Ermordeten aus der Gruppe der rassistisch Verfolgten die zweiundzwanzig Todesopfer aus den anderen Gruppen hinzu, davon alleine zwölf (wahrscheinlich sogar 15) Euthanasieopfer, summiert sich die Gesamtzahl der Todesfälle auf 73. Bei sieben weiteren Personen, die in relativer zeitlicher Nähe zur Haftentlassung verstorben sind, könnte ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Haftbedingungen und Sterbefall angenommen werden.

Die durchschnittliche Haftdauer pro Inhaftiertem im KZ Osthofen lag bei vier Wochen. Das Strafmaß der wegen der verschiedensten Vergehen ausgesprochenen

Gefängnisstrafen reichte von sechs Monaten bis zu mehreren Jahren: Georg Eberts befand sich zwölf Jahre, von April 1933 bis April 1945 fast ununterbrochen in Haft; Heinrich Zintel sieben Jahre und fünf Monate – bis zu seinem Tod. Philipp Stollhofer war sieben Jahre und zwei Monate inhaftiert und Erika Frank fünf Jahre und neun Monate – bis zu ihrer Ermordung.

Summiert man die Haftzeiten der politisch, religiös oder sonstigen Verfolgten, ohne Berücksichtigung der Gruppe der rassistisch Verfolgten, kommt man auf etwa 80 Jahre, in denen die Opfer des NS-Unrechtssystems in Gefängnissen und Lagern weggesperrt waren.

VII.1b) KZs, Vernichtungs- und Internierungslagerlager, Euthanasieanstalten und dorthin verschleppte Personen mit Geburts- oder Wohnort Lampertheim oder Hofheim (Mehrfachnennung möglich)

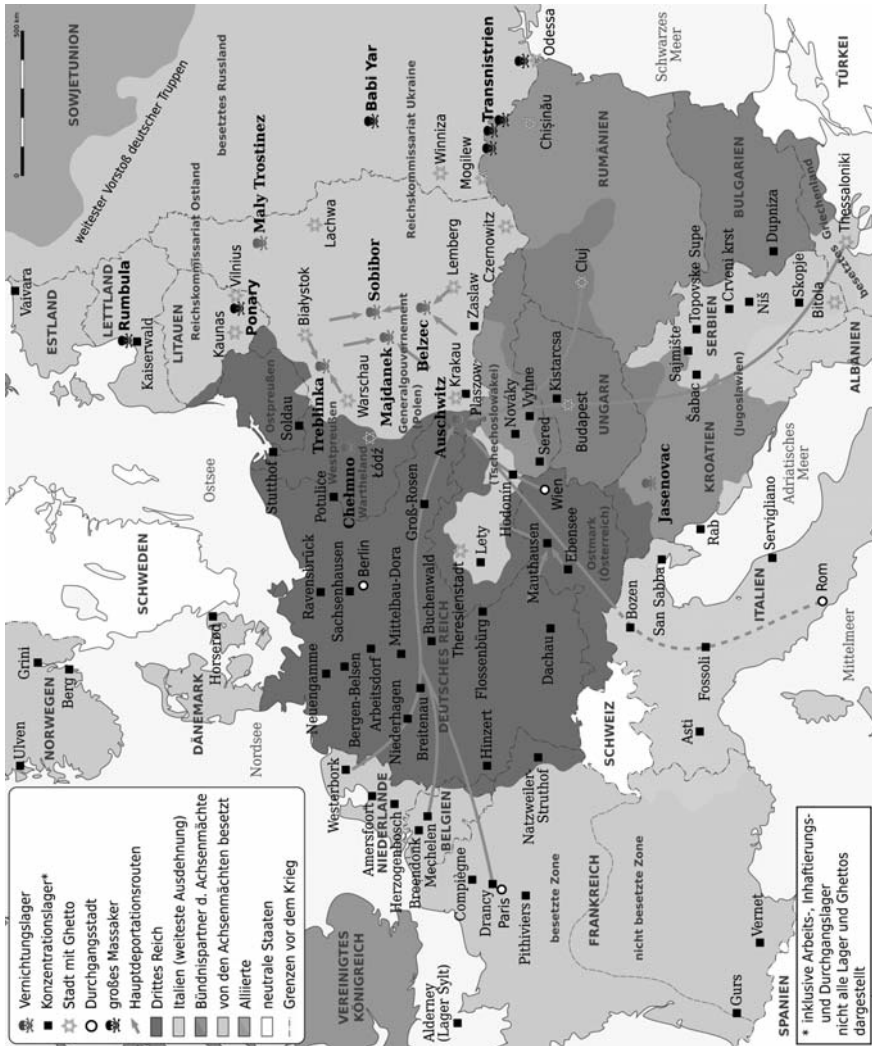
KZ/Lager	Todesfälle	Haft, Internierung	Bemerkungen
KZ Auschwitz-Birkenau (Polen)	2		Sog. „Zigeunerlager“, Sinti
KZ Auschwitz (Polen)	24	2	24 jüdische Deportierten, 2 politische Häftlinge
KZ Breitenau (AEL)		1	1 politischer Häftling
KZ Buchenwald	2	4	1 jüd. Deportierter, 1 Kommunist, 4 Politische
KZ Dachau		5	Vermutl. Kommunisten
Sammellager Drancy		12	jüdische Deportierte
KZ Esterwegen (Emslandlager)	1	1	2 Deserteure
KZ Flossenbürg		1	Kommunist
KZ Gross-Rosen (Polen)		1	Kommunist
Internierungslager Gurs (Frankreich)	6	27	jüdische Deportierte
Ghetto Izbica (Polen)	1		jüdischer Deportierter
KZ Kislau (bei Bruchsal)		1	Kommunist und Jude
Intern.lag. Kowno/Kaunas (Litauen)	1		jüd. Deportierter
KZ Mittelbau-Dora	1		Kommunist
KZ Mauthausen (Österreich)	4	2	5 pol., jüd. Dep., 1 Euthanasiefall
Ghetto Minsk (Sowjetunion)	2 (3?)		jüd. Deportierte
KZ Mohringen		1	Zeuge Jehovas
KZ Natzweiler/Elsass (Frankreich)		2	Kommunisten
Intern.lag. Noé (Frankreich)	3		jüd. Deportierte
Jüd. Intern.lag. Nexon (Frankreich)	1		jüd. Deportierter
KZ Osthofen		68	53 Kommunisten, 3 Katholiken, 2 Sozialdemokraten, 10 Sonstige
KZ Sachsenhausen	1		1 politischer Häftling
KZ Sobibor (Polen)	2		jüd. Deportierte
KZ Theresienstadt (Tschech.)	2		jüd. Deportierte
KZ Treblinka (Polen)	3		jüd. Deportierte
KZ Ravensbrück	2	2	1 Zeuge J., 1 Kom., 2 jüd. Dep.
Intern.lag. Récébédou (Frankreich)	2	1	jüd. Deport.
Intern.lag. Rivesaltes (Frankreich)	1	2	jüd. Deport.

Euthanasieanstalten	Todesfälle	Haft, Internierung	Bemerkungen
Hadamar	12		psychisch. Kranke, 1 Zwangsarb.
Bernburg	1		1 jüd. KZ-Häftling
Goddelau	2		2 körperlich od. geistig Behinderte

Gefängnisse	Todesfälle	Haft	Bemerkungen
Gefängnis Bruchsal		6	politisch, „Volksschädlings-VO“
Gefängnis Butzbach		4	politisch, „Heimtücke-VO“
Gefängnis Darmstadt		15	politisch, religiös
AEL Frankfurt-Heddernheim		2	Zwangsarbeiter
Gefängnis Frankfurt-Preungesheim		1	„Heimtücke-VO“
Gefängnis Lampertheim		4	politisch
Gefängnis Marienschloß/Rockenberg		2	politisch, „Heimtücke-VO“
Gefängnis München-Straubing		1	politisch
Gefängnis Berlin-Plötzensee	1		„Kreisauer Kreis“ Widerstandsgrp.
Gefängnis Worms		25	politisch
Gefängnis Zweibrücken		2	„Blutschutzgesetz“

VII.1c) „Fremd-, Ost- und Zwangsarbeiter“ von 1933 bis 1945 in und um Lampertheim

Nation	Personen	Todesfälle	davon Kinder
Sowjetunion	711	45	19
Polen	671	62	22
Frankreich	302	5	-
Italien	50	1	-
Litauen	41	-	-
Jugoslawien	27	-	-
Griechenland	24	-	-
Österreich	19	-	-
Belgien	12	-	-
Slowakei	12	-	-
Sonstige	37	-	-
Gesamt:	1906	113	41



*Transporte aus ganz Europa in die Todeslager
Karte der Vernichtungslager, der meisten großen Konzentrationslager (Arbeits-, Inhaftierungs- und Durchgangslager), der Hauptdeportationsrouten, Ghettos und Orten großer Massaker. Grenzen etwa 1942. Vor- und Nachkriegsstaatennamen in Klammern.*

Quelle: Wikipedia – File: WW2 Holocaust Europe map-de

VII.2 Abkürzungen

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEL	Arbeitserziehungslager
AKS	Allgemeine Körperschwäche
AS R	Arbeitsscheu Reich
ATSB	Arbeiter-Turn- und Sportbund
AZA	Ausländischer Zivilarbeiter
AZ R	Arbeitszwang Reich
BV	Berufsverbrecher / Befristete Vorbeugehaft
BDM	Bund Deutscher Mädel
CDU	Christlich Demokratische Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DP	Displaced Person („Person, die nicht an diesem Ort beheimatet ist“, Bezeichnung für Zivilisten, die sich wegen des Zweiten Weltkrieges außerhalb ihres Heimatlandes befanden und dorthin nicht ohne Hilfe zurückkehren konnten)
DVP	Deutsche Volkspartei
EGG	Erbgesundheitsgericht
FDP	Freie Demokratische Partei
EOG	Erbgesundheitsobergericht
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
HADIS	Hessisches Archiv, Dokumentations- und Informations-System
HHStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
HJ	Hitlerjugend
HStAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
IBV	Internationale Bibelforscher-Vereinigung

IRO	International Refugee Organization
ITS	Internationaler Suchdienst Bad Arolsen
KdF	Kanzlei des Führers
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschland
KPO	Kommunistische Partei-Opposition
KZ/KL	Konzentrationslager
LHPA	Landes-Heil- und Pflegeanstalt
LZ	Lampertheimer Zeitung
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS – Hago	Nationalsozialistische Handels-, Handwerks-, Gewerbeorganisation
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrer-Korps
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OK	Ortskartell
Pg	Parteigenosse
RFB	Rote Frontkämpferbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SS	Sturmstaffel (der NSDAP)
StAL	Stadtarchiv Lampertheim
Stapo	Staatspolizei
SV	Sicherheitsverwahrt
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
VO	Verordnung
VVV	Verwertungsstelle für Volksfeindliches Vermögen

VII.3 Zeittafel:

Eine Auswahl wichtiger Ereignisse im damaligen Deutschen Reich und in Lampertheim

Deutsches Reich	Datum	Lampertheim
	10.01.1932	Wiederwahl von Adam Keller (SPD) zum Bürgermeister (Bgm. von 1925-1933)
Hitler unterliegt Hindenburg in zwei Wahlgängen als Kandidat für die Reichspräsidentschaft bei den Reichspräsidentschaftswahlen	13.03. und 10.04.1932	13.03.: 1. Hindenburg, 2. Thälmann, 3. Hitler; 10.04.: 1. Hindenburg, 2. Hitler, 3. Thälmann;
NSDAP bekommt 230 von 608 Sitzen bei den Reichtagswahlen	31.07.1932	NSDAP 37,8 %, KPD 25,2 %, Zentrum 21,4 %, SPD 11,4 %
Hindenburg lehnt Hitler als Reichskanzler ab	13.08.1932	
Rückgang der NSDAP bei den Reichtagswahlen auf 196 Mandate	06.11.1932	
Besprechung Hitlers und Papens im Haus des Bankiers Schroeder in Köln	04.01.1933	
Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler	30.01.1933	
Verordnung des Reichspräsidenten zum „Schutz des Deutschen Volkes“	04.02.1933	
Brand des Reichtagsgebäudes	27.02.1933	
Verordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ (Reichtagsbrand VO)	28.02.1933	
VO gegen „Verrat am Deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe“	28.02.1933	
Letzte Reichtagswahl mit mehreren Parteien; NSDAP: 288 Sitze od. 43,9 %	05.03.1933	NSDAP 41,7%, KPD 23,9%, Zentrum 18,9%, SPD 9.8%
	06.03.1933	Beginn des inoffiziellen KZ Osthofen
Verordnung zur „Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der Nationalen Erhebung“ (Heimtücke VO)	21.03.1933	
VO der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten	21.03.1933	

Deutsches Reich	Datum	Lampertheim
Gesetz zur „Behebung der Not von Volk und Staat“ (Ermächtigungsgesetz)	24.03.1933	
Boycott jüdischer Geschäfte	01.04.1933	Lampertheimer SA- und SS-Männer boykottieren und beschmieren Geschäfte jüdischer Inhaber
Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten	04.04.1933	
Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums	07.04.1933	
	12.04.1933	erste große Verhaftungswelle gegen den politischen Gegner
Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen	22.04.1933	
Zerschlagung der Gewerkschaften	02.05.1933	Das Gewerkschaftsbüro wird besetzt und Material beschlagnahmt
Verbot der SPD	22.06.1933	
Gesetz gegen Neubildung von Parteien	14.07.1933	
Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (Erbgesundheits- oder Sterilisierungsgesetz, GVeN)	14.07.1933, in Kraft ab 01.01.1934	
Gesetz über Volksabstimmung	14.07.1933	
Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung von Staatsbürgerschaften	14.07.1933	
Gesetz über die Einziehung „volks- und staatsfeindlichen Vermögens“	14.07.1933	
	20.09.1933	zweite Verhaftungswelle gegen ehemalige KPD-Mitglieder
Austritt aus dem Völkerbund	19.10.1933	
Erste „Reichstagswahlen“ im Einparteiensstaat (92 % NSDAP) und Volksabstimmung zum Austritt aus dem Völkerbund	12.11.1933	NSDAP 96 %; ungültige Stimmzettel 515, einige mit dem Vermerk KPD, einer mit Zentrum; Volksabst. 95% Ja-Stimmen zum Austritt aus dem Völkerbund
Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat	01.12.1933	

Deutsches Reich	Datum	Lampertheim
Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit	20.01.1934	
Gesetz über den Neuaufbau des Reiches (Ende der Länder Hoheit)	30.01.1934	
Gesetz über die Änderung der Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer. Senkung der Vermögensgrenze auf 50000 RM	18.05.1934	
Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs (Reichspräsident und -kanzler in einer Person)	01.08.1934	
Verkündung der „Nürnberger Gesetze“	15.09.1935	
Volksbefragung (Billigung Hitlers Politik mit 99 % der Stimmen)	29.03.1936	
Gesetz zur Änderung des Einkommenssteuergesetzes (für jüdische Kinder keine Kinderermäßigung mehr)	01.02.1938	
4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Zulassungsverbot für alle jüdischen Ärzte	25.07.1938	
5. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Zulassungsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte	27.09.1938	
Reichspogromnacht	09./10.11.1938	Die Lampertheimer Synagoge wird in Brand gesteckt, Geschäfte zerstört und teilweise geplündert, Menschen misshandelt und in KZs deportiert
Einführung der Judenvermögensabgabe in Höhe von 1 Mrd. RM	12.11.1938	
Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (Verbot für Juden, ab 01.01.1939, Einzelhandelsverkaufsstellen oder selbständige Handwerksbetriebe zu führen)	12.11.1938	

Deutsches Reich	Datum	Lampertheim
3. Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden (Einführung der Ablieferungspflicht für Wertsachen bei kommunalen Pfandleihanstalten)	21.02.1939	
Einführung der Auswandererabgabe	25.02.1939	
Überfall auf Polen, Beginn des II. Weltkriegs	01.09.1939	
Deportation pfälzischer und badischer Juden nach Gurs/Frankreich	22.10.1940	Betroffen waren auch Lampertheimer, die nach der Pogromnacht nach Mannheim verzogen waren
11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz: Verfall des Vermögens der deportierten und emigrierten Juden an das Deutsche Reich	25.11.1941	
	04.09.1942	Die letzten jüdischen Lampertheimer werden deportiert, das Mobiliar vom Finanzamt Worms verkauft
	26.03.1945	Die ersten amerikanischen Truppen rücken in Lampertheim ein
Kapitulation des Deutschen Reiches	09.05.1945	

VII.4 Quellen- und Literaturverzeichnis

VII.4.a Gedruckte Quellen

Lampertheimer Zeitung, Privataarchiv E. Möck: 1. Halbjahr 1930; 1. und 2. Halbjahr 1932; 2. Halbjahr 1933; 1. und 2. Halbjahr 1934

„stern“ Nr.: 46/2013

VII.4.b Archivalien

Archiv der Universität Marburg, Juristische Verfolgung und Wiedergutmachung (Dr. Form)

Bundesarchiv Berlin , ehemaliges Berlin Document Center BDC, Bestand R 179 KdF

Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 58

Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg, früher: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung Nationalsozialistischer Verbrechen

Generallandesarchiv Karlsruhe GLA KA, Bestand 507

Hessisches Archiv-, Dokumentations- und Informations-System HADIS

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden HHStA, Sign.: Abt. 520

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt HStAD, G 15, G 24, G 27, G 28, G 30

Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 856

Landesarchiv Speyer, Bestand R 20, H 91

Niedersächsisches Landesarchiv Osnabrück, Sign.: 947 Lin II

Stadtarchiv Korbach

Stadtarchiv Mannheim

Stadtarchiv Lampertheim, Laufende Registratur, Sign.: XIII/1, XV/3, XIX/4, Nr. 13

Stadtarchiv Worms, Abt. 13, Nr. 367

Archiv der Gedenkstätte Bernburg

Archiv der Gedenkstätte Hadamar, (Dr. Lilienthal)

Archive der Gedenkstätten: KZ Auschwitz, KZ Bergen-Belsen, KZ Breitenau, KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora, KZ Dachau, KZ Esterwegen, KZ Flossenbürg, Grafeneck, KZ Gross-Rosen/Polen, Hartheim/Österreich, KZ Kislau, KZ Majdanek, KZ Mauthausen, KZ Mohrungen/Lichtenberg, KZ Neuengamme, KZ Osthofen, KZ Ravensbrück, KZ Sachsenhausen-Oranienburg, SS-Sonderlager Hinzert, KZ Struthof-Natzweiler, KZ Theresienstadt

ITS Internationaler Suchdienst Bad Arolsen, Archiv Nr. 4386

Studienkreis Deutscher Widerstand Frankfurt a.M.

VII.4.c Literaturverzeichnis

Benz, Wolfgang: Wie wurde man Parteigenosse? Frankfurt a.M. 2009

Bosch, Michael; Niess, Wolfgang (Hg.): Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933-1945. Stuttgart 1984

DGB-Ortskartell Lampertheim: 75 Jahre Gewerkschaftskartell Lampertheim. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der gewerkschaftlichen Organisationen in Lampertheim 1904-1979 Lampertheim 1979

Engbring-Romang, Udo: Bad Hersfeld. Auschwitz. Zur Verfolgung der Sinti im Kreis Hersfeld-Rotenburg. 1. Auflage Frankfurt a.M. 2002

Förderverein Projekt Osthofen e.V. (Hg.): Heimatbewegung und NS-Kulturpolitik in Hessen, Pfalz, Elsaß und Lothringen. Osthofen 1999

Form, Schiller, Brandes: Die Verfolgten der politischen NS-Strafjustiz in Hessen. Ein Gedenkbuch. Marburg 2012

Fritsche, Christiane: Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, 2. Auflage Mannheim 2013

Geschwister-Scholl-Schule Bensheim (Hg.): Endstation Hadamar. Geschichtswerkstatt Geschwister Scholl. Bensheim 2008

Grünewald, Paul: Das KZ in Osthofen. Materialien zur Geschichte eines fast vergessenen Konzentrationslagers. Frankfurt 1979

Hedwig, Andreas: Zwangsarbeit während der NS-Zeit: Nachweisbeschaffung, historische Forschung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Hessen. Marburg 2005

Henning, Eike (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Frankfurt 1983 (Boxheimer Dokumente)

Herbert, Ullrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989. Bonn 2001

Herbert, Ullrich: Fremdarbeiter, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn 1999

Herbert, Ullrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Fremdarbeiter. Berlin/Bonn 1986

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (Hg.): Archive in Hessen zu Widerstand und Verfolgung unter der Nationalsozialistischen Herrschaft in Hessen. Wiesbaden 1994

Hofer, Walther: Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. Frankfurt a.M. 1957

Hotz, Gerhard; Simon, Hubert: Lampertheim. Die Reihe Archivbilder. Erfurt 2001

Inachin, Kyra: Lampertheim in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. 1. Auflage. Lampertheim 1995

Kaminer, Isidor J.: Psychiatrie im Nationalsozialismus. Das Philipppshospital in Riedstadt (Hessen). 2. Auflage. Frankfurt a.M. 2003

Karb, Heinrich F.: Lampertheim, Beiträge aus der Geschichte der ehemaligen Jüdischen Gemeinde. 1. Auflage. Lampertheim 1998

Kartmann, Norbert, Präsident des Hessischen Landtages (Hg.): NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14.3 und 15.3.2013 im Hessischen Landtag. Wiesbaden 2014

Kilthau, Fritz: Mitten unter uns. Lorsch 2000

Kißner, Michael (Hg.): Rheinhessische Wege in den Nationalsozialismus. Studien zu rheinhessischen Landgemeinden von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Diktatur. Förderverein Projekt Osthofen e.V. Worms 2010

Klee, Ernst: „Euthanasie“ im Dritten Reich. Die Vernichtung lebensunwerten Lebens. Frankfurt a.M. 2010

Klee, Ernst: Dokumente zur „Euthanasie“. Frankfurt a.M. 2007

Kleißmann, Christoph; Pingel, Falk: Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit. Frankfurt/New York 1980

Knigge-Tesche, Renate; Axel Ulrich (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Wiesbaden 1996

Knigge-Tesche, Renate (Hg.): Politischer Widerstand gegen die NS-Diktatur in Hessen. Ausgewählte Aspekte. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden 2007

Kohlmannslehner, Dietrich; Lange, Thomas: ... wohnen auf der verfluchten deutschen Erde. Jüdisches Leben in Südhessen nach 1945. Darmstadt 1998

Kraushaar, Werner: Die Protest-Chronik 1949-1959. Ein Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Bd. I-III. 1. Auflage. Hamburg 1996

Krausnick, Michail: Da wollten wir frei sein. Eine Sinti-Familie erzählt. 2. Auflage Weinheim 1986

Kropat, Wolf-Arno: Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Wiesbaden 1988

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Rheinland-Pfalz 1933-1945, Bd. 1: Gedenkstätte KZ Osthofen – Ausstellungskatalog. Mainz 2008

Lepper, Carl: Lampertheimer Heimatbuch. München 1957

Matthias, Erich; Weber, Hermann: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Hg.: Stadtarchiv Mannheim. Mannheim 1984

Moritz, Klaus; Noam Ernst: NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. Hg.: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Wiesbaden 1978

Pingel, Henner: Das Jahr 1933. NSDAP-Machtergreifung in Darmstadt und im Volksstaat Hessen. Darmstadt 1978

Pingel, Falk: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. 1. Auflage, Hamburg 1978

Pingel, Falk; Rollmann, Heinrich: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933- 1945. Darmstadt 1985.

Reuter, Fritz: Worms 1933. Worms 1995

Reuter, Fritz; Graser, Roland; Schäfer, Ulrike (Hg.): "Vergiß mich nicht". Stolpersteine in Worms. Worms 2009

Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr. Göttingen 2013

Rohrwasser, Michael: Erinnerungen an Georg K. Glaser, in: Wolff, KD; Galle, Volker u.a.: Georg K. Glaser. Zeuge seiner Zeit. Schmied und Schriftsteller. Guntersblum 1910-1995. Frankfurt/Basel 1997, S. 9-13

Roer, Dorothee; Henkel, Dieter: Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933-1945. 3. Auflage. Frankfurt 2003

Rotzoll, Maike; Hohendorf, Geritt u.a. (Hg.): Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer. Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart. Paderborn 2010

Schuster, Armin: Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit. Historische Kommission für Nassau. Wiesbaden 1999

Stadt Mannheim: 22./23. Oktober 1940, Deportation Mannheimer Juden nach Gurs. Schriftenreihe des Schulverwaltungsamts Mannheim. 1. Auflage. Mannheim 1990

Steegmann, Robert: Das Konzentrationslager Natzweiler-Struthof und seine Außenkommandos an Rhein und Neckar. Straßburg 2010

Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes: Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn/Berlin 1994. Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung

Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes 1933-1945 und VVN (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Bd.1 Hessen. Köln 1984

Ulrich, Axel: Hessische Gewerkschaften im Widerstand 1933-1945. Wiesbaden 1983

VII.4.d Internet

[www. wikipedia: AS R](#)

[www. wikipedia: Boxheimer Dokumente](#)

[www. wikipedia: Fortpflanzung Minderwertiger](#)

[www. wikipedia: Heinz Jost](#)

[www. wikipedia: Karl Keilmann](#)

[www. wikipedia: Konzentrationslager](#)

[www. wikipedia: KPD-O/SAP](#)

[www. wikipedia: Reichsbanner/RFB](#)

[www. wikipedia: Rassenhygiene](#)

[www. wikipedia: Strafbataillon 999](#)

[www. bundesarchiv: Gedenkbuch](#)



*Will Lammert – Ravensbrück Tragende (1959) 2CC BY-SA 3.0;
Quelle Wikipedia*

HIER WOHNTE
JULIUS BÄR
JG. 1907
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
SCHICKSAL UNBEKANT

HIER WOHNTE
MAY BÄR
JG. 1906
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
FLUCHT ENGLAND
ÜBERLEBT

HIER WOHNTE
SELVA BÄR
JG. 1906
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
DEPORTIERT 1941
MINSK
ERMORDET

HIER WOHNTE
INGE BÄR
JG. 1933
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
DEPORTIERT 1941
MINSK
ERMORDET

HIER WOHNTE
EDGAR BÄR
JG. 1931
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
SCHICKSAL UNBEKANT

HIER WOHNTE
HERTA HELEN
BEHR
JG. 1922
UNFREIWILLIG VERZOGEN
1938 FRANKFURT
DEPORTIERT 1942
MINSK
ERMORDET